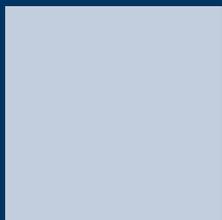


Evaluationsbericht 2010–2012

**des Projektes „Integration in Baden-Württemberg
– Gemeinsam mit den Eltern für neue
Bildungschancen“ in Trägerschaft des Vereins
Netzwerke für Bildungspartner e.V.**



Evaluationsbericht 2010–2012

**des Projektes „Integration in Baden-Württemberg
– Gemeinsam mit den Eltern für neue
Bildungschancen“ in Trägerschaft des Vereins
Netzwerke für Bildungspartner e.V.**

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main 2012
ISS-aktuell 25/2012

Autoren
Ludger Stallmann
Tina Alicke

Titelfoto
ISS e.V.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Struktur und Rahmen der Evaluation	3
3	Evaluation des Politikansatzes von „Integration in Baden-Württemberg“	6
4	Ergebnisse der Onlinebefragung lokaler Netzwerke	12
4.1	Nutzung der Angebote von „Integration in Baden-Württemberg“	15
4.2	Beurteilung der Arbeit des Projektes durch die Netzwerke	17
5	Analyse der Beratungsarbeit	20
5.1	Struktur der Beraterpools und Arbeit der Beraterinnen und Berater	20
5.2	Entwicklung der Beratungstätigkeit im Jahr 2011	21
5.2.1	Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen.	22
5.2.2	Veränderung der Beratungsbedarfe (qualitativ und quantitativ)	23
5.3	Förderliche und Hinderliche Faktoren für die Beratungstätigkeit	23
5.3.1	... im Einflussbereich des Beraterpools	24
5.3.2	... im lokalen Kontext	25
5.3.3	... im Einflussbereich des Projektrahmens	28
5.4	Effekte und Nachhaltigkeit der Beratungstätigkeit	31
6	Bestandsaufnahme der geförderten Maßnahmen	33
6.1	Statistische Auswertung der beantragten und bewilligten Projekte	33
6.2	CATI-Befragung der Maßnahmen	38
6.2.1	Kontakte zwischen den Trägern der Maßnahmen und den BeraterInnen	38
6.2.2	Umsetzung der Projekte: Hinderliche und Förderliche Faktoren	41
6.2.3	Erfolge, Wirkungen und Effekte der geförderten Maßnahmen	42
7	Schnittstellen und Synergien mit anderen Programmen	44
7.1	Analyse der Kooperationsbeziehungen	45
7.1.1	Stärke und StärkePlus	45
7.1.2	Kooperation mit der Elternstiftung	46
7.1.3	Bildungsregionen	47
7.1.4	Schule Plus: Eltern stärken – Kinder fördern	49

7.1.5	Zusammenarbeit mit den kommunalen Integrationsbeauftragten	49
7.1.6	Lernen vor Ort	50
7.1.7	MOQA: Motivieren, Qualifizieren, Aktivieren	50
7.1.8	Km2 Bildung (Ein Quadratkilometer Bildung)	51
7.1.9	Teach First	51
7.1.10	Kooperationen und Vernetzungen auf anderen Ebenen	52
7.2	Fazit: Schnittstellen, Synergieeffekte mit anderen Programmen und Projekten	52
8	Fazit und Ausblick	55
8.1	Gesamteinschätzung des Projektes	55
8.2	Handlungsperspektiven und Handlungsempfehlungen	58
9	Anhang	62
9.1	Evaluation des Politikansatzes, Teilnehmende am Runden Tisch	62
9.2	Eingegangene Stellungnahmen zum Konzeptpapier:	62
9.3	Auswertung der Onlinebefragung der Netzwerke	63
9.4	Literaturliste	67

1 Einleitung

Baden-Württemberg hat unter den Flächenländern mit 25% den höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund.¹ Eine gelingende Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist damit, sowohl vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Kohäsion als auch mit Blick auf den demografischen Wandel, eine Zukunftsaufgabe für den Lebens- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Dabei ist Bildung die Grundlage, auf der sowohl ein selbstbestimmtes individuelles Leben als auch die gesellschaftliche Entwicklung aufbaut. Studien zu Bildungsbeteiligung und -erfolg haben jedoch ergeben, dass die Teilhabe im Bildungsbereich in Deutschland auch zehn Jahre nach dem ersten „Pisa-Schock“ immer noch stark an die soziale Lage gekoppelt ist.²

Auch wenn sich der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren im Vergleich zu Altersgenossen mit ähnlichen sozio-strukturellen Lagen deutlich verbessert hat, weisen sowohl die absoluten Zahlen der Bildungsbenachteiligung unter dieser Gruppe als auch die späteren Diskrepanzen an der Schwelle der Übergänge in Ausbildung nach wie vor auf einen Handlungsbedarf hin.³

Neben dem Abbau der allgemeinen Benachteiligung von Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, unter denen Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig vertreten sind, ist daher die Einbindung von Eltern in Bildungsprozesse als Voraussetzung für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen ein zentraler Handlungsansatz.⁴ Besondere Bedarfe bestehen dabei in einer Öffnung des Bildungssystems, einer umfassenden Vernetzung auch mit Blick auf die Kooperation mit Eltern und zielgruppenspezifischen Informationen und Maßnahmen für Familien mit Migrationshintergrund.

Das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ in Trägerschaft von Netzwerke für Bildungspartner e.V. (NfB) tritt daher als Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes an, die Informationsgrundlage zu verbessern und Netzwerke zu stärken, um Eltern mit Migrationshintergrund als Partner für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen zu gewinnen und zu fördern (<http://www2.uvm.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/41171>).

Die vorliegende Evaluation ist der Bericht zum Projekt bis zum Ende des Jahres 2012. Er baut auf dem Zwischenbericht zur Evaluation (Münch/Alicke 2011b; in Folgenden immer als Zwischenbericht 2011 zitiert) sowie dem bereits vorliegenden Policy Paper (Münch/Alicke

1 Hin, Monika (2008): Lebenssituation von Migranten in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 7/2008, S. 10-14.

2 Vgl. z.B. Bos, Wilfried / Tarelli, Irmela / Bremerich, Albert (2011): IGLU 2011: Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster.

3 Vgl. z.B. Konsortium Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland. <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10203> (12.12.2012)

4 Z.B. Alicke, Tina / Heisig, Sandra / Moisl, Dominique / Prause, Judith / Rexroth, Miriam (2009): Resilienz und Bewältigungsstrategien von jungen Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang von Schule in Ausbildung. Endbericht, ISS-Frankfurt a.M.; Beicht/Granato (2008): Ergebnisse des DJI-Übergangspanels.

2011a) auf und fokussiert besonders auf die neuen Tendenzen bzw. die Weiterentwicklung im Projektverlauf.

Im Folgenden wird zunächst das **Evaluationsdesign** in Kürze vorgestellt (Kapitel 2, zur detaillierteren Ausführung s.a. Zwischenbericht 2011).

Zur **Evaluation des Politikansatzes** werden zunächst der Prozess und die erarbeiteten Ziele sowie die sich daraus ergebende Projektstruktur dargestellt. Im Anschluss erfolgt eine zusammenfassende Einschätzung des Vorgehens und des Ansatzes mit Blick auf den weiteren Verlauf des Projekts (Kapitel 3).

Einen allgemeinen Überblick über die Vernetzungsstruktur bieten die Ergebnisse der Onlinebefragung der **Netzwerke** (Kapitel 4).

Im Rahmen von Kapitel 5 „Analyse der Beratungsarbeit“ wird u.a. eine Inhaltsanalyse der Gruppeninterviews mit den **BeraterInnen** (Kapitel 5.2) vorgenommen. Hierbei werden auf Basis der ersten Befragungswellen besonders die Veränderung der Beratungstätigkeiten analysiert, hinderliche und förderliche Faktoren herausgearbeitet und der Frage der Effekte und Nachhaltigkeit nachgegangen.

Die Analyse des **Förderprogramms** erfolgt in Kapitel 6. Hierbei werden als Datenquellen zum einen die Masterlisten der ersten fünf Förderrunden und zum anderen die CATI-Interviews⁵, die mit den Trägern der bewilligten Maßnahmen der 1. bis 4. Förderrunde geführt wurden, herangezogen.

In Kapitel 7 werden die Analyseergebnisse zur Frage der **Synergieeffekte und der Schnittstellen** zu anderen Programmen und Strukturen dargestellt.

Abschließend (Kapitel 8) werden die zusammenfassende Bewertung der Ergebnisse und des Projektverlaufs dargestellt und einen **Ausblick** auf mögliche Stellschrauben für die weitere Programmlaufzeit gegeben.

Im gesonderten **Anhang** des Berichts werden weiterführend die Erhebungsinstrumente und Tabellen zusammengefasst.

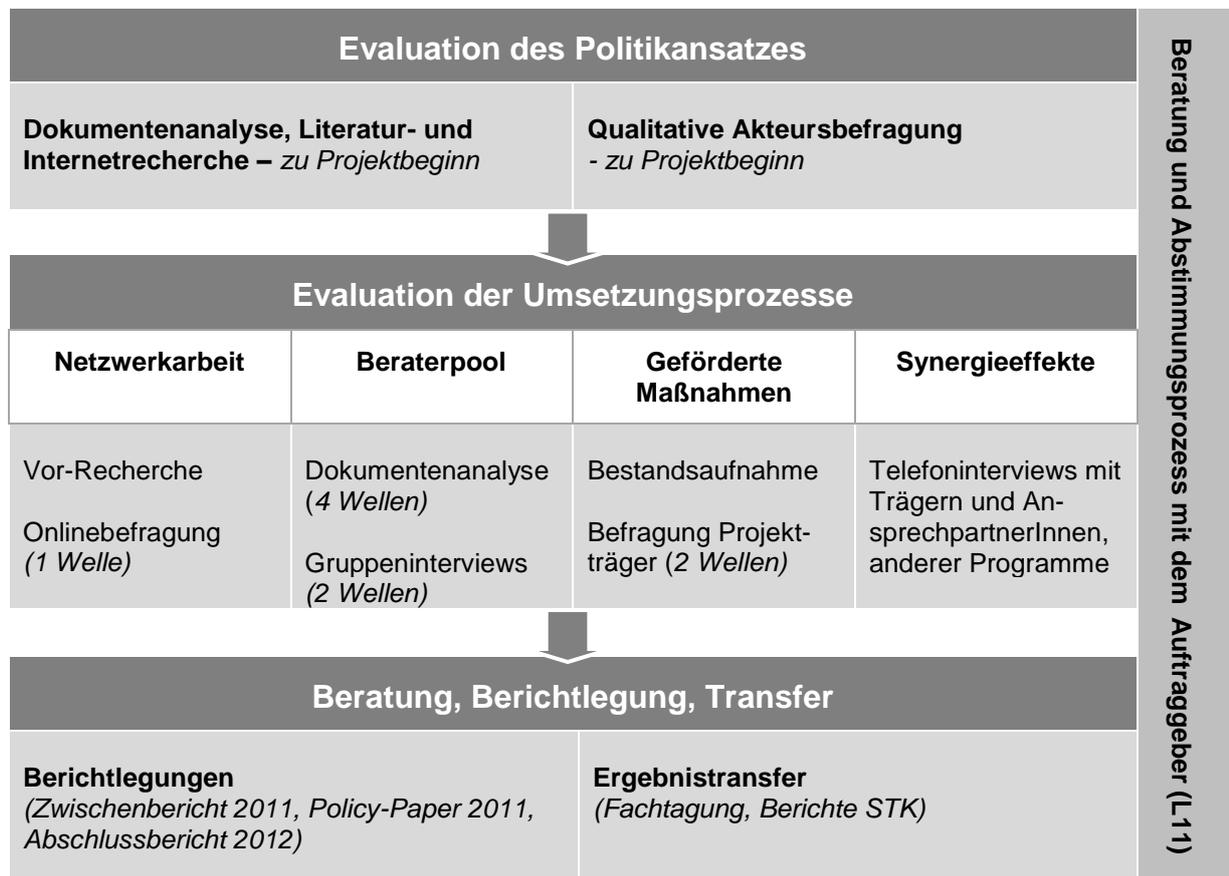
5 Computer Assisted Telephone Interview anhand eines standardisierten Leitfadens: Der Fragebogen ist als Eingabemaske programmiert und wird durch Interviewer während des Telefonates vom Monitor abgelesen. Die Antworten werden durch den Interviewer in die Eingabemaske eingegeben.

2 Struktur und Rahmen der Evaluation

Ziel der wissenschaftlichen Evaluation ist zum einen, summativ die Erreichung programmimmanenter Ziele, die im Politikansatz formuliert wurden, zu überprüfen. Die formative Evaluation der Implementationsphase hebt hingegen auf die Erhebung förderlicher und hinderlicher Faktoren sowie auf die Optimierung der Umsetzung ab und zeigt ggf. Nachsteuerungspotenziale auf.

Insgesamt setzt sich die Evaluation aus drei Ebenen zusammen: der Evaluation des Politikansatzes, der Evaluation des Umsetzungsprozesses und dem Baustein Beratung, Berichterlegung und Transfer. Mit einem Ergänzungsauftrag wurde die Evaluation des Umsetzungsprozesses im April 2012 erweitert, um gezielt die Schnittstellen und Synergien zu anderen Programmen und Projekten im Bereich der Bildung und Integration in den Blick zu nehmen.

Die folgende Grafik bietet einen Überblick über das Design der gesamten Evaluation:



Politikansatz

Die Evaluation des kommunikations- und partizipationsbasierten Politikansatzes erfolgt summativ zum Ende der Umsetzungsphase und ist damit Bestandteil des vorliegenden Berichts. In die vorangegangenen Berichten gingen bereits die Dokumentenanalyse und die bis

zu diesem Zeitpunkt geführten Interviews mit den Projektverantwortlichen zur Genese des Vorhabens ein, die Hintergrundwissen zur Zielsetzung für die Evaluation geliefert haben.

Umsetzungsphase

Die (formative) Evaluation der Umsetzungsprozesse bezieht sich auf die drei tragenden Projektsäulen: die Netzwerkarbeit, den Beraterpool sowie die Förderung der konkreten Maßnahmen. Dabei wurden jeweils die *Strukturen*, die *Prozesse* sowie die *Ergebnisse* betrachtet.

Netzwerkarbeit

Da sich die Kontaktaufnahme zu den AkteurInnen vor Ort als komplexer erwies, als zunächst geplant, wurde aus den Reihen des Beraterpools angeregt, die Befragung der Netzwerke auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Um die Vernetzungsprozesse zu Projektbeginn nicht zu belasten, wurden die Befragungswellen daher Anfang 2012 in Form einer Onlinebefragung auf Basis bestehender Kontakte, die durch eine erweiterte Recherche ergänzt wurden, durchgeführt. Auf eine zweite Welle wurde aufgrund der zeitlichen Nähe in Abstimmung mit dem Auftraggeber verzichtet.

Beraterpool

Zur Evaluation des Beraterpools erfolgte eine Dokumentenanalyse der Trägerkonzepte und aller Zwischenberichte der Träger.

Ebenso wurden Gruppeninterviews mit den BeraterInnen jeweils innerhalb eines Regierungsbezirks im März/April 2011 (ergänzt durch ein Telefoninterview mit zwei BeraterInnen) und April bis Juni 2012, durchgeführt. Die Auswertung erfolgte mittels inhaltsanalytischer Verfahren.⁶ Alle Interviews wurden von einer externen Schreibwerkstatt transkribiert und vom ISS-Frankfurt a.M. anonymisiert sowie mit Hilfe der Software MAXQDA kodiert und ausgewertet.

Geförderte Maßnahmen

Auf Grundlage der schriftlichen Projektanträge hat das ISS-Frankfurt a.M. eine Bestandsaufnahme aller beantragten Maßnahmen der ersten bis fünften Bewilligungsrunde vorgenommen. Zur vertiefenden Analyse hat das ISS-Frankfurt a.M. das Feldforschungsinstitut telere-search in Mannheim mit einer CATI-Befragung der Träger der geförderten Maßnahmen beauftragt, die in zwei Wellen (Sommer 2011 und 2012) durchgeführt wurden. Dabei wurden die AntragstellerInnen der ersten bis vierten Welle befragt. Eine Befragung der Projekte der fünften Runde war nicht mehr möglich, da der Auswahltermin erst Mitte Oktober 2012 lag.

Synergieeffekte und Kooperationen mit anderen Programmen

Zentrales Ziel des Projektes NfB ist die Förderung der Vernetzung und Kooperation zwischen Netzwerken, Programmen und Projekten, ohne Doppelstrukturen aufzubauen. Im Laufe der Projektumsetzung wurde deutlich, dass sich zwischen dem NfB-Projekt und anderen Programmen und Projekten Berührungspunkte unterschiedlicher Qualität und Quantität entwickelt hatten. Da im Kontext der Verlängerung des Projektes eine verstärkte Verknüpfung

6 Mayring, Philipp 2008: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz.

mit anderen Projekten und Programmen angestrebt wird, sollte diese im Rahmen der Evaluation bereits einbezogen werden. Ziel war es, sowohl den Ist-Zustand der Vernetzungen und Kooperationen zu erheben, als auch Perspektiven, Rahmenbedingungen sowie förderliche und hinderliche Faktoren der Vernetzung in den Blick zu nehmen.

Rahmung der Evaluation

Ein wichtiger Aspekt der Evaluation war, der Offenheit des Projektes sowie der Heterogenität der Beratungsformen und der Steuerungsmechanismen der einzelnen Träger des Beraterpools gerecht zu werden (vgl. Kapitel 5). Damit bezog sich die Zielsetzung zugleich nicht auf ein „Benchmarking“, sondern auf die Berücksichtigung der „passenden“ Beratungsformen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Anforderungen.

Ein weiterer Aspekt, der eine direkte Vergleichbarkeit einschränkte - und zuweilen die Terminfindung erschwerte-, waren die unterschiedlichen Stellenanteile und Einzugsgebiete der einzelnen BeraterInnen sowie die z.T. langen Fahrtwege. Ebenso gestaltete sich die Kontaktaufnahme bei der CATI-Befragung in Einzelfällen schwierig, da eher eine Verbindung zu den Trägerorganisationen des Beraterpools bekannt war als zu den geförderten Projekten.

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, dass die Evaluation auf allen Ebenen des Projektes (AkteurInnen, Maßnahmenträger, BeraterInnen, Netzwerke, NfB) mit einer umfassenden Unterstützung und Kooperationsbereitschaft rechnen konnte.

3 Evaluation des Politikansatzes von „Integration in Baden-Württemberg“

Die Evaluation des Politikansatzes basiert in erster Linie auf einer umfassenden Dokumentenanalyse sowie auf dem Abgleich mit den Ergebnissen des Projekts, die sich auf folgende Leitfragen stützen:

- Welcher Ansatz wurde gewählt und was sind seine Besonderheiten?
- Wie wurde bei der Gestaltung des Ansatzes vorgegangen?
- Was wurde durch den Ansatz erreicht?

Das Projekt „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ wurde auf Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2007 gestartet. Diese Nachhaltigkeitsstrategie verfolgte unter dem Motto „Jetzt das Morgen gestalten“ das Ziel, alle AkteurlInnen des gesellschaftlichen Lebens an einem Tisch zu versammeln, um gemeinsam und fachübergreifend Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu entwickeln. Das Projekt wurde vor allem mit Blick auf zwei zentrale Themen konzipiert:

- Integration als zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung: Miteinander leben und sowie soziale und kulturelle Balance
- Bildung und Wissen als Motoren für eine nachhaltige Entwicklung: Verankerung von Nachhaltigkeit in frühkindlicher Bildung und in der Schule sowie in der beruflichen Bildung.

Die grün-rote Landesregierung richtet die Nachhaltigkeitsstrategie nach dem Regierungswechsel 2011 neu aus. Zentrale Elemente mit Blick auf das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ sind dabei die Messbarkeit von Nachhaltigkeit, die Schwerpunktsetzung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und der partizipative Ansatz unter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger von Anfang an.

Genese des Politikansatzes

Das Projekt „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ wurde im Jahr 2008 in gemeinsamer Verantwortung des damaligen Justizministers und Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der Robert Bosch- sowie der Breuninger Stiftung initiiert. Seit dem Regierungswechsel 2011 ist das Ministerium für Integration zusammen mit den Stiftungen für das Projekt verantwortlich.

Zwischen Februar und November 2009 wurde die Konzeption im Rahmen eines Runden Tisches unter Beteiligung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), von Landesministerien, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenselbstorganisationen, Eltern-, Familien-, Schüler- und Sozialverbänden, der Volkshochschulen, von Kirchen sowie aus der Wissenschaft erarbeitet (s. Anhang 9.1).

Dieses partizipative Format sollte sowohl den Informations- und Erfahrungsaustausch gewährleisten, als auch das Programmziel der Strukturbildung und Kooperation widerspiegeln (Sachstandbericht NHK: Themenfeld 5 „Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung“) und stellt eine Besonderheit des Vorgehens dar. Im Rahmen der „Schaffung und Unterstützung lokaler und regionaler Strukturen“ wurden als konkrete Maßnahmen dazu eine verstärkte Netzwerkarbeit, die Durchführung Runder Tische, der Aufbau eines Beraterpools in Baden-Württemberg, die Förderung konkreter Maßnahmen vor Ort und die Errichtung lokaler Kontaktstellen benannt.

Genutzt wurden zudem Ergebnisse einer Umfrage, die die Stabsstelle des Integrationsbeauftragten der Landesregierung im Februar und März 2009 bei zahlreichen Elternprojekten verschiedener Träger im Land durchgeführt hatte. Die Beteiligten des Runden Tisches hatten während der gesamten Phase der Konzeptionsentwicklung über die Teilnahme an den einzelnen Workshops hinaus die Möglichkeit, sich über ein intranetgestütztes Arbeitsportal über den jeweiligen aktuellen Stand der Beratungen zu informieren und mit eigenen Beiträgen auf den Gang der Beratungen Einfluss zu nehmen. Auf der Grundlage der Ergebnisse eines Anhörungsverfahrens, in das alle Beteiligten des Runden Tisches einbezogen wurden, einigten sich die Teilnehmenden Ende Oktober im sechsten Workshop auf die Endfassung der Konzeption (s. Anhang 9.2).

Zentrale Grundlagen des gewählten Politikansatzes, der auf eine familienorientierte Kooperation als Bildungspartnerschaft fokussiert, sind:

- Partizipation
- Dezentralität
- Kooperation und Netzwerkbildung
- Gegenseitige Unterstützung als „Partner auf Augenhöhe“ („von unten nach oben und von oben nach unten“)
- Nutzung von Synergieeffekten
- Empowerment aller Beteiligten
- Qualifikation

Die Projektinitiatoren haben daher am 8. Juni 2010 den Verein „Netzwerke für Bildungspartner e.V.“ (NfB) gegründet, in dessen Händen die Aufgabe der Gesamtsteuerung des Umsetzungsprozesses liegt.

Gestaltung und Umsetzung des Politikansatzes in der Projektstruktur

Grundlage des Projektes ist die Bedeutung, die der gegenseitigen Unterstützung von Eltern und Bildungseinrichtungen im Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen zukommt:

„Bildung und Erziehung sind das Ergebnis des Zusammenwirkens aus Erfahrungen in der Familie und den institutionalisierten und nicht institutionalisierten Formen des Lernens in der Gesellschaft. Somit gilt: Bildungseinrichtungen sind auf die aktive Unterstützung von Eltern und eventuell weiteren Familienmitgliedern

angewiesen, damit Bildungsprozesse zu positiven Ergebnissen führen können. Umgekehrt benötigen Eltern aus den Bildungseinrichtungen heraus Unterstützung, um ihren Kindern eine ganzheitliche und kontinuierliche Bildung und Erziehung gewähren zu können.“ (Konzeption)

Das Hauptziel des Projektes ist es, besonders Eltern mit Migrationshintergrund als PartnerInnen für den Bildungsprozess ihrer Kinder zu gewinnen, die Bereitschaft und die Kompetenz der im Bildungsbereich wirkenden Akteure zu Kooperation zu stärken und die Möglichkeiten zur aktiven Partizipation von Eltern auszubauen, um letztendlich den Bildungserfolg der Kinder zu unterstützen.⁷ Das Projekt sollte flächendeckend und auf Nachhaltigkeit zielend angelegt sein.

Weitere Grundlagen sind:

- auf Erfahrungen aus bereits existierenden, erfolgreichen Maßnahmen aufzubauen,
- bestehende Netzwerke zu nutzen, ohne Doppelstrukturen zu implementieren,
- eine wertschätzende Kooperation auf Augenhöhe zu implementieren, bei welcher der Kooperationsprozess sowohl „von oben nach unten“ als auch „von unten nach oben“ verläuft,
- die Sensibilisierung für das Thema Bildungspartnerschaften,
- ein Vorgehen nach den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort,
- der Einsatz von Runden Tischen, Netzwerken und Foren als Instrumente,
- der Aufbau von Kontaktstellen, u.a. im Rahmen von Familienzentren,
- Interkulturelle Kompetenzen durch Qualifizierung sicherzustellen,
- Bürgerschaftliches Engagement zu stärken. (Konzeption)

Das Projekt ist auf größtmögliche Flexibilität und Offenheit angelegt. Dies beinhaltet eine weitgehende Zurückhaltung in der Steuerung durch den Verein NfB, der bewusst als Träger auf Zeit angelegt wurde (Beschlussvorlage NHK). Damit ging der Entschluss einher, nicht selbst einen Beraterpool zur flächendeckenden Umsetzung des Projekts aufzubauen, sondern das Thema Elternpartizipation und Bildungsgerechtigkeit zum Thema der (externen) Träger des Beratungspools zu machen (Struktur s. Abb. 2).

Die konkrete Umsetzung des Projektes ruht auf drei Säulen: dem Aufbau eines Beratungspools durch mehrere regionale Träger zur Unterstützung bzw. Initiierung von Netzwerken vor Ort, der finanziellen Förderung lokaler Maßnahmen (die von einem lokalen Netzwerk beschlossen bzw. befürwortet und mit 50% Ko-Finanzierung gesichert sein müssen) sowie der lokalen Netzwerkarbeit. Die Netzwerkarbeit wird dabei von dem Beraterpool und der finanziellen Förderung zusätzlich unterstützt.

⁷ Integration gemeinsam schaffen – Für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund. Konzeption, am 18. November 2009, vom Runden Tisch einstimmig beschlossen. <http://www.bildungspartner-ev.de/typo3/konzeption.html> (10.11.2012)

Abbildung 1: Projektstruktur Integration in Baden-Württemberg

Integration in Baden-Württemberg	
Beraterpool	Förderung von Maßnahmen
Aufgabe ist es, bestehende Netzwerke und mögliche Ansatzstellen zu identifizieren und die Verantwortungsgemeinschaften vor Ort bei der Einbindung der Eltern zu unterstützen.	Die finanzielle Förderung steht für verschiedene Akteure offen. Die lokalen Ausgangslagen sind in den Maßnahmen ebenso zu berücksichtigen wie die Vernetzung unterschiedlicher Partner.
Netzwerkarbeit	
Bestehende Netzwerke vor Ort für die Stärkung von Eltern mit Migrationshintergrund sollen unterstützt oder neu initiiert werden, ohne Mehrfachstrukturen zu schaffen.	

Die Arbeit wird weiterhin durch einen Steuerungskreis begleitet, der sich aus VertreterInnen des Ministeriums, der Robert Bosch Stiftung, der Breuninger Stiftung, der Geschäftsleitung von NfB und der regionalen Träger zusammensetzte. Bemerkenswert waren dahingehend die Sicherung des Informationsflusses zwischen BeraterInnen und Steuerungskreis über die Vermittlung der Träger, der partizipative Ansatz, der allen Beteiligten Einflussmöglichkeiten eröffnet, und die hohe Flexibilität, mit der auf Entwicklungen und Ergebnisse sowohl der konkreten Arbeit als auch auf Anregungen durch die formative Evaluation eingegangen wurde.

Ebenso werden die BeraterInnen durch mehrere Workshops für die komplexen Aufgaben qualifiziert.

Ergebnisse der summativen Evaluation

Die grundlegend partizipative Anlage des Projektes bereits in der Konzeptionsphase sicherte zunächst eine umfassende Unterstützung auf normativer Ebene. Allerdings ist anzumerken, dass in der konkreten Umsetzung relativ wenig Unterstützung durch viele der PartnerInnen, die originär an der Konzeption des Projektes beteiligt waren, zu verzeichnen ist, wie sich zum Beispiel in den Interviews mit den BeraterInnen ergeben hat. Ein möglicher Ansatz wäre unter Umständen gewesen, weiterhin sowohl durch Information als auch durch gezielte Ansprache die Kontinuität der Unterstützung in der Umsetzung sicherzustellen.

Daher wurde auch entschieden, den kooperierenden Trägern möglichst wenige Vorgaben für die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Arbeit zu machen, um die Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen und um ein Bewusstsein für die Eigenverantwortung der Netzwerke, Akteure, Träger und Individuen zu schaffen.

Aus dieser Grundkonstellation resultieren verschiedene Vorgehensweisen der Trägergemeinschaften und Ansätze der BeraterInnen, die sich zudem vor dem Hintergrund der jeweiligen regionalen Begebenheiten unterschiedlich ausdifferenziert haben. Ein direkter Vorgehens- und Ergebnisvergleich der verschiedenen Träger oder BeraterInnen, im Sinne eines „Benchmarking“ ist daher nicht möglich. Gleichzeitig wurde jedoch ein flexibles Eingehen in Anpassung an die regionalen Gegebenheiten und Bedarfe möglich. Bei der Evaluation stand daher die Darstellung der unterschiedlichen Herangehensweisen und Effekte auf Grundlage der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen im Vordergrund.

Diese Flexibilität und das Primat der lokalen Gegebenheiten spiegeln sich auch im Abkommen von der ursprünglichen Zielvorstellung, vor allem das Format der Runden Tische in der Beratungsarbeit umzusetzen. Da sich im Projektverlauf ergeben hat, dass die Voraussetzungen vor Ort dafür häufig noch nicht gegeben waren, da z.T. erst eine umfassende Sensibilisierungsarbeit und ein zeitintensiver bilateraler Vertrauensaufbau geleistet werden musste und häufig auch lokale Hierarchien ein gleichberechtigtes Miteinander erschwerten (bes. zwischen etablierten, institutionalisierten Netzwerken und Personen und Einzelpersonen, die z.T. die ersten Erfahrungen des Vernetzungsaufbaus auf praktischer Ebene machten), wurden von den Runden Tischen als primäres Instrument Abstand genommen.

Das Projekt war ursprünglich auf eine Laufzeit von 2010 bis 2012 angelegt. Die Erfahrungen im Projektverlauf haben jedoch gezeigt, dass in diesem Zeitraum kaum ein nachhaltiger Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden kann. Anders als in der ursprünglichen Planung angenommen, war ein wichtiger Teil der Beratungstätigkeit in vielen lokalen Kontexten zum Beispiel zunächst eine zeitintensive Sensibilisierung für mögliche Zugangsschwierigkeiten bzw. Partizipationsbarrieren von Migrantenern sowie der Vertrauensaufbau über bilaterale Kontakte. Die Prozesse und die Verstetigung der positiven Tendenzen, die sich im ersten Zwischenbericht 2011 zeigten, bedurften daher einer längerfristigen Anlage des Projektes.

Das nach dem Regierungswechsel im März 2011 neu gegründete Ministerium für Integration unter der Leitung von der Landesministerin für Integration Bilkay Öney, das seither für das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ zuständig ist, die Robert Bosch Stiftung und die Breuninger Stiftung haben daher eine Verlängerung des Projektes bis Ende 2013 beschlossen.

Während also die Strukturziele bzw. -vorgaben im Lauf des Projektes den lokalen Gegebenheiten angepasst wurden, wurden die inhaltlichen Ergebnisziele (Aufbau von Netzwerken, Unterstützung und Förderung, Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, Bildungspartnerschaften mit Eltern) beibehalten. Dahingehend lässt sich insgesamt ein positives Fazit ziehen. Diese weiteren Ergebnisse der Evaluation des Politikansatzes fließen in den Abgleich zwischen den formulierten Zielsetzungen und den Ergebnissen der formativen Evaluation in den jeweiligen Teilbereichen des Projektes sowie – darauf aufbauend – ins abschließende Fazit ein.

Breuninger Stiftung, Ministerium für Integration des Landes Baden-Württemberg, Robert Bosch Stiftung

Netzwerke für Bildungspartner e.V. (Geschäftsstelle)

Regierungsbezirk Stuttgart		Regierungsbezirk Freiburg		Regierungsbezirk Karlsruhe		Regierungsbezirk Tübingen		
Türkische Gemeinde Baden-Württemberg (Gökay Sofuoglu)		Diakonisches Werk der Evangelischen Landeskirche in Baden (Jürgen Blechinger, Annette Stepputat)				BruderhausDiakonie (Andreas Foitzik)		
Paritätischer Landesverband Baden-Württemberg (Marlene Seckler)		Volkshochschulen Freiburg (Eva von Rekowski), Offenburg und Konstanz-Singen		Pädagogische Hochschule Heidelberg (Sylvia Selke)		CJD Bodensee-Oberschwaben (Ivanka Seitz)		
Nanette Scriba	Hohenlohekreis, Kreis und Stadt Heilbronn, Main-Tauber-Kreis	Julia Bebon	Ortenaukreis, Kreis Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis	Michelle Bogdanov	Rhein-Neckar-Odenwald	Eva Dumendiak	Kreis Tübingen Zollernalbkreis	
Dr. Beate Blank		Maria Stehle	Freiburg, Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald-Ost und -Nord, Schwarzwald-Baar-Kreis	Ursula Igel		Amina Ramadan	Alb-Donau-Kreis Kreis Ulm Kreis Reutlingen	
Feray Sahin	Rems-Murr-Kreis, Kreise Ludwigsburg, Esslingen, Stuttgart und Böblingen	Stephanie Zeller	Freiburg, Emmendingen, Ortenaukreis (südlich, um Lahr), Schwarzwald-Baar-Kreis	Sandra Cavedine	Nordschwarzwald	Miriam Macak	Kreis Biberach Kreis Sigmaringen	
Tanja Stricker	Kreise Göppingen, Heidenheim, Schwäbisch Hall und Ostalbkreis	Ute Knapp-Hofmann	Breisgau-Hochschwarzwald-Süd und -West, Lörrach	Wolfram Hertrampf		Andreas Kluzik	Bodenseekreis Kreis Ravensburg	
		Gaby Fezer	Schwarzwald-Baar-Kreis, Rottweil, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach	Sabine Jost		Mittlerer Oberrhein		
		Evrin Bayram	Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis, Kreis Rottweil, Tuttlingen	Ruben Leonhardt				
				Mehrnousch Zaeri-Esfahani				
				Ute Schmidt				

4 Ergebnisse der Onlinebefragung lokaler Netzwerke

Die Stärkung und Förderung bestehender Netzwerke sowie der Aufbau neuer Netzwerke ist ein zentraler Bestandteil der Projektarbeit der BeraterInnen. Inhaltliches Ziel dieser partizipativ angelegten Netzwerkarbeit ist es, Bildung als Querschnittsaufgabe zu verankern und bestehende Grenzen zwischen Systemen und Organisationen aufzuweichen. Hierfür sollen existierende Vernetzungsstrukturen vor Ort genutzt oder bei Bedarf neue initiiert werden, wobei es gilt, parallele Strukturen zu vermeiden. Ebenso ist die Unterstützung des Aufbaus von Netzwerken ein Ziel der Förderung von Einzelmaßnahmen durch NfB (vgl. Zwischenbericht 2011: 7, s. Kapitel 3).

Im Rahmen der Evaluation wurde zu Beginn des Jahres 2012 eine Onlinebefragung bei 285 lokalen Netzwerken vorgenommen. Die Kontaktdaten der Netzwerke wurden dabei von den BeraterInnen zur Verfügung gestellt. Diese hatten die Netzwerkdaten im Rahmen ihrer regionalen Bestandsanalysen ermittelt. Eine Ergänzungsrecherche durch das ISS-Frankfurt a.M. zeigte, dass die BeraterInnen und die jeweiligen Träger zu 98% die bestehenden lokalen Netzwerkstrukturen erfasst hatten. Eine Ergänzung der Datenbasis erfolgte nur in sechs Einzelfällen.

Von den 114 Netzwerken die an der Online-Befragung teilnahmen gaben 94 an das Projekt zu kennen (20 kannten das Projekt nicht). Von diesen 94 gaben 66 Netzwerke an, Angebote des Projektes genutzt zu haben oder aktuell zu nutzen. 28 der Netzwerke, die das Projekt kannten, nutzten es aktuell nicht (vgl. Abbildung 2).

Grunddaten zur Online-Befragung der Netzwerke

- Feldzeit: 23.01.2012 – 15.02.2012
- Ein Reminder am 06.02.2012
- Ein Erinnerungsschreiben zum vollständigen Ausfüllen des Fragebogens
- Ausgangssample: 285
- Realisierte Stichprobe: 114
- Rücklaufquote 40,0%

Abbildung 2: Kenntnis des Projektes „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“



n=114, Online Erhebung der Netzwerke

Eine mögliche Erklärung für die Diskrepanz zwischen der breiten Abdeckung der Erhebung von Netzwerken und MultiplikatorInnen durch die BeraterInnen (98%) und dem Anteil von 12,3%, die das Projekt nicht kennen, ist neben einem Anteil an Personen, die nicht unmittelbar mit dem Projekt befasst sind, vermutlich die stärkere Identifizierung der BeraterInnen über die regionalen Trägerinstitutionen durch die NetzwerkpartnerInnen und nicht über das Gesamtprojekt. Dies spiegelt die dezentrale Anlage des Projekts und die regionale Verortung wider, wirft jedoch zugleich die Frage nach der öffentlichen Wahrnehmung des Gesamtprojektes auf.

Die Zielgruppen der befragten Netzwerke waren entweder Eltern mit Migrationshintergrund oder Eltern mit und ohne Migrationshintergrund sowie Fach- und Lehrkräfte bzw. sonstige MultiplikatorInnen.

Tabelle 1: Zielgruppen der Netzwerke, bzw. der Angebote des Netzwerks (Mehrfachnennungen möglich)

Zielgruppen	Anzahl	In Prozent
Eltern mit Migrationshintergrund	66	58%
Eltern mit und ohne Migrationshintergrund	54	47%
Kinder / Jugendliche mit Migrationshintergrund	41	36%
Kinder / Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund	38	33%
Fach- und Lehrkräfte	59	52%
Sonstige MultiplikatorInnen	55	48%
Weiß nicht / keine Angabe	3	3%

Durch die Möglichkeit der Mehrfachnennung lässt sich erkennen, dass der größte Teil der Projekte nicht auf die Förderung einer (abgegrenzten) Zielgruppe, sondern auf die Koopera-

tion zwischen verschiedenen Personengruppen (Eltern, Fachkräfte, MultiplikatorInnen, Kinder und Jugendliche) und damit auf eine umfassendere Anlage von Förderung ausgelegt ist.

Tabelle 2: Ziel der Netzwerke (Mehrfachnennungen möglich)

Ziele	Anzahl	In Prozent
Förderung von Eltern mit Migrationshintergrund allgemein	86	75%
Sprachförderung	67	59%
Erziehungsberatung	55	48%
Bildungspartnerschaften mit Eltern aufbauen (zur Förderung der Kinder in der Schule)	71	62%
Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe / Jugendsozialarbeit / Schulsozialarbeit	46	40%
Sonstige, und zwar ...	32	28%
Weiß nicht / keine Angabe	4	4%

n=114, Online Erhebung der Netzwerke

Weitere Schwerpunkte von Zielsetzungen lagen in Sprachförderung, in einer allgemeineren Erziehungsberatung, im Aufbau von Kooperationsbeziehungen sowie in der Gestaltung von Schnittstellen in den Übergängen Kita – Schule und Schule – Beruf, u.a. im umfassenderen Konzept der Bildungspartnerschaften mit Eltern.

Unterstützungsbedarfe der Netzwerke

Unabhängig von der Kenntnis und Teilnahme der befragten Netzwerke am Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ zeigten sich breite Unterstützungsbedarfe. Die Netzwerke äußerten neben einem Bedarf an fachlicher Unterstützung und der Gewinnung von NetzwerkpartnerInnen und AkteurInnen in dem Themenfeld Integration einen hohen Bedarf an finanzieller Unterstützung sowohl aus Gründen der finanziellen Absicherung als auch hinsichtlich der personellen Ressourcen. Darüber hinaus bestanden Bedarfe in der Stärkung lokaler AkteurInnen und der Verankerung der Thematik auf kommunaler Ebene.

Allgemeine Bedarfe	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Politischer Wille ▪ Personelle Verankerung der Thematik in den Kommunen ▪ Dauerhafte Förderung von Personalstellen ▪ Gewinnung ehrenamtlich Engagierter und weiterer UnterstützerInnen ▪ Räumlichkeiten, Infrastruktur für die eigene Arbeit
Konkrete Unterstützung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontinuierliche finanz. Förderung von Angeboten und Maßnahmen der Netzwerke ▪ Information, externe ReferentInnen zu Sachfragen ▪ Beratung (zu Förderungen, Vereinsgründung) ▪ Gewinnung von MigrantInnen als Akteure ▪ Werbung, Information

4.1 Nutzung der Angebote von „Integration in Baden-Württemberg“

Von den rund 82,5% der befragten Netzwerke, die das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ kennen (n=94), nahm ein Drittel (66%, n=62) am Projekt teil bzw. nutz(t)e zum Befragungszeitpunkt die Angebote des Beraterpools und / oder die finanzielle Förderung. Tabelle 3 macht deutlich, dass beide Unterstützungsformen von großer Bedeutung sind. Ein Drittel aller befragten Netzwerke nutzt(e) beide Unterstützungsformen. Die Verschränkung von Förderprogramm und BeraterInnen-tätigkeit wurde zudem in den Gruppeninterviews mit den BeraterInnen bestätigt.

Tabelle 3: Verteilung von Nutzungsformen der Angebote des Projekts „Integration in Baden-Württemberg ...“ / Netzwerke für Bildungspartner (Mehrfachnennungen möglich)

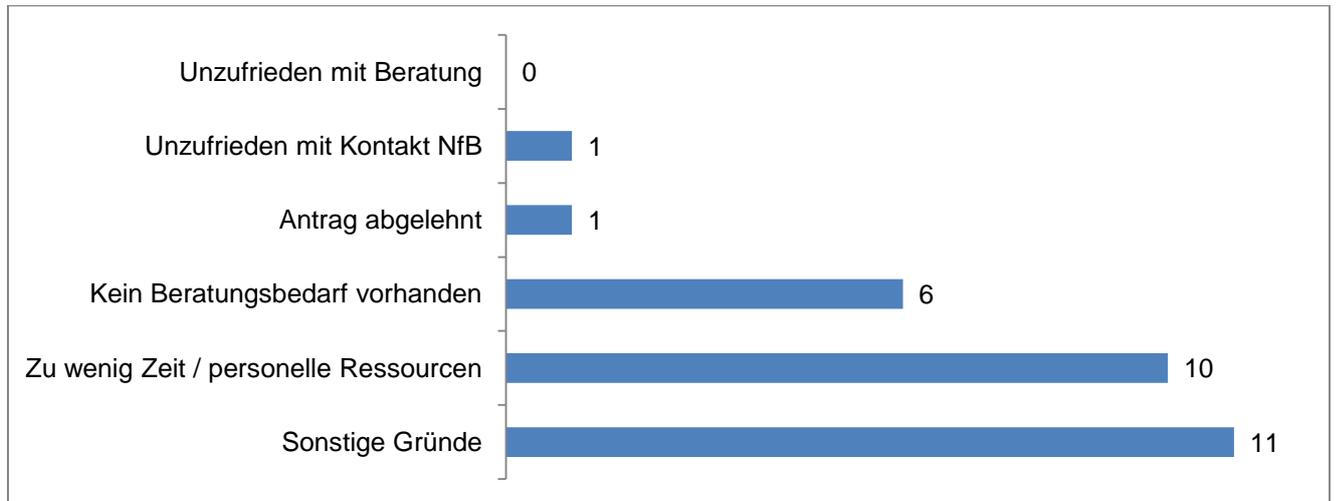
	Anzahl	Prozente
Beratung und Förderprogramm genutzt	31	33%
Nur Beratung genutzt	21	22%
Nur Förderprogramm genutzt	10	11%
weder Beratung noch Förderprogramm genutzt	28	30%
Keine Angabe/Weiß nicht	4	4%
Gesamt	94	100%

n=94, Online Erhebung der Netzwerke

Bei den Gründen, warum kein Kontakt zum Projekt bestand bzw. die Angebote nicht genutzt wurden, wurde an erster Stelle mit großem Abstand vor den anderen die Ressourcenfrage genannt (62%), gefolgt von zu wenig Kenntnis über Sinnhaftigkeit und Inhalte des Projekts (40%). Netzwerkarbeit ist besonders zu Beginn ressourcenintensiv, die eingesetzten zeitlichen, personellen und finanziellen Mittel amortisieren sich erst im späteren Verlauf. An den beiden genannten Hinderungsgründen, ebenso wie bei dem Punkt „Bedenken, ob die eigene Maßnahme passt“, kann unter Umständen eine verstärkte und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit ansetzen.

Die differenzierte Befragung derjenigen, die das Projekt kannten, aber nicht nutzten, ergab, dass bei sechs von 28 Nicht-NutzerInnen kein Beratungsbedarf vorlag. Dies wurde durch die BeraterInnen in den Interviews bestätigt. Sonstige Gründe waren weiterhin Befürchtungen von Konkurrenz und das mangelnde Verständnis des Projekts. Einzelaussagen zur Nicht-Nutzung der finanziellen Förderung ergaben Schwierigkeiten mit der Komplexität des Antrags und mit dem als hoch empfundenen Eigenanteil der Finanzierung.

Abbildung 3: Gründe der Nicht-Nutzung der Angebote des Projekts „Integration in Baden-Württemberg“ / Netzwerke für Bildungspartner (Mehrfachnennungen möglich)



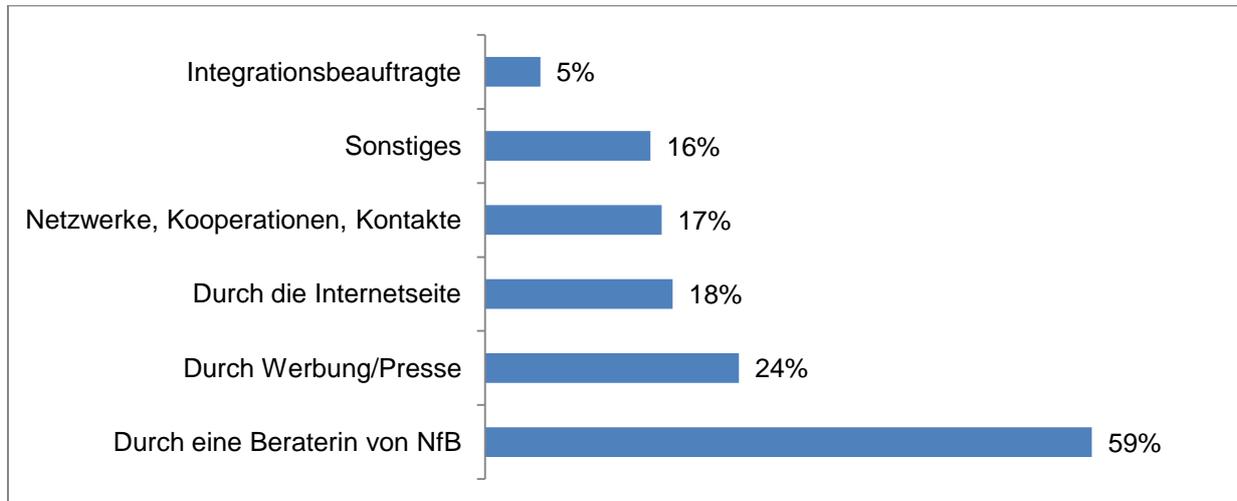
n=28, Online Erhebung der Netzwerke

Unter den elf sonstigen Gründen fanden sich folgende Einzelaussagen:

- Partner des Netzwerkes nutzten Angebote direkt
- Konkurrenz
- Finanzielle Eigenanteile zu hoch
- Schwierige Zugänge zur Zielgruppe
- Formulare sehr kompliziert
- Sinnhaftigkeit zu Beginn nicht genügend kommuniziert

Von den befragten Netzwerken, die am Projekt teilnahmen und die Angebote nutzten, hatten 59% direkt über die BeraterInnen von dem Projekt erfahren. Gleichzeitig verdeutlicht dies auch, welche hohe Bedeutung die Informations- und Kontaktarbeit der BeraterInnen für das Projekt insgesamt hatte.

Abbildung 4: Wie haben Sie vom Projekt „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“, Netzwerke für Bildungspartner e.V. erfahren? (Mehrfachnennungen möglich)



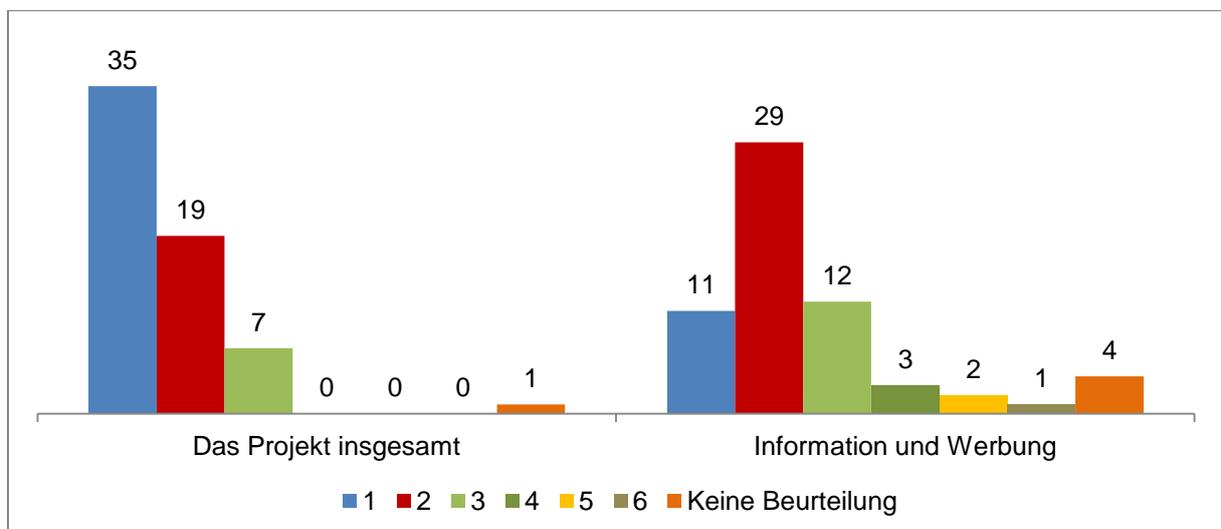
n=114, Online Erhebung der Netzwerke

Im Folgenden wird die Beurteilung des Projektes durch die befragten Netzwerke, die mit dem Projekt Kontakt hatten, dargestellt.

4.2 Beurteilung der Arbeit des Projektes durch die Netzwerke

Das Projekt wurde von den Netzwerken, die das Angebot genutzt haben, insgesamt sehr positiv beurteilt (Mittelwert 1,5), demgegenüber wurde die Werbung und Information zum Projekt weniger gut, wenn auch mit einem Mittelwert von 2,3 insgesamt noch positiv eingeschätzt.

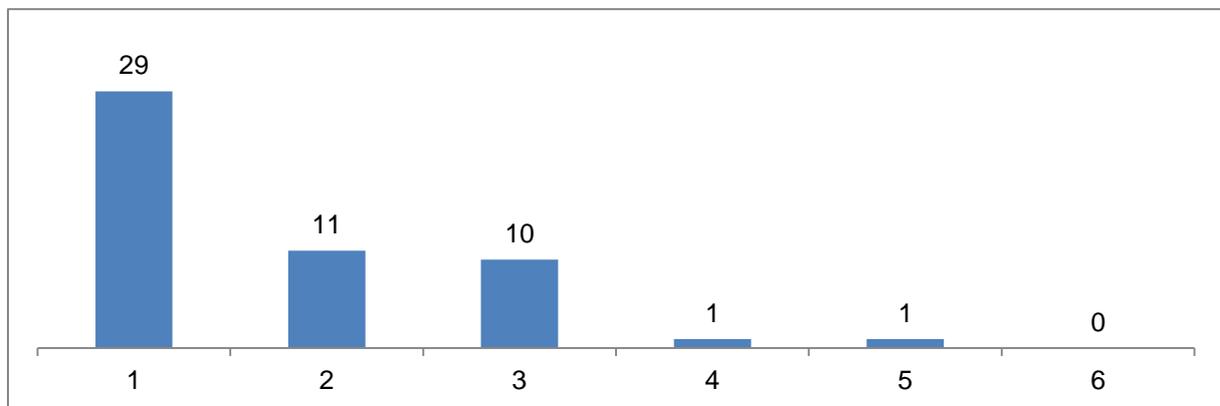
Abbildung 5: Beurteilung des Projektes insgesamt und der Information über das Projekt



n=62, Online Erhebung der Netzwerke, von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend.

Die BeraterInnen erhielten von Seiten der Netzwerke eine außerordentlich positive Beurteilung, ihre Unterstützung wurde insgesamt als sehr gut beurteilt (Mittelwert 1,73).

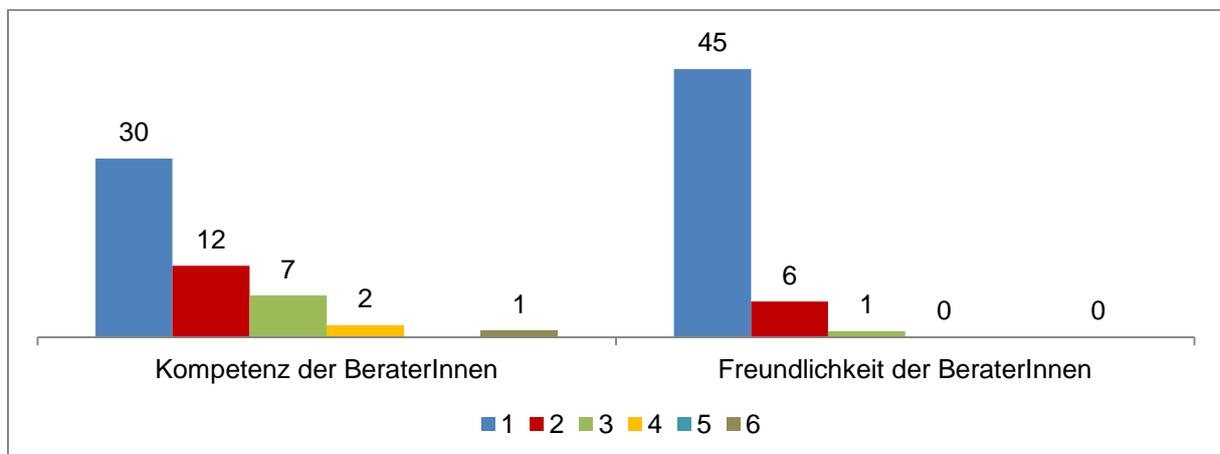
Abbildung 6: Beurteilung der Unterstützung durch die Beraterin



n=52 Online Erhebung der Netzwerke, von 1 = sehr gut bis 6=ungenügend

Die Kompetenz der BeraterInnen wurde als sehr gut (Mittelwert 1,7) eingeschätzt, lediglich in einem Einzelfall wurde die Kompetenz als ungenügend beurteilt. Die Freundlichkeit der BeraterInnen wurde mit einem Mittelwert von 1,2 ebenfalls als sehr gut beurteilt.

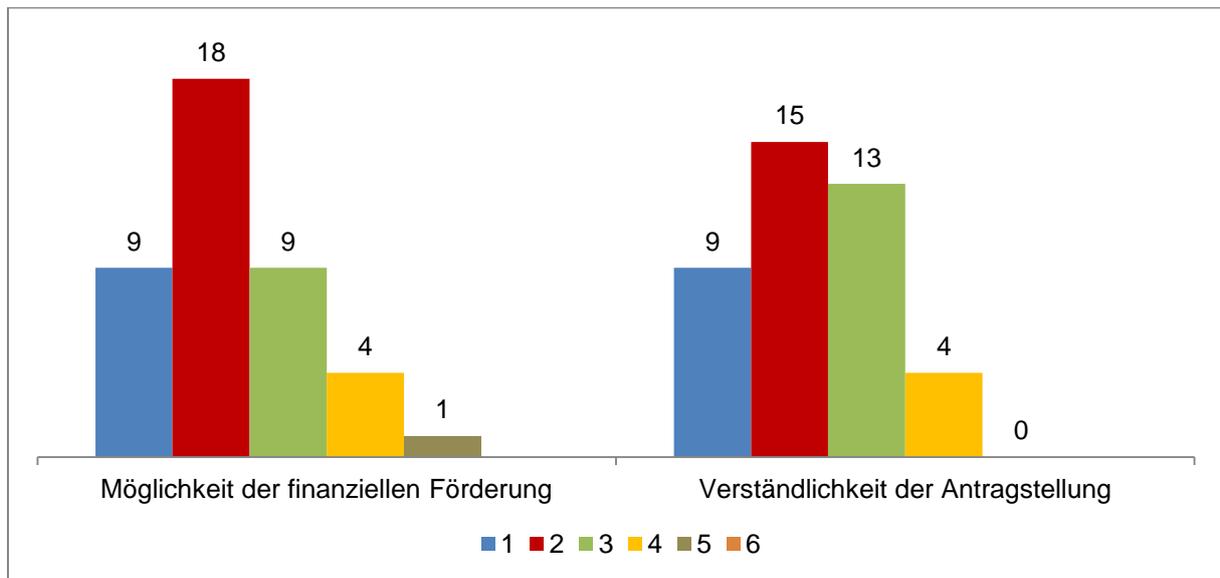
Abbildung 7: Beurteilung der Kompetenz und Freundlichkeit der BeraterInnen



n=52 Online Erhebung der Netzwerke

Mit jeweils einem Mittelwert von 2,3 erhielt sowohl die Möglichkeit der finanziellen Förderung als auch die Verständlichkeit der Antragsstellung eine insgesamt gute Bewertung. Neben dem Antrags- und Abrechnungsverfahren wurden vor allem Änderungen hinsichtlich der Förderlaufzeiten, der maximalen Förderhöhen und der Ko-Finanzierungsregelungen gewünscht. Auch wurde, gerade von kleineren bzw. neueren Netzwerken, die Verständlichkeit der Antragstellung häufig als verbesserungsfähig gesehen.

Abbildung 8: Beurteilung der Möglichkeiten der finanziellen Förderung und Verständlichkeit der Antragstellung



n=41 Online Erhebung der Netzwerke

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die 62 Aussagen zu Verbesserungsmöglichkeiten. Die Aussagen wurden sortiert und paraphrasiert, wobei nur diejenigen Eingang in die Tabelle gefunden haben, die in ähnlicher Form mehrfach (also min. 2x) geäußert wurden.

Tabelle 4: Vorschläge zur Verbesserung des Projektes „Integration in Baden-Württemberg“ / Netzwerke für Bildungspartner

Gesamtprogramm	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkte, zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und Werbung ▪ Verstärkte (auch regionale) Vernetzung der geförderten Projekte und ihrer Träger ▪ Regionale Workshops ▪ Inhaltliche Schärfung, Konkretisierung des Nutzens ▪ Finanzierungssicherheit, längerfristige Anlage
Arbeit der BeraterInnen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Höhere Arbeitsumfänge für BeraterInnen ▪ Mehr Transparenz über laufende Beratungsprozesse in den jeweiligen Regionen ▪ Stärkung der fachlichen Kompetenz der BeraterInnen ▪ Zeitliche und personelle Kontinuität
Projektförderung und Projektbeantragung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderhöchstgrenze staffeln um in gr. Kommunen auch flächendeckende Angebote zu ermöglichen. ▪ Veränderung der Komplementärförderregeln (Reduzierung oder keine Ko-Finanzierung) ▪ Reduzierung des Aufwandes für Beantragung und Abrechnung

5 Analyse der Beratungsarbeit

Im Folgenden wird die Arbeit der BeraterInnen aus deren eigener Sichtweise dargestellt und analysiert. Die Inhaltsanalyse fokussiert hauptsächlich auf die leitfadengestützten Gruppeninterviews, die nach Regierungsbezirken getrennt im Zeitraum zwischen April und Juni 2012 mit den BeraterInnen geführt wurden. Abweichend vom allgemeinen Vorgehen – mit allen BeraterInnen eines Regierungsbezirks ein Interview zu führen – wurden im Regierungsbezirk Freiburg zwei Interviews geführt. Auf die Ergebnisse der ersten Befragungsrunde wird an relevanten Stellen eingegangen (ausführlich s. Zwischenbericht 2011).

5.1 Struktur des Beraterpools und die Arbeit der BeraterInnen

Wie das gesamte Projekt wurde auch der Rahmen für den Beraterpool so gestaltet, dass er ein großes Maß an Flexibilität und Offenheit bietet. Nur so konnten, so die Überlegungen des Politikansatzes, die Träger des Beraterpools und die BeraterInnen auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Bedarfe vor Ort angemessen reagieren und passgenaue Beratungsangebote und -strategien entwickeln (vgl. Zwischenbericht 2011: 7). Diese Offenheit war, wie auch der Zwischenbericht verdeutlicht, für die BeraterInnen zu Projektbeginn eine große Herausforderung. So musste nicht nur eine Bestands- und Akteursanalyse für die jeweiligen Regionen, in denen die einzelnen BeraterInnen tätig sein sollten, vorgenommen werden, sondern es musste zunächst auf Basis der Kontextbedingungen ein eigenes Beratungsverständnis entwickelt werden (vgl. Münch/Alicke 2011a: 11).

Die Heterogenität der örtlichen Strukturen, Voraussetzungen und Sichtweisen, sowie der Bedarf an Unterstützung spiegelten sich auch in den Arbeitsweisen und Beratungsstrategien der BeraterInnen wider. Drei zentrale Aufgabenbereiche ließen sich dabei identifizieren:

1. Sensibilisierung und Wissensvermittlung
2. Unterstützung zur Entwicklung von Handlungsstrategien
3. Entwicklung und Unterstützung von Netzwerken

(vgl. Münch/Alicke 2011a: 10)

Aus der Heterogenität der lokalen Rahmenbedingungen entwickelten sich im Laufe der Projektumsetzung ganz unterschiedliche Arbeitsweisen der BeraterInnen, angepasst an die jeweiligen Räume und deren AkteurInnen, für die die BeraterInnen zuständig waren und sind. Auch wenn sich erkennen lässt, dass alle BeraterInnen unabhängig vom jeweiligen Träger, für den sie tätig sind, ein gemeinsames Grundverständnis entwickelt haben, findet sich jedoch auf Grund der unterschiedlichen Strukturen ein breites Spektrum an konkreten Beratungsaktivitäten. Standortbedingte und strukturelle Bedingungen führ(t)en dazu, dass die Aufgaben der BeraterInnen innerhalb eines Regierungsbezirks unterschiedliche Richtungen aufweisen können. Dabei lassen sich auch Schwerpunkte in einzelnen Regionen identifizieren. So spielte beispielsweise im Regierungsbezirk Freiburg die Unterstützung bei der Antragsstellung zum Förderprogramm von NfB eine eher geringe Rolle, während dies bei-

spielsweise im Regierungsbezirk Stuttgart einen wichtigen Teil der Beratungstätigkeit ausmachte. Auch bei den BeratungsnehmerInnen gibt es Unterschiede: Während mehrheitlich von besseren und intensiveren Kontakten im Bereich der Schule im späteren Projektverlauf gesprochen wird, konnten nach Bekunden einiger BeraterInnen auch im Mai 2012 nur sehr schwer verbindliche Kontakte zu Schulen aufgebaut werden.

Neben den Unterschieden zwischen den Tätigkeitsschwerpunkten der einzelnen BeraterInnen zeigten sich auch Unterschiede bei den einzelnen Trägerverbänden. Am deutlichsten wird dies in den Zwischenberichten der KooperationspartnerInnen in den Regierungsbezirken. Diese wurde jeweils einer Dokumentenanalyse unterzogen. Die Berichte spiegeln dabei zwar alle den Umsetzungsstand der Projektarbeit wider und zeigen Entwicklungslinien und relevante Themenfelder für die jeweiligen Berichtszeiträume, jedoch ist eine vergleichende Auswertung aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweisen bzw. Darstellungsformen nicht möglich.

Während beispielsweise in den Berichten zum Regierungsbezirk Tübingen mittels beispielhafter Beratungsprozesse die Erfolge und Hindernisse der Tätigkeiten dargestellt werden und so ein intensiver Einblick in einzelne Prozesse gegeben wird, greifen die Träger des Beraterpools in den anderen Regierungsbezirken auch auf Statistiken zurück, mit deren Hilfe die Arbeit der BeraterInnen dokumentiert wird. Allerdings gibt es hier Unterschiede sowohl im Hinblick auf die statistisch erfassten Informationen als auch auf die genauen Zeiträume. Neben den unterschiedlichen Formen der Dokumentation und Darstellung der eigenen Aktivitäten nutzten die Projektpartner auch unterschiedliche Formen der Selbststeuerung und Evaluation: Am differenziertesten erfasste der Regierungsbezirk Stuttgart mittels eines Umsetzungsplanes die Aktivitäten der BeraterInnen.

Aus der Dokumentenanalyse ist insgesamt eine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit ersichtlich. Die BeraterInnen informierten Interessenten und potentielle KooperationspartnerInnen über ihre Arbeit und das Projekt, stellten es bei Netzwerktreffen und unterschiedlichen AkteurlInnen vor und nahmen an Fachtagungen sowie lokalen Veranstaltungen teil. Im Berichtszeitraum wurde mehrmals in regionalen, landesweiten und verbandsinternen Zeitschriften über das Projekt und die Arbeit der BeraterInnen berichtet. Ebenso verfügt in den Regierungsbezirken Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe der gesamte Beraterpool über eigene Einlegeblätter zum Flyer des NfB. In Freiburg und Karlsruhe erarbeiten und versenden die BeraterInnen regelmäßig einen gemeinsamen Newsletter.

5.2 Entwicklung der Beratungstätigkeit im Jahr 2011

In den insgesamt fünf Gruppeninterviews, die zwischen April und Juni 2012 mit den BeraterInnen geführt wurden, zeigte sich sehr deutlich, dass die Beratungstätigkeit insgesamt in eine neue Phase eingetreten war. Die Anfangsphase des Projektes war für die BeraterInnen von drei zentralen Aufgaben geprägt:

- Bestandsaufnahme und Analyse lokaler Strukturen
- Kontaktaufnahme und aktive Projektbewerbung
- Definition der eigenen Rollen und Aufgaben

(vgl. Münch/Alicke 2011a: 11)

Die zweite Projektphase war hingegen durch den Ausbau und die Verstetigung bestehender Kontakte charakterisiert sowie dem Kontaktaufbau zu neuen, bisher nicht erreichten Akteuren und der Bearbeitung einer zunehmenden Anzahl von Beratungsanfragen. In der Entwicklung der Beratungstätigkeiten im Laufe des Jahres 2011 und der ersten Jahreshälfte 2012 lassen sich zwei eng miteinander verknüpfte Prozesse erkennen.

- der Prozess der Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen,
- der Prozess der Veränderung der Beratungsbedarfe (qualitativ und quantitativ).

Die Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen ist auch als Fortsetzung der intensiven Rollenklärung zu Beginn des Projektes zu verstehen und steht in engem Zusammenhang zu den jeweiligen lokalen Kontextbedingungen, auf die die BeraterInnen in ihrer Arbeit trafen und aus der heraus sich die Handlungsmöglichkeiten und Beratungsbedarfe für sie ergaben.

5.2.1 Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen

Die Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen lässt sich auf mehreren Ebenen erkennen. So haben sich auf der gemeinsamen Grundlage der Projektkonzeption und in Abhängigkeit zu den lokalen Bedarfen unterschiedliche Beratungsstrategien entwickelt. Die Bandbreite der in den Interviews beschriebenen Schwerpunkte der Beratungstätigkeiten reichte dabei von Lobbyarbeit (durch das breite Setzen von Impulsen bei möglichst vielen AkteurInnen) bis zur Fokussierung auf die Begleitung einzelner komplexer Prozesse in bestimmten Netzwerken oder bei bestimmten AkteurInnen.

Die Interviews verdeutlichten anschaulich den offenen und bedarfsorientierten Beratungsansatz der BeraterInnen. Das Beratungsverständnis ist stark durch die Beratungsanforderungen in den jeweiligen lokalen Strukturen geprägt, an denen die BeraterInnen ihre Tätigkeit ausrichten. Gleichwohl haben sich unterschiedliche Fokussierungen entwickelt. Die Selbstbeschreibungen reichten von „professionelle Netzwerkerin“ über „Lobbyistin“ bis zur „Brückenbauerin“. Deutlich wurden auch die unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkte. Während ein Teil der BeraterInnen auf Grund der lokalen Gegebenheiten ihren Fokus noch stark im Bereich der Sensibilisierung und Information verortet hatte und eine, wie in einem Interview gesagt wurde „hit & run“-Taktik verfolgte, d.h. auf lokaler Ebene versuchte, Prozesse anzustoßen und zentrale „Strukturträger“ zu aktivieren, hatten sich andere BeraterInnen auf die Prozessbegleitung einzelner Netzwerke oder PartnerInnen fokussiert.

Eine Trennung zwischen der Fach- und der Prozessberatung wurde von den BeraterInnen nicht vorgenommen. Allerdings zeigte sich in der Gesamttendenz eine Verschiebung der Beratungsschwerpunkte von der Fachberatung, die stark durch die Projektvorstellung und fachliche Beratung zu den Themen Integration, Migration usw. geprägt ist, hin zu einer prozessorientierten Beratung, bei der es hauptsächlich um die Begleitung von Projekten, Netzwerken und AkteurInnen geht.

5.2.2 Veränderung der Beratungsbedarfe (qualitativ und quantitativ)

Die Herausbildung von bestimmten Beratungstätigkeiten ergab sich dabei auch aus stark veränderten Beratungsbedarfen. So wird in den Interviews mit den BeraterInnen in den Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe deutlich, dass sich die Beratungsaufgaben auch von ihrer Qualität her verändert haben. Der steigende Bedarf an der Begleitung längerfristiger Prozesse hat dabei auch Auswirkungen auf die weiteren Tätigkeiten. In dem Moment, in dem BeraterInnen in einer Kommune einen Prozess angestoßen und die beteiligten AkteurInnen einen hohen Bedarf an Unterstützung und Begleitung haben, war es den BeraterInnen aufgrund der begrenzten zeitlichen Ressourcen nur noch begrenzt möglich, weitere ähnliche Prozesse anzustoßen. Somit verlagerte sich der Fokus des Wirkens von der Breite der Landkreise eher in die Tiefe einzelner Projekte bzw. Projektstandorte. Im Regierungsbezirk Freiburg wurde neben längerfristigen, intensiveren Begleitprozessen auch noch die Recherche nach Drittmitteln und Projektfördermöglichkeiten als Arbeitsschwerpunkt benannt.

Neben der qualitativen Veränderung lässt sich aus den Interviews auch eine deutliche quantitative Zunahme der Beratungsbedarfe ablesen. Mehr AkteurInnen und neue AkteurInnen fragten die Unterstützung der BeraterInnen an. Während in der ersten Projektphase der Aufbau von Kontakten und das aktive Zugehen auf potentielle AkteurInnen ein Schwerpunkt der Arbeit war, wandten sich nun vermehrt die AkteurInnen von sich aus an die BeraterInnen, um Unterstützung zu erhalten.

„Also es hat sich rumgesprochen. Also heute war das zum Beispiel so, Telefon klingelt, eigentlich alle 15 Minuten. Es ist immer was los. Also es ist jetzt nicht mehr, dass wir ganz stark telefonieren und Kontakte suchen. [...] Also ich, jetzt in meiner Region muss inzwischen das Projekt kaum noch vorstellen. Also auch bei Institutionen, bei denen ich jetzt zum ersten Mal vor Ort bin, muss ich es auch schon nicht, weil die Leute schon informiert sind über das Projekt und nur noch ..., ja, am Beratungsdienst eigentlich nur noch interessiert sind.“ (Interview 1, Abs. 42).

Eine weitere wichtige Entwicklung ist die Erschließung neuer Beratungsnehmender auf übergeordneter Ebene. In den Regierungsbezirken Stuttgart und Freiburg wurde besonders auf neue Kontakte zu den Schulämtern hingewiesen, die mit als wichtige Türöffner in das Feld der Schulen gesehen werden. Der Ausbau von Kontakten zu Schulen und die Initiierung von Netzwerken und Projekten wurden in drei der Regierungsbezirke als zentrale Veränderung und großer Erfolg beschrieben.

Gleichzeitig wurde jedoch auch immer wieder deutlich, dass zu einzelnen Schulen oder zu Schulen in bestimmten Regionen kein oder nur schwer Kontakt möglich ist.

5.3 Förderliche und hinderliche Faktoren für die Beratungstätigkeit

Bereits im Zwischenbericht 2011 wurden sowohl für den Einflussbereich der BeraterInnen als auch für den lokalen Kontext zahlreiche förderliche und hinderliche Einflussfaktoren beschrieben (vgl. Zwischenbericht 2011: 13). Zusammenfassend ergab sich folgendes Bild:

Abbildung 9: Hinderliche und förderliche Faktoren der Beratungsarbeit

	Förderlich	Hinderlich
Einflussbereich Beraterpool	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Netzwerke der BeraterInnen ▪ Interkulturelle Kompetenz ▪ Eigenständigkeit ▪ Sensibilität für lokale Bedarfe und Befindlichkeiten ▪ Kollegialer Austausch ▪ Rolle der Träger (unter bestimmten Bedingungen) ▪ Synergien mit anderen Projekten ▪ Klarheit und Strukturierung von Produkten (Präsentationen, Handreichungen) ▪ Öffentlichkeitsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufteilung der Stellen
Lokaler Kontext	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Offenheit bei Integrationsbeauftragten ▪ Kontakte zu Bildungseinrichtungen ▪ Zugänge zu Schlüsselpersonen ▪ Existenz erster Strukturen ohne Überfrachtung ▪ Überschaubare Strukturen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Projektdenken bei AkteurInnen vor Ort
Einflussbereich des Projektrahmens	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flexibilität der Konzeptes ▪ Zusammenarbeit mit NfB ▪ Öffentlichkeitsarbeit (mehr wäre förderlicher) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Faktorenpapier (zu offen formuliert, um bei Rollenfindung zu helfen) ▪ Konkurrenz zu anderen Programmen ▪ Zeitlicher Rahmen

Quelle: Zwischenbericht 2011; eigene Zusammenstellung

Auch in den Interviews, die im Jahr 2012 geführt wurden, haben sich viele der bereits in den ersten Interviews genannten Faktoren hinsichtlich ihrer Auswirkungen bestätigt.

5.3.1 ... im Einflussbereich des Beraterpools

Offenheit der Projektkonzeption

Die Offenheit des Projektes, die zu Beginn durchaus ambivalent erlebt wurde, wurde von den BeraterInnen aus heutiger Sicht als ein zentraler förderlicher Faktor identifiziert. Im Gegensatz zu einem geschlossenen Konzept mit genau definierten Aufgaben wurde darin die Möglichkeit gesehen, sich auf die lokalen Strukturen, Akteurskonstellationen und Bedarfe einzulassen und bedarfsgerecht zu beraten. Wie der vorherige Abschnitt zeigt, war es darüber hinaus auch möglich, sich dann im Fortgang des Projektes veränderten Bedarfslagen anzupassen und sich auf neue AkteurInnen einzustellen.

Aufteilung der Stellen

Bereits im Zwischenbericht 2011 wurden die teilweise geringen Stellendeputate von den BeraterInnen als hinderlich für Ihre Arbeit beschrieben. Gerade in ländlich strukturierten Gebieten muss ein großer Teil der verfügbaren Arbeitszeit für die Fahrtzeiten verwendet werden. Mit der Zunahme der Beratungsanfragen auf der einen Seite und der Intensivierung einzelner Prozesse auf der anderen Seite begrenzten sich die Möglichkeiten für BeraterInnen nun noch zusätzlich, über die Bearbeitung reiner Informationsanfragen hinaus neue Prozesse in Gang zu setzen. Somit stößt das Projekt auf Grund der Personalausstattung an seine Grenzen.

Sensibilität und Beratungsverständnis

Aus Sicht der Evaluation verfügen die BeraterInnen über ein sehr reflektiertes Verständnis für ihre Beratungstätigkeit, dass ihnen eine Offenheit für die lokalen Anforderungen und Erwartungen ermöglicht, ohne jedoch die grundlegenden Zielsetzungen ihres Auftrags aus dem Blick zu verlieren. Deutlich wurde dies an vielen Stellen der Interviews, an denen die BeraterInnen die Balance zwischen Aufgabenübernahme und Stärkung der AkteurInnen im Hinblick auf deren Verantwortlichkeiten beschreiben. Ebenso zeigte sich, dass in allen Prozessen immer auch die Nachhaltigkeit mitgedacht wird, d.h. die AkteurInnen vor Ort so zu unterstützen, dass diese selbständig weiterarbeiten können.

„Es wird auch oft dadurch gelernt, dass einfach Fehler passieren und da ..., das finde ich jetzt so ein bisschen heikel. Weil, man ist ja nur beratend tätig. Man ist ja nicht jetzt verantwortlich. Und dann darf man jetzt ja auch nicht da dauernd auf der Matte stehen und das dann quasi da selber durchziehen (...). Und dann gibt's wieder einen Anruf, (...) und dann muss man irgendwie immer wieder gucken, was noch zu retten ist.“ (Interview 4, Z. 91ff.)

5.3.2 ... im lokalen Kontext

Im Hinblick auf hinderliche und förderliche Faktoren im lokalen Kontext, d.h. den Umwelten, in denen die BeraterInnen tätig sind, wurden ebenfalls kurze Wege und die begrenzten Strukturen kleinerer Kommunen als sehr förderlich für die Arbeit beschrieben. Im Hinblick auf die bereits bestehenden Projekte und Strukturen insbesondere in großen Kommunen zeigte sich, dass sich selbst bei guter Versorgung und einer großen Anzahl von AkteurInnen und Vernetzungsstrukturen im Laufe der Zeit Beratungsbedarfe und Lücken herauskristallisierten, an denen die BeraterInnen ansetzen konnten. Eine Frage, die im späteren Projektverlauf zunehmend relevant wurde, war, wie Zugänge zu Migrantenselbstorganisationen erfolgreich gestaltet werden können.

Voraussetzungen bei lokalen AkteurInnen, besonders Migrantenselbstorganisationen

Deutlich wurde, dass die Strukturen und Rahmenbedingungen bei den Beratungsnehmenden von hoher Bedeutung für die Arbeit der BeraterInnen sind. Für die Aufnahme einer Bera-

tung oder auch der Möglichkeit, über das Projekt zu informieren sowie Bildungs- und Reflexionsprozesse im Sinne einer Sensibilisierung anzustoßen, sind ein gewisses Maß an Offenheit und ein Grundinteresse an dem Thema notwendig. Für weitergehende Prozesse, sei es im Hinblick auf die Unterstützung bei der Entwicklung von Handlungsstrategien, der Begleitung von Netzwerkentwicklungen oder der Projektentwicklung, ist es förderlich, wenn die Beratungsnehmenden zumindest über Grundkenntnisse zum Thema und verbindliche Strukturen verfügen.

Insgesamt spielen Migrantenselbstorganisationen als PartnerInnen je nach Region eine unterschiedliche Rolle. Die Erfahrungen der BeraterInnen zeigten, dass sich zum einen viele Migrantenvereine auf den Weg der Professionalisierung und Qualifizierung ihrer Arbeit gemacht haben und offen für Unterstützung und Beratung sind. Dabei ist, wie bei anderen AkteurInnen auch, der Stand Professionalisierung von Verein zu Verein sehr unterschiedlich. Viele Vereine haben, so die Erfahrung der BeraterInnen, jedoch noch einen weiten Weg vor sich. Gerade bei den Migrantenselbstorganisationen mit bisher geringen Projekterfahrungen und niedrigem Professionalisierungsniveau ist der Beratungsbedarf sehr groß, zum Beispiel in der Formulierung von Projektanträgen, der Beantragung von Geldern und bei der Projektumsetzung. In den Interviews zeigte sich, dass es bei diesen Beratungsprozessen oft eine schwierige Balance zu wahren gilt, damit die intensive Beratung nicht in eine stückweise Verantwortungsübernahme für die Aktionen und die Entwicklung der Beratungsnehmenden umschlägt:

„Also in der Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen hat sich nichts geändert. Da muss ich als Beraterin immer noch ..., also weiterhin sehr viel machen. [...] Also auch inhaltlich und auch aktiv an der Konzeptentwicklung mit dabei, weil die leider noch nicht im Stande sind, das selber zu machen. An den Schulen ist es so, dass ich gemerkt habe, dass die Energie, die ich am Anfang des Projektes in die Schulen investiert habe, dass sich das jetzt auszahlt. Weil ich festgestellt habe, dass in manchen Regionen ..., also bei benachbarten Schulen zum Beispiel, dass die das einfach abgucken voneinander. [...] Das heißt, die Vorarbeit ist aber schon getan, weil sie das einfach in Zusammenarbeit gemacht haben mit der anderen Schule. Und in Kooperationen mit kommunalen Netzwerken hat sich das eigentlich auch verändert. Also ich muss nicht mehr so viel Energie reinstecken wie am Anfang des Projektes. Da machen sie inzwischen auch schon viel mehr alleine, nur dass ich ... – Also mit der Veränderung, dass ich zum Beispiel (...) - weitergereicht werde an andere Netzwerke. Zum Beispiel als Moderatorin, zum Beispiel mit dem Auftrag einen Workshop durchzuführen an einer Schule oder an einer Kommune zur Erreichung von Eltern mit Migrationshintergrund zum Beispiel. Oder dass ich von der (...) angerufen werde, mit der ich eigentlich noch nie Kontakt hatte, und die eben von anderen Trägern erfahren haben, dass sie Unterstützung bekommen haben durch unser Projekt, und dann so auf mich zukommen. Also das hat sich geändert, dass ich von der strukturellen Ebene in meiner Zusammenarbeit mit kommunalen Netzwerken in die operative Ebene gerutscht bin, ohne dass ich das eigentlich wollte.“ (Interview 1, Abs. 109)

Ein im Hinblick auf die Arbeit mit Migrantenselbstorganisationen weiterer hinderlicher Faktor kann die kulturelle Abgrenzung einzelner Gruppen oder Organisationen darstellen. Sie wurde in einzelnen Fällen als hinderlich erlebt.

Kommunale Strukturen

Die Bedeutung kommunaler Strukturen wird in allen Interviews sehr deutlich. Insbesondere die Offenheit zentraler AkteurInnen, wie beispielsweise von Integrationsbeauftragten oder DezernentInnen können ein zentraler förderlicher Faktor sein. In diesem Zusammenhang werden jedoch vor allem auch in größeren Kommunen abgegrenzte Zuständigkeitsbereiche und ein versäultes Ressortdenken als hinderlich erlebt. In diesen Fällen wäre eine umfangreiche und sehr zeitintensive Sensibilisierung erforderlich.

Finanzielle und personelle Rahmenbedingungen in Kommunen

Als weiterer hinderlicher Faktor wurden fehlende Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte und Aktionen identifiziert. Dies verhindere, dass Ideen realisiert werden können.

„[...] ja, dann kann doch das andere das finanzieren.“ Also, dann schiebt man auch das Finanzielle immer auf den anderen, weil ja eben ein Netzwerk da ist. Und das ist so hinderlich. [...] Ja, wer soll denn den Aufwand machen mit diesem Antrag zum Beispiel, das Verwalterische. „Wir haben kein Personal.“ Also das ist immer so das Hauptproblem eigentlich. Personal und Finanzierung, finde ich, ist das Haupthindernis. (Interview 2, Abs. 86)

Strukturen und Rahmenbedingungen im Schulsystem

Die Einbeziehung von Schulen und übergeordneten Strukturen des Schulsystems ist von einer hohen Ambivalenz geprägt: Zum einen gibt es zahlreiche erfolgreiche Kooperationen mit Schulen, LehrerInnen, Eltern und SchulsozialarbeiterInnen, zum anderen wurden jedoch die Rahmenbedingungen des Systems Schule als hinderlich für die Kontaktaufnahme und die Projektumsetzung beschrieben. Meist aber war – so die Beobachtung – nicht mangelnde Bereitschaft, sondern mangelnde Zeit der Faktor, der die Initiierung von Kooperationen und Projekten verhinderte.

„Ja, also ich denke, das Interesse war eigentlich immer da. Also das wollen wir jetzt auch gar nicht irgendwie untern Tisch kehren. Das Interesse ist da zu diesem Thema, aber die Bereitschaft, die scheitert, denken wir, also wirklich an dieser Auslastung der Lehrer. Also dass da wirklich keine Person sich dazu bereit erklärt dieses Thema an sich zu nehmen. Und Schulsozialarbeiter, die ja eigentlich so die Schnittstelle jetzt eigentlich in diesem Bereich wären, die sind auch überlastet. Also es ist halt einfach, diese Strukturen in der Schule und diese Arbeits- und Zeitressourcen, die sind wirklich sehr begrenzt. Also da hat dieses Thema Integration, das wirklich ein komplexes Thema ist, also das muss man halt auch verfolgen und betreuen, dass das einfach keinen Platz hat.“ (Interview 3, Abs. 94)

Haltungen und Wertemuster

Als sehr hinderlich für die Arbeit der BeraterInnen wurden bestimmte Denkmuster und Haltungen lokaler AkteurInnen beschrieben, insbesondere dann, wenn Beteiligte nur eine geringe Bereitschaft mitbrachten, ihre Überzeugungen und Perspektiven im Hinblick auf das Themenfeld Integration und Migration zu hinterfragen. Die Interviews machten deutlich, dass diese auf allen Hierarchieebenen und in allen Organisationen zu finden sind. Bei Schlüsselakteuren auf, die als Türöffner und Multiplikatoren wichtig wären, wirkte sich eine solche Haltung besonders negativ aus.

5.3.3 ... im Einflussbereich des Projektrahmens

Öffentlichkeitsarbeit auf der Projektebene und Zugänge zu übergeordneten AkteurInnen

Wie bereits im Zwischenbericht 2011 beschrieben, wurde von den BeraterInnen auch in der zweiten Befragung auf die Bedeutung einer zentralen Öffentlichkeitsarbeit für ihre Arbeit hingewiesen. Dabei wurde deutlich, dass sich die BeraterInnen besonders zu Beginn ein öffentlichkeitswirksames Auftreten gewünscht hätten. Dieses hätte ihnen, so die Erwartung, viele Türen geöffnet, zu denen Sie sich so erst den Zugang suchen mussten. Gleichzeitig zeigte sich, dass dort, wo zentrale Veranstaltungen stattfanden, diese als Türöffner äußerst hilfreich und förderlich waren.

Runder Tisch

Das Instrument des Runden Tisches wird in seiner Bedeutung, ebenfalls wie im Zwischenbericht 2011, sehr ambivalent eingeschätzt. Die Mehrheit der BeraterInnen erläuterten, dass zwar die Grundidee von Runden Tischen als Instrument der Vernetzung und gemeinsamen Prozessgestaltung richtig und sinnvoll sei, dass sie jedoch in den konkreten Beratungskontexten, wie es den BeraterInnen im Rahmen der Fortbildung vermittelt wurde, aus mehreren Gründen häufig nicht oder nur begrenzt geeignet seien. Als zentraler Grund dafür wurde eine mangelnde Passgenauigkeit für die lokalen Strukturen wahrgenommen. Die BeraterInnen vertraten mehrheitlich die Meinung, dass der Runde Tisch als Instrument gerade neuere AkteurInnen häufig eher überfordert und erschreckt, zum Beispiel auch im Hinblick auf ein Ungleichgewicht in bestehenden Hierarchien. Insgesamt wurde er oft als zu komplex und zu formal erlebt. Darüber hinaus zeigte sich, dass teilweise vor Ort nicht die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bestehen, um einen Runden Tisch einzurichten, sondern diese erst geschaffen werden müssen.

In den Interviews wurde auch betont, dass die Einrichtung eines Runden Tisches vor Ort oft den Aufbau von Doppelstrukturen bedeutet hätte, da bereits Netzwerke, Runde Tische, Arbeitsgruppen o.ä. aktiv sind. Die BeraterInnen setzten daher eher darauf, die bestehenden Strukturen mit den AkteurInnen weiterzuentwickeln und diese zu stärken, anstatt eine neue Struktur zu schaffen.

Zuweilen war ein Runder Tisch jedoch auch in Fällen, in denen er von Seiten der BeraterInnen als möglich und sinnvoll erachtet wurde, von den lokalen AkteurInnen nicht erwünscht. Entsprechend ihrem Beratungsverständnis haben die BeraterInnen in diesen Fällen nicht versucht, ihn „top down“ zu installieren, sondern sie haben die Beratungsnehmenden in alternativen Formen unterstützt:

„Also ich habe einen Standort, da wäre ein Runder Tisch sicherlich nicht schlecht gewesen. Ich habe das ganz, ganz oft angeboten und immer wieder gesagt, aber letztendlich, das wurde nicht... – Ohne Mandat, finde ich, (...) kann ich nicht dahinfahren und sagen, so, wir machen jetzt einen Runden Tisch. Also ich habe das immer wieder so beworben. Und auch jetzt, nachdem die Dinge so eine Weile laufen, denke ich, es wäre auch wirklich gut gewesen. Aber die Menschen mit Migrationshintergrund, die wollten sich irgendwie immer nur mit mir alleine treffen. Und bei den anderen hatte ich so das Gefühl ist die Zeit nicht da. (...) Vielleicht ist das jetzt dann der nächste Schritt.“ (Interview 4, Abs. 297).

Gleichzeitig wurde jedoch das Instrument an einigen Standorten in seiner angedachten Form realisiert und in diesen Fällen auch als sehr förderlich angesehen.

Der Runde Tisch ist somit als Instrument nicht in allen Kontexten generell geeignet, aber er bietet, wenn die lokalen Voraussetzungen bestehen, eine gute Möglichkeit um vor Ort positive Effekte im Hinblick auf die Vernetzung und Aktivierung von AkteurInnen zu erreichen.

Online-Forum

Das Onlineforum als Angebot zum kollegialen Austausch der BeraterInnen und als Plattform zur Präsentation von Ergebnissen und Erfahrungen wurde zum letzten Befragungszeitpunkt von keiner der BeraterInnen genutzt. Ein Grund dafür liegt darin, dass sich im Laufe der Zeit ein informeller und bedarfsweiser Austausch per E-Mail und Telefon zwischen verschiedenen Standorten ergeben hat. Insgesamt wurde der gute Kontakt zwischen den BeraterInnen sowohl an einem Standort als auch regionenübergreifend als förderlicher Faktor für die Arbeit beschrieben.

Darüber hinaus wurde auch betont, dass dem Forum die Vertraulichkeit fehle, da es allen Beteiligten offen stehe. Mit Blick auf die Präsentation von Ergebnissen wurde angemerkt, dass diese jeweils dann erst niedergeschrieben und in einen veröffentlichungsfähigen Zustand gebracht werden müssten, um im Forum präsentiert zu werden. Hierzu fehle die Zeit.

Zeitliche Begrenzung / Unsicherheit in der Fortführung des Projektes

Die Interviews wurden zu einem Zeitpunkt geführt, in dem die Fortführung des Projektes über den September 2012 hinaus noch unsicher war. Diese über einen längeren Zeitraum bestehende Unsicherheit hat nicht nur die BeraterInnen in hohem Maße beschäftigt, sondern muss auch als hinderlicher Faktor für die Beratungstätigkeit und den Erfolg der Arbeit gesehen werden.

Die Auswirkungen lassen sich dabei sowohl auf der Ebene der Beratungsnehmenden als auch der BeraterInnen nachzeichnen. Während ein Teil der BeraterInnen versuchte „so nor-

mal wie möglich“ ihren Aufgaben nachzugehen und das mögliche Projektende auch gegenüber den Beratungsnehmenden eher auszublenken, haben andere versucht, die bereits laufenden Beratungsprozesse nicht nur nachhaltig zu begleiten, sondern sie haben auch Aktivitäten im Hinblick auf das Anstoßen neuer Beratungsprozesse reduziert, da befürchtet wurde, diese nicht mehr abschließen zu können.

„[...] das ist so im Moment so das größte Hindernis, dass wir einfach Sachen zwar eben ..., es kommt jetzt ins Laufen, die Leute kommen auf uns zu, haben Ideen für 2013, wir machen das und das könnten wir noch machen und dieses. Und wir sagen eigentlich nur, ja, machen wir auf alle Fälle, aber es ist halt schon mit so einem mulmigen Gefühl. [...] Also das ist halt so eine ..., jetzt im Moment wirklich sehr hinderlich, dass wir wirklich selbstbewusst in Beratungen gehen können.“ (Interview 4, Abs. 140).

Diese Befürchtung korrespondierte mit der Skepsis möglicher ProjektpartnerInnen gegenüber der Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit befristeter Projekte, was auch im Zwischenbericht 2011 bereits als hinderlicher Faktor kommuniziert wurde.

„Also das gestaltet sich noch etwas schwierig. Und alles, was dann höher geht sozusagen im administrativen Bereich oder auch von Städten, da kam ich nicht richtig dazu wegen der Projektbegrenzung einfach. Also ich hatte Termine, fange los zu erzählen und sobald die mitgekriegt haben „Projekt?“ dann geht's in keine Verhandlung.“ (Interview 4, Abs. 144)

Zusammenarbeit mit NfB und Unterstützung durch NfB

Die Zusammenarbeit mit NfB wurde von allen BeraterInnen als positiv und hilfreich beschrieben, wie dies auch bereits im Zwischenbericht 2011 deutlich wurde. Mit Blick auf den Start des Projektes hätten sich die BeraterInnen eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Information über das Projekt und seine Ziele durch NfB gewünscht. Mit der Zeit wurde die Dezentralität zunehmend als positiver Faktor wahrgenommen.

Förderprogramm

Das Verhältnis zwischen dem Förderprogramm und der Arbeit der BeraterInnen wurde bereits im Zwischenbericht 2011 thematisiert. Dort ging es vor allem um den Aspekt, dass die BeraterInnen eigentlich keine Unterstützung zu Antragsstellung leisten sollten. Diese Trennung, die auch bereits zu Beginn der Projektumsetzung als belastend empfunden wurde, wurde in keinem der Beratungspools stringent durchgehalten, denn es zeigte sich, dass es von Seiten der Beratungsnehmenden einen hohen Bedarf an Unterstützung bei der Antragstellung gab. Diesen Bedarf nicht aufzufangen, hätte erhebliche Hindernisse im Vertrauensaufbau nach sich gezogen.

„Also es ist ja eigentlich nicht unsere Aufgabe Antragsberatung zu machen, aber wir kommen da als Beraterinnen nicht drum herum. Das heißt, wenn wir die Leute schon so weit..., also dahin gehend beraten haben, dass sie jetzt einen Antrag stellen und dann sagen, okay, das machst du jetzt alleine oder mit NfB, weil das

ist nicht mehr meine Aufgabe, das kommt absolut nicht gut an. Also dann haben wir ... – Wir haben das auch paar Mal gemacht und haben die Erfahrung gemacht, dass die Leute dann gar keinen Antrag gestellt haben, dass die abgesprungen sind. Oder dass wir als..., ja, inkompetent wahrgenommen wurden, weil die das nicht verstanden haben, warum wir sie jetzt nicht mehr weiter begleiten. Also auch inhaltlich, Konzeption, Kosten- und Finanzierungsplan. (Interview 1, Abs. 558)

Die BeraterInnen unterstützten daher die Antragsstellung oft sowohl konzeptionell als auch bei der Suche nach Möglichkeiten der Ko-Finanzierung. Darüber hinaus gaben einige BeraterInnen an, auch die Umsetzungsphase zu begleiten und bei Bedarf zu unterstützen. Der Fokus lag jedoch eindeutig in der Unterstützung der Konzeptionierung.

„Also Schwerpunkt am Anfang, bei der Initiierung, bei der Planung. Also auch konkrete Fragen; wie genau erreichen wir die Eltern, was machen wir. Also auch da lief sehr viel. Und dann jetzt eben zum Teil zur Begleitung. Irgendwas klappt nicht so ganz oder können wir irgendwas anpassen, variieren. Oder jetzt eben zur Folgebeantragung. Aber bei der Umsetzung sind wir dann eigentlich nicht mehr dabei. Also nachdem der Antrag gestellt ist und dann der Bescheid gekommen ist sind wir dann auch raus. Sind dann zwar immer noch beratend da, aber bei der Durchführung selbst eigentlich..., dann ziehen wir uns auch wirklich absichtlich ein Stück weit zurück. Weil ich denke, das Projekt wurde eben von der Institution beantragt und für die Umsetzung sind sie auch zuständig. (Interview 3, Abs. 52)

Der Umfang der Beratungstätigkeiten zum Förderprogramm war dabei je nach Regierungsbezirk sehr unterschiedlich. Insbesondere im Regierungsbezirk Freiburg wurde diese Form der Unterstützung kaum nachgefragt, während der Bedarf im Regierungsbezirk Stuttgart sehr hoch ist, wie auch die Antragszahlen belegen (vgl. Kapitel 6).

5.4 Effekte und Nachhaltigkeit der Beratungstätigkeit

Sowohl aus den Interviews als auch aus den regelmäßigen Berichten der Projektträger lassen sich zahlreiche Beispiele für Projekterfolge gewinnen. Erkennbar sind vor allem:

- Erfolge bei der Kontaktaufnahme mit Schlüsselakteuren,
- Erfolge in der Sensibilisierung,
- Erfolge beim Aufbau und der Weiterentwicklung lokaler Netzwerke,
- Erfolge in der Unterstützung und Stärkung von Migrantenselbstorganisationen.

Ein wichtiger Effekt ist beispielsweise, dass sich Netzwerke qualitativ weiterentwickelten und somit ihre Aufgaben besser wahrnehmen konnten.

„Also einfach, dass die Vernetzungsstruktur vor Ort einfach stärker wird. Also die schon existiert hat so punktuell, aber dass das jetzt wirklich so eine Gemein-

schaft ist, die wirklich sich abspricht und Informationen einfach auch austauschen kann.“ (Interview 3, Abs. 119)

Ein anderer Aspekt war die Einbindung neuer AkteurInnen in Netzwerke und so die Vernetzung relevanter AkteurInnen untereinander. Mit Blick auf die Migrantenselbstorganisationen wurde deutlich, dass es in einzelnen Fällen gelungen ist, diese dahingehend zu unterstützen, dass sie selbständig und eigenverantwortlich als starke AkteurInnen auftreten und beispielsweise eigene Projekte planen und umsetzen konnten. Ein Beispiel für einen solchen Beratungserfolg bietet folgendes Statement:

„[...] größter Erfolg, würde ich sagen, ist eine Grundschule, in der die Lehrer erst nicht aktiv werden wollten und nach einer längeren Beratungszeit ..., also irgendwie habe ich da auch nicht locker gelassen, (...) und es schien mir einfach sehr sinnvoll da was zu machen. Und sie haben nicht so völlig abgelehnt, sondern es war so eine Bereitschaft da, „ja, wir würden ja tun, wenn wir Zeit hätten, wenn wir Kraft hätten“. Und dann habe ich vorgeschlagen, man könnte vielleicht jemanden von außen noch dazu nehmen und das war dann der Punkt, wo es angenommen wurde und da wurde jetzt ein wunderschönes integratives Projekt entwickelt und die Eltern arbeiten da mit. Die Elternarbeit selbst kann man noch verstärken, also da gibt's noch viel Raum, um aktiv zu werden.“ (Interview 4, Abs. 32)

Nachhaltige Entwicklungen

Auch wenn es zahlreiche Erfolge in der Projektumsetzung gab und sich die Wirksamkeit der Beratungsaktivitäten auch in der Zunahme der Beratungsanfragen sowie der Verschiebung des Fokus von der Fach- hin zur Prozessberatung abzeichnet, waren nachhaltige Entwicklungen auch aus Sicht der BeraterInnen bisher nur punktuell festzustellen. Ein Grund hierfür lag auch in der langwierigen Startphase des Projektes. So konnte in vielen Fällen nicht direkt in die Unterstützung zur Entwicklung lokaler Handlungsstrategien oder der Unterstützung der Entwicklung von Netzwerken eingestiegen werden. Vielmehr gab es zu Beginn einen zeitintensiven Prozess der Identifizierung von Schlüsselpersonen und zentralen AkteurInnen, der Kontaktaufnahme und der Sensibilisierung und Information. Diese Schritte waren notwendig um zunächst überhaupt eine Basis für weitere Entwicklungen zu schaffen.

„Das ist halt noch auf sehr wackeligen Beinen. Was die anderen Sachen angeht würde ich es genauso sagen. Weil, da oft erst diese Phase, dass man sich jetzt zusammensetzt und gemeinsam was auf die Beine stellen will. Also ich denke, für unsere Region kann man schon sagen, dass da, wenn es jetzt zu Ende wäre, viel verpuffen würde.“ (Interview 1, Abs. 461)

Die Aussicht auf nachhaltige Effekte war vor allem dort zu finden, wo bereits von Anfang an günstige Rahmenbedingungen anzutreffen waren und wo der Beratungsprozess bereits früh eingesetzt hat. Bei den Standorten, die entweder später in den Beratungsprozess eingestiegen sind oder an denen zunächst eine langfristige Sensibilisierungsphase notwendig war, sind zwar positive Effekte beobachtbar, doch ist unsicher, ob diese erreichten Ergebnisse nach Ende des Projektes fortbestehen.

6 Bestandsaufnahme der geförderten Maßnahmen

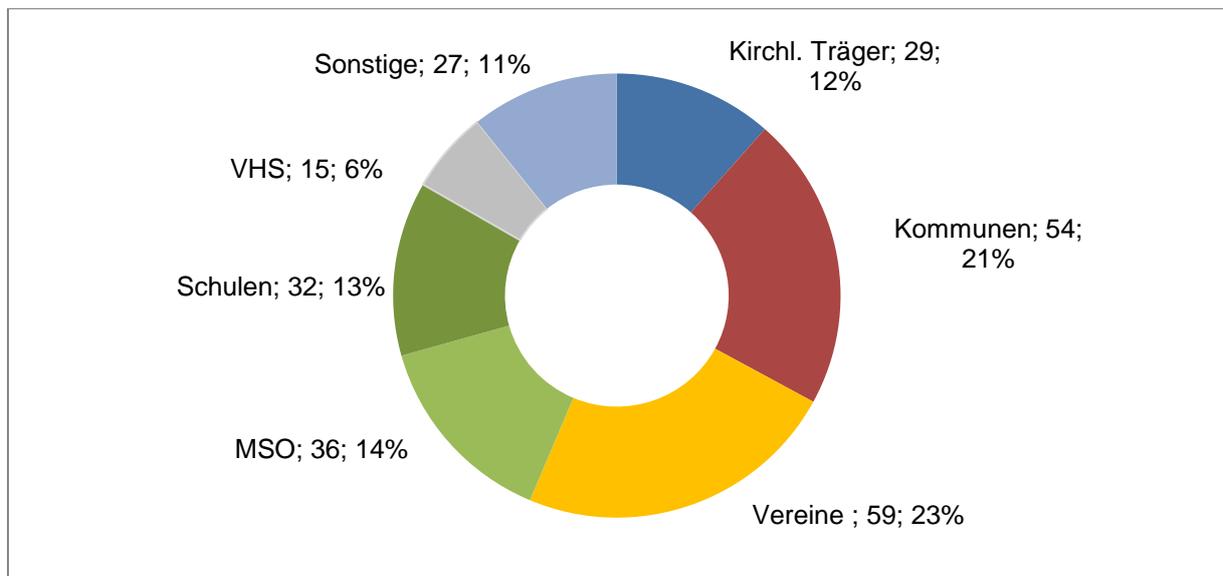
Ziel der Untersuchung der geförderten Maßnahmen war nicht eine Bewertung und Evaluation der Einzelprojekte, sondern die Analyse der Entwicklung des Förderprogramms. Hierzu gehörte zum einen die statistische Auswertung der beantragten und bewilligten Projekte, zum anderen die Analyse der Strukturen, Inhalte und Maßnahmen dieser Projekte. Hierzu wurden in zwei Runden CATI-Befragungen durchgeführt.

6.1 Statistische Auswertung der beantragten und bewilligten Projekte

Trägerstrukturen bei der Projektbeantragung

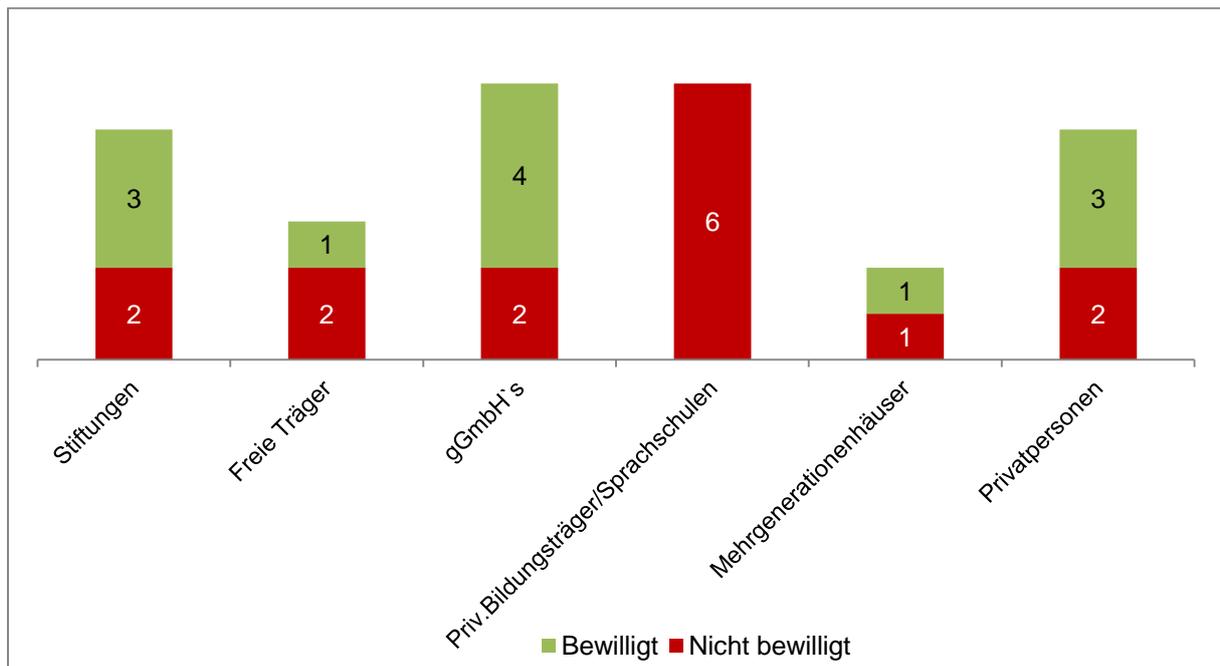
Die Trägerstruktur zeigte ein breites Spektrum. Als besonders erfreulich ist zu werten, dass neben Kommunen und kirchlichen Trägern auch Vereine, Migrantenselbstorganisationen (MSO) und Schulen als AntragstellerInnen fungierten.

Abbildung 10: Trägerstruktur bei beantragten Projekten



Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen (5 von 6 Runden)

Abbildung 11: Anzahl der Antragsteller im Bereich „Sonstige“

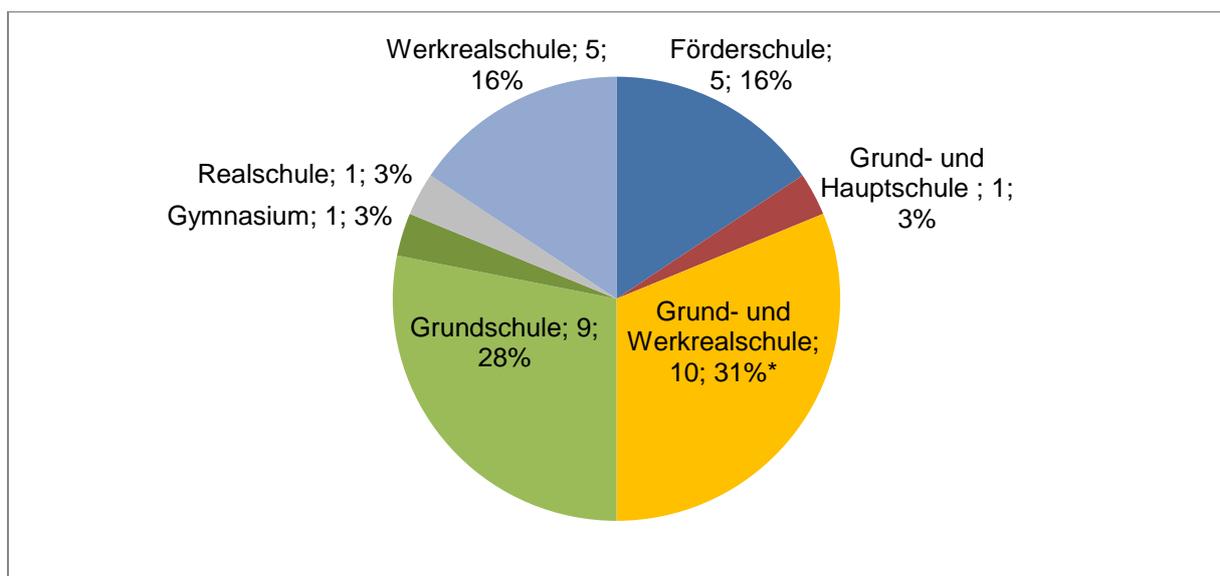


Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen (5 von 6 Runden)

Bei den sonstigen Trägern wurde deutlich, dass hier vor allem gemeinnützige Institutionen als AntragstellerInnen auftreten.

An Schulen waren vor allem Grund- und Werkrealschulen als AntragstellerInnen vertreten. Damit nahmen in besonderem Maße Schulen an dem Förderprogramm teil, denen mit ihrem Auftrag der Vermittlung von allgemeinem und alltagsnahem Wissen eine besondere Rolle in der Schaffung einer guten Ausgangssituation für die weitere schulische und berufliche Laufbahn zukommt.

Abbildung 12: Schulen in der Antragstellung

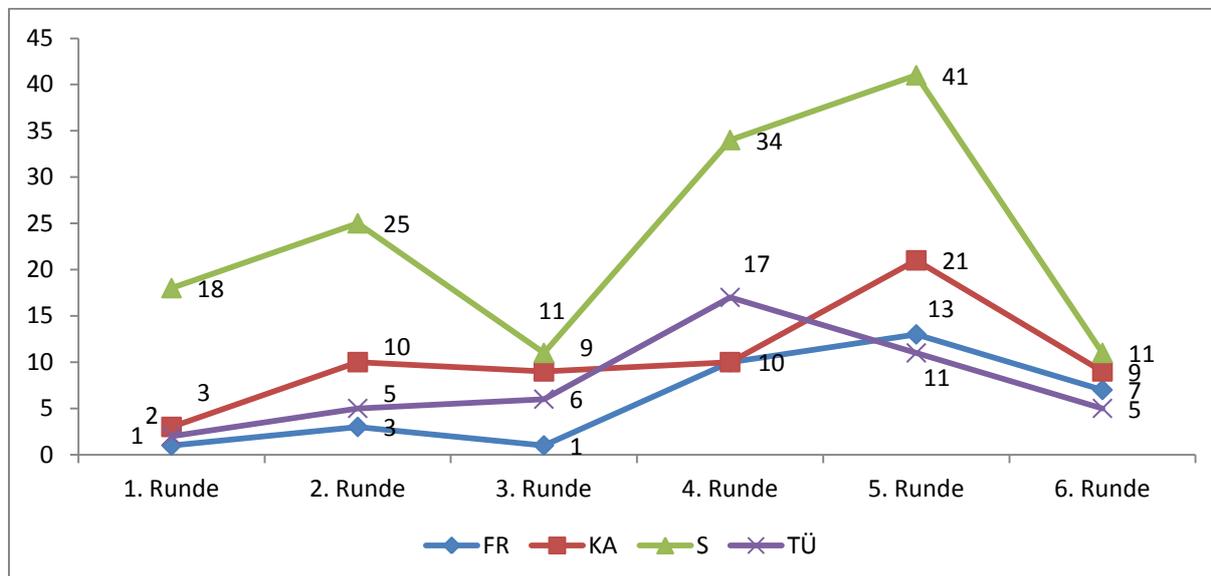


Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen (5 von 6 Runden)

* Die 10 aufgeführten Grund- und Werkrealschulen verfügen teilweise auch über einen Hauptschulzweig

Die Antrags- und damit verbunden die Bewilligungszahlen nahmen in allen vier Regierungspräsidien in der Tendenz zu, die Zuwächse waren jedoch von sehr unterschiedlicher Intensität.

Abbildung 13: Entwicklung der Antragszahlen nach Regierungsbezirken



Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen (6 von 6 Runden)

Im Rahmen des NfB Projektes wurden insgesamt sechs Förderrunden initiiert. Insgesamt wurden 284 Anträge gestellt, davon wurden 73% bewilligt (206 Anträge) und 24% abgelehnt (70 Anträge). 8 Anträge (3%) wurden von den AntragstellerInnen zurückgezogen (vgl. Tabelle 5).

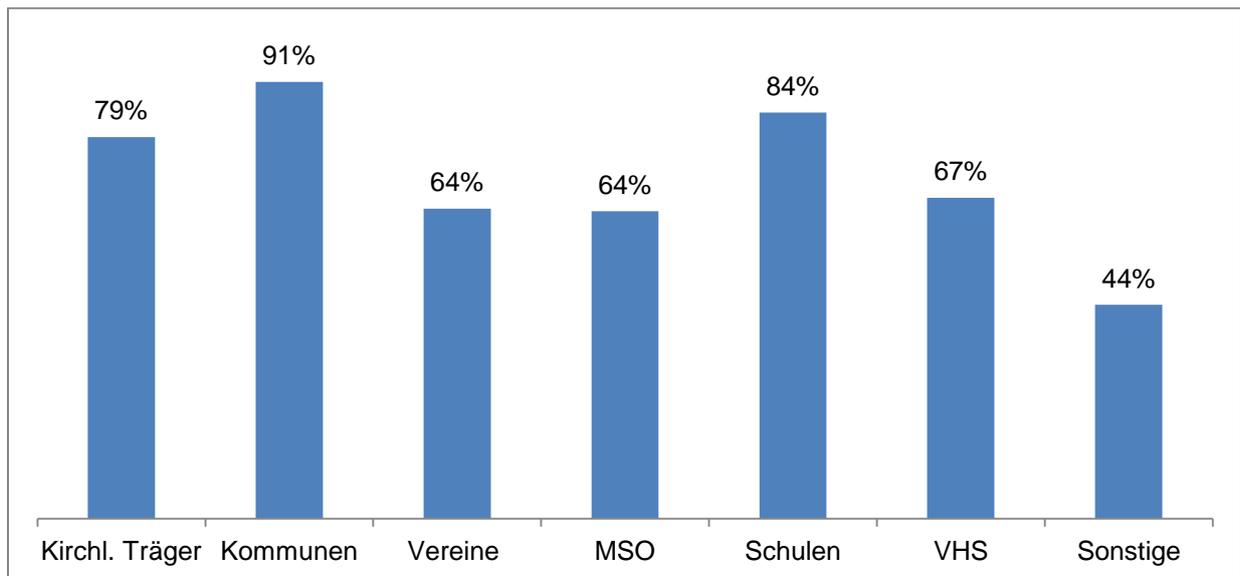
Tabelle 5: Verhältnis beantragte und bewilligte Projekte insgesamt (1.- 6.Runde)

	Beantragte Projekte	Bewilligte Projekte	Bewilligungsquote	Zurückgezogene Projekte
FR	35	21	60%	2
KA	62	45	72%	3
S	140	101	72%	2
TÜ	47	39	83%	1
Gesamt	284	206	73%	8

Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen

Abbildung 14 zeigt deutlich, dass es zwischen den einzelnen Trägerarten ganz unterschiedliche Bewilligungsquoten gab. Insbesondere fallen die vergleichsweise niedrigen Bewilligungsquoten bei Vereinen und Migrantenselbstorganisationen auf. Hier zeigt sich aus Sicht der Evaluation, dass die Konzeptentwicklung und die Antragstellung gerade für ehrenamtliche Organisationen mit geringen Erfahrungen in der Antragstellung und Projektentwicklung eine hohe Hürde darstellt. Ein weiterer Faktor kann auch sein, dass es Trägern mit weniger Projekterfahrung insgesamt schwerer fällt, ihre Projektideen an die Rahmenbedingungen des Förderprogramms anzupassen.

Abbildung 14: Bewilligungsquote nach Trägern



Quelle: Projektlisten von NfB, eigene Berechnungen (5 von 6 Runden)

Die unterschiedlichen Förderquoten lassen sich darüber hinaus auch als Indikator für den Bedarf an Unterstützung und Beratung bei der Projektentwicklung und Antragsstellung verstehen, wie er immer wieder an die BeraterInnen herangetragen wurde.

Wie man auf der folgenden Karte erkennt, ist es über das Förderprogramm gelungen, nicht nur Projektträger in den großen Städten und Ballungsräumen Baden-Württembergs zu erreichen sondern auch in kleineren Städten und ländlichen Regionen Projekte zu fördern. Die größere Anzahl von Projekten in der Region Stuttgart sowie in anderen Städten darf mit Blick auf die Bevölkerungszahlen und die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Regionen indes nicht überraschen.

Karte 1: Regionale Verteilung aller geförderten Projekte im Förderprogramm



Datenquelle: LGL, www.lgl-bw.de (Abruf vom 27.02.2013); Ergänzung um die geförderten Projekte der sechs Förderunden.

6.2 CATI-Befragung der Maßnahmen

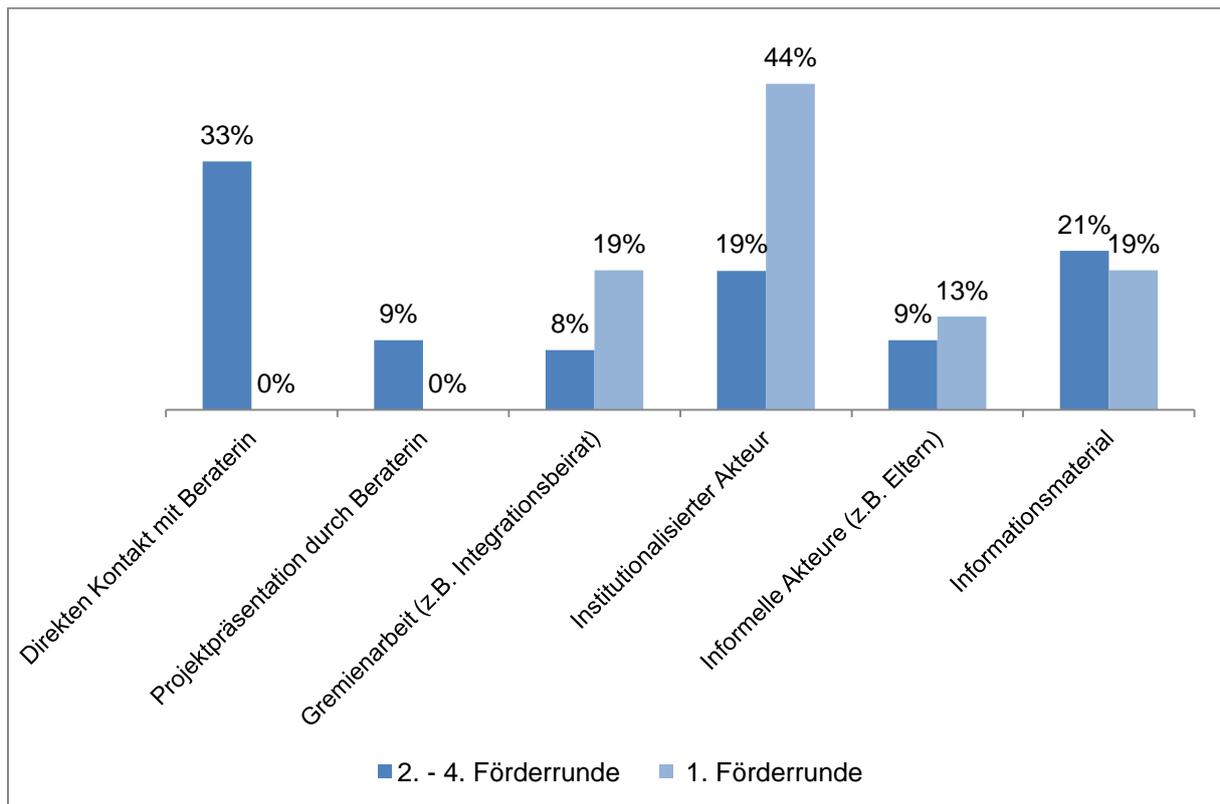
Zur genaueren Analyse der geförderten Mikroprojekte hat das ISS-Frankfurt a.M. das Feldforschungsinstitut telerearch in Mannheim mit einer CATI-Befragung der Träger der geförderten Maßnahmen beauftragt. Eine Befragung der Projekte der 1. Förderrunde fand im Juni 2011 statt. Die Projekte der Förderrunden 2 bis 4 wurden gemeinsam im September 2012 befragt.

In der ersten CATI-Befragung wurden die Träger von 16 Maßnahmen befragt. In der zweiten CATI-Befragung wurden die Kontaktdaten von 96 AnsprechpartnerInnen zur Verfügung gestellt, die insgesamt 104 Projekte betreuten (in sechs Fällen wurden zwei Projekte von einem Projektträger durchgeführt). Insgesamt konnten 75 Interviews durchgeführt werden, was einer realisierten Netto-Stichprobe von 78% entspricht. In der Auswertung wurden bis auf einen Fall die Daten der ersten und der zweiten CATI-Befragung zusammen ausgewertet. Da in beiden Befragungen die gleiche Methodik und der gleiche Fragebogen zum Einsatz kamen, war dies ohne Probleme möglich. Gleichzeitig wurde so über die höhere Fallzahl (91 Interviews) eine bessere Aussagekraft erreicht.

6.2.1 Kontakte zwischen den Trägern der Maßnahmen und den BeraterInnen

Wie Abbildung 15 verdeutlicht, erfuhren die AntragstellerInnen der ersten Runde über das NfB-Projekt in keinem der 16 Fälle zuerst etwas über einen Kontakt mit den BeraterInnen selbst, sondern aus Materialien und über besondere institutionelle AkteurInnen, wie Integrationsbeauftragte, Bürgermeister usw. Demgegenüber hatte in der 2. bis 4. Förderrunde ein Drittel aller AntragstellerInnen durch einen direkten Kontakt mit den BeraterInnen erstmalig von dem NfB-Projekt gehört.

Abbildung 15: Erstmals vom Projekt „Netzwerke für Bildungspartner“ erfahren

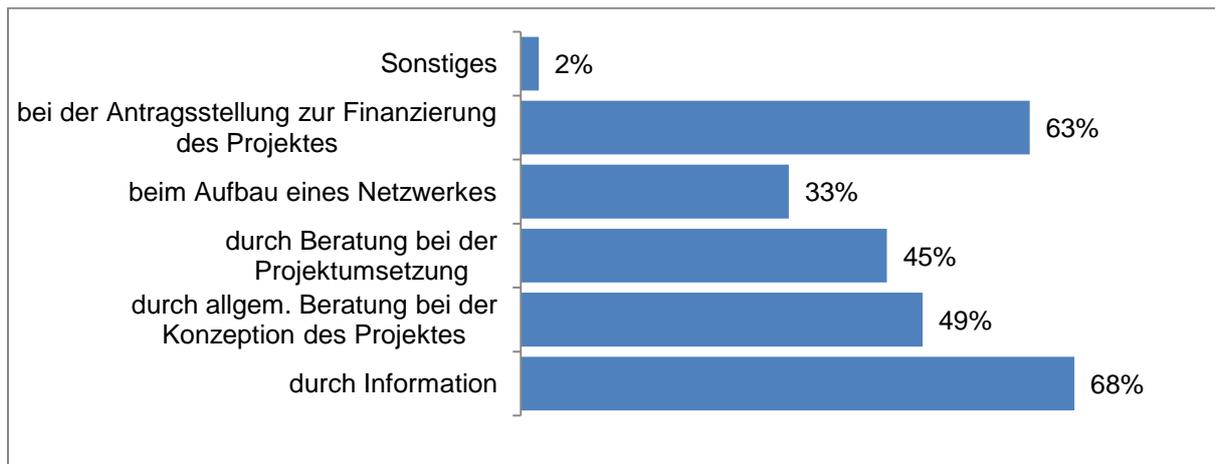


Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012, eigene Berechnung und Darstellung

Dies spiegelt erneut die zunehmende Vernetzung des Beraterpools, den tendenziellen Verlauf der Arbeit (von Sensibilisierung und Vertrauensaufbau hin zur Prozessbegleitung) und den hohen Stellenwert beider Projektsäulen wider, die oben schon skizziert wurden. Allerdings bildet diese Tendenz auch den Hintergrund einer zunehmenden Verschränkung in der Arbeit der BeraterInnen (vgl. Kapitel 5.2.2).

Im weiteren Projektverlauf zeigte sich, dass 73 von 91, also rund zwei Drittel aller befragten AntragstellerInnen, Informationen durch die BeraterInnen erhielten und bei der Antragstellung zur Finanzierung unterstützt wurden. Daneben wurde fast die Hälfte der Projekte bei der Konzeption beraten und weitere 45% bei der Projektumsetzung unterstützt.

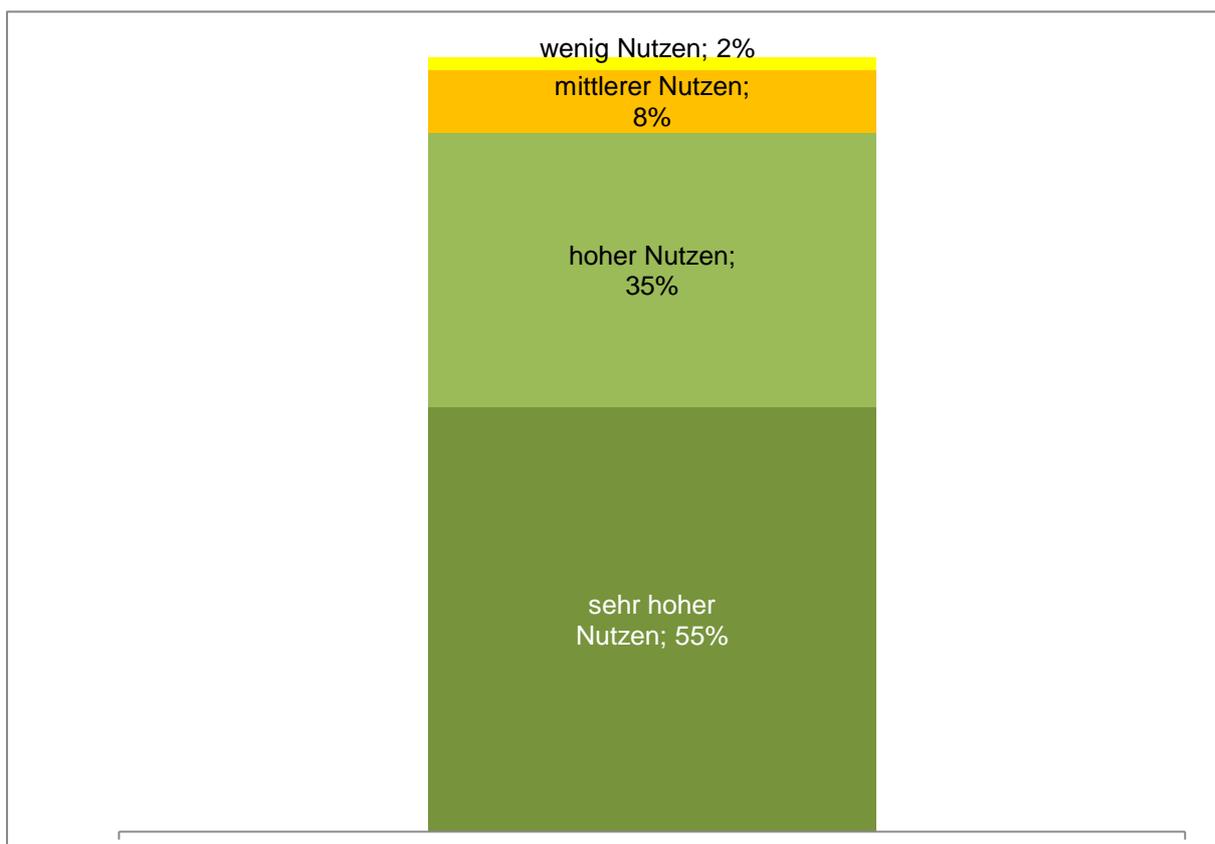
Abbildung 16: Anteile der Unterstützung der Projekte durch BeraterInnen (n=91)



Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012, eigene Berechnung und Darstellung

Die Daten verdeutlichen, welche Bedeutung die Arbeit der BeraterInnen für die Umsetzung des Förderprogramms für Maßnahmen lokaler Netzwerke zumindest in den ersten vier Förderunden hatte.

Abbildung 17: Beurteilung des Nutzens der Unterstützung (n=62)



Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012, eigene Berechnung und Darstellung

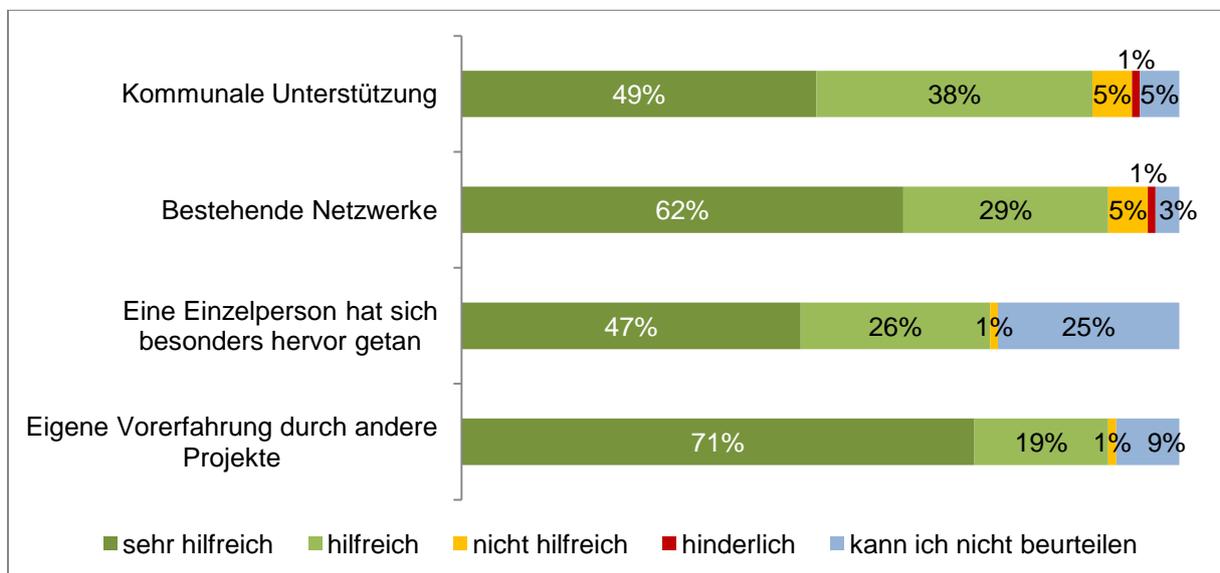
Die beratenen Projekte beurteilten den Nutzen der Unterstützung als außerordentlich hoch. So sagten 90% der Projekte, die eine Unterstützung erhalten haben, dass diese von sehr hohem oder hohem Nutzen war. Sowohl das große Maß an Unterstützung bei Projektbean-

tragung, Projektplanung und Umsetzung als auch die positive Beurteilung des Nutzens der Unterstützung sind nicht nur ein Hinweis auf die Aktivitäten der BeraterInnen und die Qualität ihrer Arbeit, sondern lassen sich auch dahingehend deuten, dass es von Seiten der lokalen AkteurInnen einen hohen Bedarf an Unterstützung im Rahmen der Antragstellung und Projektarbeit gibt. Eine Ursache dafür mag auch darin liegen, dass es sich bei über drei Viertel der beantragten Projekte um neue Projekte handelt (vgl. Anhang, Tabelle 12).

6.2.2 Umsetzung der Projekte: Hinderliche und Förderliche Faktoren

Neben Fragen zu Inhalten und Zielgruppen der konkreten Projekte wurden im Rahmen der CATI-Interviews auch Fragen zur Projektumsetzung, insbesondere zu hinderlichen und förderlichen Aspekten gestellt.

Abbildung 18: Was fanden Sie hinderlich/förderlich für den Aufbau Ihres Projektes?



Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012, eigene Berechnung und Darstellung

Die Grafik veranschaulicht, dass diese vier Kategorien in der überwiegenden Mehrheit als sehr hilfreich bzw. hilfreich wahrgenommen wurden und nur in Einzelfällen als hinderlich erlebt wurden. Besonders positiv wurden dabei die eigenen Vorerfahrungen erlebt. Bei einer

offenen Antwortmöglichkeit zeigte sich, dass die Möglichkeit der Finanzierung ein zentraler förderlicher Faktor ist, ebenso wie bestehende Kooperationen und vorhandene PartnerInnen.

Im Hinblick auf den Umsetzungsprozess der Projekte zeigte sich, dass diese in überwiegender Mehrheit (84%) ihren Projektverlauf hinsichtlich Zeit-

Förderliche Faktoren der Projektumsetzung



plan, Inhalten oder Umsetzung als plangemäß beschrieben. Von Schwierigkeiten berichteten lediglich 15 Projekte (vgl. Anhang, Tabelle 14).

Mit Blick auf die benannten Gründe zeigte sich, dass eine Problemquelle die eigene Zeit- und Ressourcenplanung war. So wurden Zeitpläne zu eng konzipiert oder zu viele Aktionen vorgesehen, bzw. es standen für die vorgesehenen Aktionen zu wenig personelle Ressourcen zur Verfügung. Eine andere Problemquelle waren Schwierigkeiten zwischen KooperationspartnerInnen. Dabei waren auch externe Faktoren wie Konflikte im Sozialraum, Ferienzeiten und Erkrankungen ausschlaggebend. Das Erreichen der Zielgruppen spielte als Problemquelle nur eine untergeordnete Rolle.

Als hinderlich wurden in der offenen Antwortkategorie besonders die Antragsstellung sowie die Notwendigkeit einer Ko-Finanzierung erlebt. Als weiterer hinderlicher Aspekt wurde der eigene Zeit- und Ressourcenmangel beschrieben.

Hinderliche Faktoren der Projektumsetzung



Bereits in der ersten Förderrunde wurde NfB deutlich, dass trotz Möglichkeit der persönlichen Beratung und Kontaktaufnahme sowie der lokalen Unterstützung durch die BeraterInnen insbesondere für kleinere und/oder unerfahrene Träger die Antragsstellung eine Hürde darstellte. Als Reaktion hierauf wurde von NfB das Verfahren der Antragsbeurteilung ergänzt. Träger, zu deren Anträgen es noch weiteren Klärungsbedarf gab, erhielten die Möglichkeit, nachzuarbeiten und fehlende Unterlagen nachzuliefern. Dieses Vorgehen war aus Sicht von NfB von Erfolg gekrönt, konnten so doch viele Anträge, die eigentlich aus formalen Gründen oder auf Grund inhaltlicher Unklarheiten abzulehnen waren, noch in die Förderung aufgenommen werden.

6.2.3 Erfolge, Wirkungen und Effekte der geförderten Maßnahmen

Die Wirksamkeit und der Erfolg der Projekte lassen sich vor allem im Hinblick auf die Effekte bei den Projektträgern selbst abbilden. Aussagen zur Wirksamkeit der Projekte auf der Ebene der TeilnehmerInnen lassen sich jedoch nicht identifizieren, da diese nicht befragt wurden. Allerdings lässt sich festhalten, dass mit den ersten vier Förderrunden fast 5.600 Personen erreicht werden konnten. Davon waren über drei Viertel Frauen (vgl. Anhang, Tabelle 15).

Die Befragung machte deutlich, dass von den Projektträgern die Teilnahme am Förderprogramm insgesamt als eine positive Erfahrung erlebt wurde, die auch zu einem Zuwachs an Wissen beigetragen hat. Der Anteil derer, die

Effekte und Wirkungen der Maßnahmen

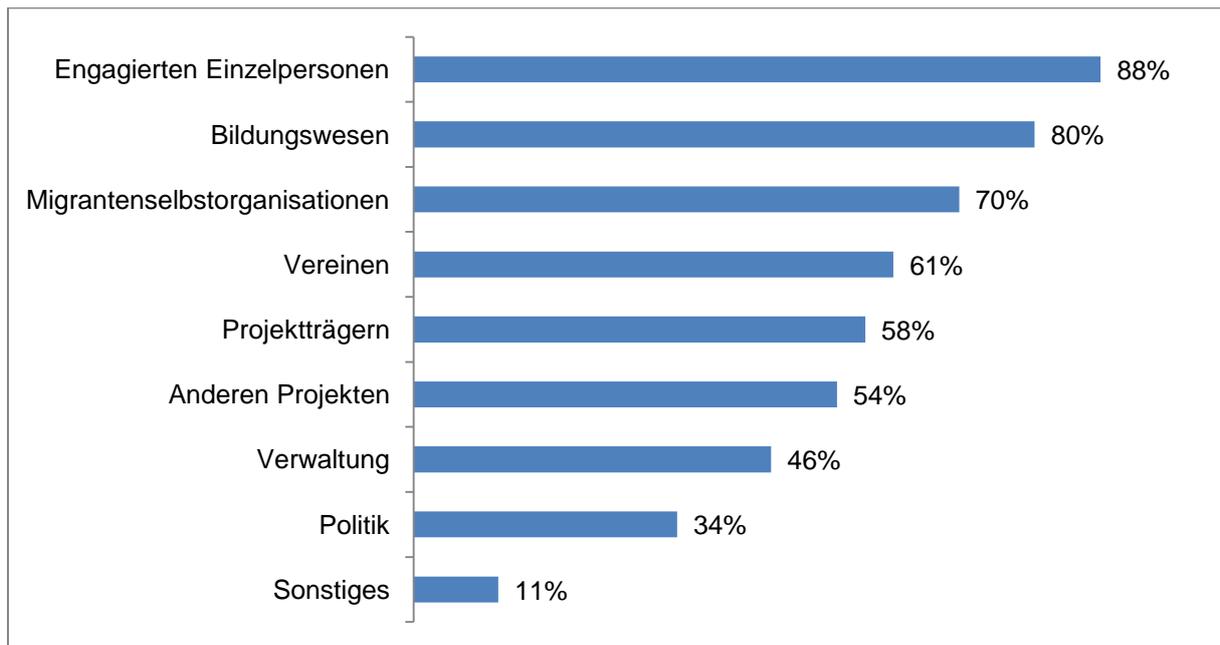
- In den ersten vier Förderrunden konnten insgesamt rund 5.600 Frauen und Männer erreicht werden.
- 91% der Projekte bauten Kooperationen zu Vernetzungen zu neuen PartnerInnen auf

den folgenden vier Aussagen voll und ganz bzw. weitgehend zustimmen konnten, lag bei jeweils über 90% (vgl. Anhang, Tabelle 17):

- als beruflich bereichernde Erfahrung
- als persönlich bereichernde Erfahrung
- Ich würde anderen empfehlen, ein solches Projekt umzusetzen.
- Ich würde erneut ein solches Projekt mit der Organisation „Netzwerke für Bildungspartner“ umsetzen.

Über diese positive Wirkung für die Projektträger hinaus lässt sich auch ein deutlich positiver Effekt für den Aufbau lokaler Netzwerke und Kooperationen erkennen. So gaben 91% der Projekte an, im Rahmen der geförderten Maßnahme mit AkteurInnen Kontakte geknüpft zu haben, die vorher nicht bestanden (vgl. Anhang, Tabelle 18). Betrachtet man die unterschiedlichen Akteursgruppen, dann zeigt sich, dass insbesondere Kontakte zu Einzelpersonen, aber auch in großem Umfang in das Bildungswesen, zu Migrantenselbstorganisationen und zu anderen Vereinen aufgebaut wurden.

Abbildung 19: Zu welchen AkteurInnen konnten neue Kontakte geknüpft werden?



Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012, eigen Berechnung und Darstellung.

7 Schnittstellen und Synergien mit anderen Programmen

Der Aufbau von Schnittstellen und Kooperationen mit anderen Landes- und Bundesprogrammen wird als ein wichtiger Aspekt der Projektarbeit gesehen. Im Zwischenbericht 2011 wurde deutlich, dass diese Schnittstellen noch ausbaufähig sind. Außerdem zeigte sich, dass insbesondere in Bezug auf Projekte und Programme des Kultusministeriums von lokalen AkteurInnen Konkurrenz und Dopplungen befürchtet werden. Im Hinblick auf eine effiziente Mittelverwendung und die Zielsetzungen und Strukturen des NfB-Projektes sind solche Effekte nicht intendiert und zudem hinderlich. Demgegenüber besteht die Erwartung, dass Schnittstellen und Kooperationen zu Synergieeffekten führen und einen wichtigen Beitrag zur Wirksamkeit des Projektes leisten können.

Zur intensivierten Untersuchung der Schnittstellen und Synergien wurden die BeraterInnen im Rahmen der Gruppeninterviews im Jahr 2012 gezielt zu Berührungspunkten mit anderen Programmen und Projekten befragt. Im Zeitraum zwischen September und November wurden dann zum einen qualitative, leitfadengestützte Interviews mit den VertreterInnen der Träger der Beraterpools sowie mit Frau Wahnschaffe, Geschäftsführerin von NfB, geführt. Zum anderen wurden auf Basis einer Internet- und Dokumentenrecherche kurze Telefoninterviews mit den AnsprechpartnerInnen bzw. Kontaktpersonen für folgende Programme geführt.

- Stärke
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule (Eltern-Lehrer-Tandems)
- Bildungsregionen
- Ausbildung und Einsatz von Elternmentoren der Elternstiftung
- Schule Plus: Eltern stärken – Kinder fördern
- Stärkere Zusammenarbeit mit den kommunalen Integrationsbeauftragten
- Lernen vor Ort
- MOQA: Motivieren, Qualifizieren, Aktivieren
- Km2 Bildung (Ein Quadratkilometer Bildung)
- Teach First

Da sich Telefoninterviews hier als schwierig erwiesen, wurde den Ansprechpartnern nach kurzem Telefonkontakt und deren Zustimmung per E-Mail ein Kurzfragebogen zugeschickt. In zwei Fällen wurde dies nach kurzem Kontakt von den Ansprechpartnern abgelehnt bzw. als unnötig angesehen.

7.1 Analyse der Kooperationsbeziehungen

Schnittstellen und Kooperationen können sich auf drei Ebenen des Projektes ergeben,

1. der Ebene von NfB,
2. der Ebene der Träger der Beraterpools,
3. der Ebene der BeraterInnen.

Außerdem können die Schnittstellen und Kooperationen unterschiedlicher Intensität und Qualität sein und von wechselseitiger Information und fachlichen Austausch über konkrete Unterstützung, zum Beispiel durch Ko-Finanzierungen, bis hin zu gemeinsamen Strategieplanungen reichen.

7.1.1 Stärke und StärkePlus

Das Programm Stärke/StärkePlus ist ein Landesprogramm des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Ziel des Programms ist es, Eltern und Familien Zugänge zu Angeboten der Eltern- und Familienbildung zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Hierzu erhalten Eltern seit dem 1. September 2008 einen Bildungsgutschein in Höhe von 40 €. Daneben bietet das Programm auch die Möglichkeit, Eltern die Zuzahlungen zu Kursen zu erlassen. Außerdem können Städte und Landkreise in Abstimmung mit Anbietern der Familienbildung bedarfsgerechte Bildungsangebote für Familien in besonderen Lebenssituationen schaffen (StärkePlus).

Schnittstellen und Kooperationen

Von der Zielsetzung, die Bildungschancen junger MigrantInnen in Baden-Württemberg zu verbessern und insbesondere Eltern als BegleiterInnen des Bildungswegs ihrer Kinder zu stärken, passen Stärke und das NfB-Projekt gut zusammen, wobei im Programm Stärke/StärkePlus die Zielgruppe der Familien mit Migrationshinweis nur eine mögliche Zielgruppe ist und bei der Schaffung von Angeboten für Familien in besonderen Lebenssituationen auch andere Schwerpunkte gesetzt werden können.

Der Schwerpunkt der Kontakte zwischen dem NfB-Projekt und dem Programm Stärke/StärkePlus liegt vor allem auf der lokalen Ebene. Dabei geht es neben dem fachlichen Austausch zwischen den lokalen KoordinatorInnen von Stärke/StärkePlus und den BeraterInnen von „Integration in Baden-Württemberg“ in erster Linie um die Ko-Finanzierung von lokalen Bildungsangeboten des Programms StärkePlus über die Mittel des Förderprogramms von NfB. Hier liegt auch der Synergieeffekt auf lokaler Ebene. Dort, wo die Finanzierung nur aus dem Programm StärkePlus nicht ausreichte, konnte das NfB Förderprogramm auch auf Grund seiner offenen und flexiblen Finanzierungsmöglichkeiten als ein weiterer Finanzierungsbaustein der Angebote fungieren und so deren Realisierung ermöglichen.

Auf der Ebene von NfB gab es bisher nur einen punktuellen Kontakt mit den zuständigen MitarbeiterInnen des Programms Stärke/StärkePlus, jedoch sind hier weitere Kontakte in der Zukunft und ein Ausbau der Kooperation von beiden Seiten vorgesehen und gewünscht.

7.1.2 Kooperation mit der Elternstiftung

Die Elternstiftung Baden Württemberg, die sich aus Haushaltsmitteln des Landes sowie aus Spenden finanziert, verfolgt das Ziel, Eltern in der Erziehungspartnerschaft mit Schulen zu unterstützen. Sie bietet hierfür unterschiedliche Fortbildungsmöglichkeiten und Programme an. Einen Schwerpunkt stellen Programme dar, die insbesondere auf die interkulturelle Kooperation ausgerichtet sind, u.a.:

- Interkulturelle Elternmentorenschulungen,
- Projekt „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule“ des Kultusministeriums zur Etablierung von Eltern-LehrerInnen-Tandems an Schulen mit hohem Anteil an Familien mit Migrationshintergrund,
- Kurse „Wie funktioniert die Schule?“ zum Übergang auf die Grundschule und „Grundschule: was dann?“ zum Übergang auf die weiterführende Schule.

Schnittstellen und Kooperationen

Das Themenfeld „Elternmitwirkung von Familien mit Migrationshintergrund“ ist gemeinsamer Nenner des Projekts „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ und der Elternstiftung. Die Elternstiftung ist dabei vorrangig an das Kultusministerium angedockt, primärer institutioneller Ansprechpartner neben Migrantenselbstorganisationen, Elternvereinen usw. ist die Schulverwaltung. Sie ist, wie sowohl aus den Interviews mit den BeraterInnen, den TrägervertreterInnen, NfB, der Erhebung bei den Projektträgern des Förderprogramms als auch aus der Befragung der Elternstiftung selbst hervorgeht, ein zentraler Partner sowohl auf der lokalen Ebene der BeraterInnen als auch auf der Ebene von NfB.

Die Elternstiftung war bereits am Runden Tisch der Nachhaltigkeitsstrategie – getragen vom damaligen Integrationsbeauftragten der Landesregierung und dem Justizministerium (jetzt durch das Ministerium für Integration), der Robert Bosch-Stiftung und der Breuninger Stiftung – beteiligt, aus denen das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ hervorging. Daher bestand bereits zu Beginn des Projektes eine gute Basis, auch wenn zu Anfang keine systematische Entwicklung der Kooperation auf Programmebene stattfand. Es ergaben sich jedoch schnell Kontakte mit einzelnen BeraterInnen entlang gemeinsamer Tätigkeitsfelder.

Die Kooperation entwickelte sich zunächst vor allem im Rahmen des Projektes „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule“. Hierzu gab es einen koordinierten Austausch und regelmäßige Kooperationen mit einzelnen BeraterInnen/Beraterteams. Entsprechend dem dezentralen Ansatz des Projektes „Integration in Baden-Württemberg“ und den unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten des Beraterpools sind auch die Kontakte mit der Elternstiftung unterschiedlicher Art. Sie reichen von punktuelltem Informationsaustausch auf Tagungen bis zur Teilnahme der Elternstiftung an einem Koordinationstreffen der BeraterInnen aus Baden und Koordinationstreffen mit Trägern und BeraterInnen im Regierungsbezirk Stuttgart. Weiterhin werden die BeraterInnen zu den Abschlussitzungen der interkulturellen Mentorenschulungen eingeladen und auch bei der Qualifizierung der Eltern-Lehrer-Tandems

eingebunden. Unter anderem besteht die Möglichkeit das Projekt in diesem Rahmen zu präsentieren.

Die BeraterInnen von „Integration in Baden-Württemberg“ wiederum informieren in ihren Netzwerken über die Angebote der Elternstiftung und tragen so zur Vermittlung von Kursen bei. So ist neben dem breiten wechselseitigen Informationsaustausch auch in einigen Fällen eine Kooperation entstanden, aus der heraus gemeinsame Aktivitäten entwickelt werden.

Synergieeffekte

Aus der Sicht der Elternstiftung liegen die Vorteile der Kooperation in drei zentralen Punkten.

- *Regionale AnsprechpartnerInnen für landesweit tätige Stiftung*

Die BeraterInnen sind für die Elternstiftung eine wichtige Schnittstelle zwischen den lokalen AkteurInnen und der Stiftung selbst. Sie können durch ihr Wissen über lokale Strukturen und ihre Kontakte zu lokalen AkteurInnen beispielsweise dazu beitragen, dass Mentorengruppen stärker in lokale Netzwerke oder eine lokale Agenda eingebunden werden. Sie haben auch dazu beigetragen, lokale AnsprechpartnerInnen zu identifizieren sowie den Netzwerkaufbau für Eltern-LehrerInnen-Tandems oder Elternmentoren zu unterstützen. Teilweise wurde die Begleitung der Gruppen auch schwerpunktmäßig durch die BeraterInnen geleistet, wenn sich vor Ort keine lokalen Institutionen fanden, die diese Aufgabe wahrnahmen.

- *Finanzielle Förderung über das Förderprogramm*

Über das Förderprogramm von NfB war es möglich, die im Projekt „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule“ vorhandene Veranstaltungsfinanzierung aufzustocken. An anderen Orten konnte über das Förderprogramm die Betreuung der Elternmentoren gesichert werden.

- *Außerschulischer und schulischer Bereich*

Ein weiterer Synergie-Effekt ist, dass durch die unterschiedlichen Zugänge (Elternstiftung, vornehmlich Schule und Kulturbereich und NfB, außerschulische Felder, Soziale Arbeit, Kommunen) die beiden Projekte wechselseitig als Türöffner für einander fungieren konnten.

Insgesamt wird auf allen Ebenen und von allen Seiten die Kooperation zwischen Elternstiftung und NfB als gewinnbringend und äußerst positiv beschrieben.

7.1.3 Bildungsregionen

Das Impulsprogramm Bildungsregionen ist Teil der „Qualitätsoffensive Bildung“ und hat als Zielsetzung, Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg möglichst gute Bildungschancen zu ermöglichen. Im Rahmen des Programms können Städte und Landkreise Zuschüsse für den Aufbau einer Bildungsregion beantragen. Das Programm startete 2009, mittlerweile gibt es 26 Bildungsregionen in Baden-Württemberg.

Schnittstellen und Kooperationen

Auf übergeordneter Ebene, d.h. zwischen NfB und dem mit der für die Umsetzung des Impulsprogramms betrauten Landesinstitut für Schulentwicklung, hat es bisher erst wenige Kontakte gegeben, u.a. hat eine VertreterIn des Programms Bildungsregionen an dem Auswertungs- und Kooperationsworkshop des NfB am 13. September 2012 auf Einladung hin teilgenommen.

Bisheriger Inhalt der Kontakte war die Identifikation möglicher Berührungspunkte. Feste Kooperationsstrukturen wurden noch nicht entwickelt, allerdings sollen Informationen wechselseitig in die jeweiligen Informationswege eingespeist werden.

Synergieeffekte

Bislang lassen sich noch keine Synergieeffekte identifizieren. Mögliche Synergien ergeben sich dort, wo Bildungsregionen sich den gleichen Themen widmen wie das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“. Dort bietet sich, auch aus Sicht der Beratungsstelle für das Impulsprogramm Bildungsregionen, die Möglichkeit, über Erfahrungsaustausch und Information beide Projekte weiterzuentwickeln und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Im Mai 2012, zum Zeitpunkt der Interviews mit den BeraterInnen, wurde der Kontakt zu den damals bestehenden Bildungsregionen und den lokal installierten Bildungsbüros insgesamt eher als schwierig beschrieben. Kontakte auf lokaler Ebene bestanden eher punktuell. So wurden die BeraterInnen teilweise als Inputgeber für bestimmte Themen gesehen. Darüber hinaus berichten die BeraterInnen zwar von Kontakten, die jedoch mehrheitlich ohne größere Resonanz blieben. Zwei Gründe lassen sich hierfür aus den Interviews ableiten.

Zum einen hat ein Teil der Bildungsregionen Migration/Integration nicht als Themenschwerpunkt, so dass die lokalen AkteurInnen des Aktionsprogramms, hier (zumindest zum damaligen Zeitpunkt) auf Grund des anderen Arbeitsfokus keinen Grund für eine weitergehende Vernetzung sahen. Zum anderen wird offenbar teilweise auch die Gefahr von Doppelstrukturen gesehen. Der Auftrag der Bildungsbüros, Vernetzungsstrukturen im Bereich der Bildung zu knüpfen und der Auftrag der NfB-BeraterInnen zu Unterstützung und Förderung lokaler Netzwerke kollidieren hier anscheinend, auch wenn dies aus Sicht der Evaluation, im Hinblick auf die mögliche Bandbreite der Unterstützungsangebote der NfB-BeraterInnen nicht zwingend notwendig ist. Hier ist es erforderlich, die möglichen Vorteile von Kooperationen deutlich zu kommunizieren und entsprechende Befürchtungen abzubauen. Bei allen Schwierigkeiten zeichnen sich aber auch erste Kooperationen ab, so beispielsweise beim Aufbau eines DolmetscherInnenpools.

Im Hinblick auf die Fortführung sowohl des Projektes Bildungsregionen als auch des Projektes „Integration in Baden-Württemberg“ ist von Seiten des NfB vorgesehen, diese Schnittstellen auszubauen.

7.1.4 Schule Plus: Eltern stärken – Kinder fördern

Das von der Landeszentrale für politische Bildung umgesetzte und von der Robert Bosch Stiftung geförderte Programm „Schule Plus: Eltern stärken – Kinder fördern“, ist im Januar 2012 nach drei Jahren Förderung ausgelaufen. Im Rahmen des Programms wurden in Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, Integrationskursträgern, Schulen und Kindergärten Elternkurse angeboten, außerdem wurde ein Kursbuch für die Elternbildung entwickelt und KursleiterInnen als ElternbilderInnen qualifiziert bzw. fortgebildet.

Schnittstellen und Kooperationen

Die Kontakte mit Schule Plus bestanden zum einen in einem Informations- und Erfahrungsaustausch zu Beginn von „Integration in Baden-Württemberg“, zum anderen gab es Berührungspunkte durch die Ko-Finanzierung von einer begrenzten Zahl von Elternbildungskursen nach dem Ende des Schule-Plus-Projekts. Weitergehende Kooperationen gab es in Bezug auf dieses Programm nicht.

7.1.5 Zusammenarbeit mit den kommunalen Integrationsbeauftragten

Die Integrationsbeauftragten der Städte- und Landkreise können im Hinblick auf ihre Themenfelder und ihre lokale Vernetzung für das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ zu zentralen PartnerInnen werden. Daher wurden die Integrationsbeauftragten auch frühzeitig über das zuständige Justizministerium versucht, einzubeziehen. So nahmen Integrationsbeauftragte am Runden Tisch 2009 teil und es wurde u.a. bei einem der Treffen des Arbeitskreises „Kommunale Integrationsbeauftragte“ das Projekt „Integration in Baden-Württemberg“ vorgestellt. Darüber hinaus werden die Integrationsbeauftragten regelmäßig über die in ihren Zuständigkeitsbereichen geförderten Projekte informiert.

Schnittstellen und Synergien

Mit Blick auf die Ebene der BeraterInnen zeigt sich, dass die Kooperation mit Integrationsbeauftragten je nach Standort von sehr unterschiedlicher Qualität ist. Die Kooperationen funktionieren vor allem da, wo engagierte und fachlich kompetente Integrationsbeauftragte über die zeitlichen Ressourcen verfügen, sich dem Thema intensiv zu widmen. Häufig fungieren Integrationsbeauftragte als AntragstellerInnen für das Förderprogramm. Schwieriger ist es, wenn die Funktion der Integrationsbeauftragten als zusätzliche Aufgabe wahrgenommen wird. Darüber hinaus zeigt sich, dass es teilweise auch hier die Befürchtungen von Konkurrenz und Doppelstrukturen gibt und die Abgrenzung und mögliche Synergien zwischen den BeraterInnen von „Integration in Baden-Württemberg“ und den Integrationsbeauftragten erst vor Ort geklärt werden müssen, bevor tragfähige Kooperationen möglich sind.

Insgesamt bleiben die Kooperationsbeziehungen zu dieser wichtigen Akteursgruppe hinter den Erwartungen zurück. Erkennbare Synergieeffekte finden sich hier nur sehr begrenzt und sind stark vom persönlichen Kontakt zwischen BeraterIn und Integrationsbeauftragten abhängig.

7.1.6 Lernen vor Ort

Das Programm Lernen vor Ort ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen, die jeweils als regionale PartnerInnen fungieren. Ziel des Programms ist die Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements, um zum einen Zugänge zu Bildungsangeboten zu verbessern und zum anderen Übergänge zwischen Bildungsphasen zu erleichtern. Insgesamt geht es darum, die Angebotsstrukturen vor Ort bedarfsgerechter zu gestalten und sie qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln. In Baden-Württemberg finden sich folgende drei Standorte:

1. Stadt Freiburg im Breisgau: LEIF – Lernen Erleben in Freiburg
2. Stadt Mannheim: Ort der Bildung und des Lernens
3. Rems-Murr-Kreis: Offensive für Bildung im Rems-Murr-Kreis

Schnittstellen und Synergien

Auf der Ebene von NfB gab es nur über die Breuninger Stiftung zum Rems-Murr-Kreis einen Kontakt, da der zuständige Mitarbeiter hier eine Fortbildung besucht hat. Zwischen dem Rems-Murr-Kreis und den zuständigen BeraterInnen gibt es insofern einen Austausch, als dass dieser über die Arbeit der BeraterInnen informiert ist und auch an Veranstaltungen teilnimmt. Für weitergehende Kooperationen besteht jedoch kein Bedarf.

Am Standort Freiburg gibt es nach Bericht der BeraterInnen und des Trägers eine gute Kooperationsbasis. Die zuständige Beraterin nimmt an den entsprechenden Sitzungen teil und steht in regelmäßigen Austausch. Hieraus haben sich bereits weitere Angebote entwickelt. Bei der Kooperation wird darauf geachtet, keine Doppelstrukturen entstehen zu lassen und wechselseitig auf die Angebote der beiden Projekte zu verweisen.

Insgesamt ergänzen sich in Freiburg „Lernen vor Ort“ und die Aktivitäten der BeraterInnen miteinander und tragen so gemeinsam zur Verbesserung der Angebotslandschaft bei.

7.1.7 MOQA: Motivieren, Qualifizieren, Aktivieren

Bei dem Projekt MOQA „Motivieren, Qualifizieren, Aktivieren“ handelt es sich um ein schulungs- und veranstaltungsorientiertes Projekt der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Ziel des Projektes sind Eltern türkischer Herkunft. Durch Multiplikatorenschulungen zum deutschen Schulsystem und der Schulstruktur sollen türkische Eltern gestärkt werden, um sich einerseits besser für den Bildungserfolg ihrer Kinder einsetzen zu können und sich andererseits gleichberechtigt sowohl in schulischen Mitbestimmungsgremien als auch Migrantenselbstorganisationen einbringen zu können. Das Programm ist mittlerweile ausgelaufen, bzw. sind aktuell keine weitergehenden Informationen verfügbar.

Schnittstellen und Synergien

Schnittstellen zwischen dem NfB-Projekt und MOQA existieren ausschließlich im Regierungsbezirk Stuttgart, wo die BeraterInnen den Kontakt zu ausgebildeten ElternmultiplikatorInnen aufrechterhalten. Der Kontakt zur ehemals zuständigen Projektkoordination in Baden-Württemberg gestaltet sich, wie auch von dieser Seite bestätigt wurde, schwierig. Ursachen liegen hierfür jedoch nicht auf der Ebene der Programme, sondern eher im persönlichen Bereich. Da das Programm nicht mehr besteht, fehlt auch die Grundlage für den Aufbau weiterer Kooperationsmöglichkeiten.

7.1.8 Km2 Bildung (Ein Quadratkilometer Bildung)

Der einzige Projektstandort des Quadratkilometers Bildung in Baden-Württemberg ist der Stadtteil Mannheim-Neckarstadt, der auch Teil des Programms Soziale Stadt ist. Das Projekt startete im Oktober 2009, Kooperationspartner sind die Stadt Mannheim und die Freudenberg Stiftung. Die Umsetzung erfolgt durch die Pädagogische Werkstatt. Neben der Gestaltung von Angeboten und der Beratung und Unterstützung lokaler AkteurInnen, gehört auch die Netzwerkbildung, die Weiterentwicklung lokaler Angebotsstrukturen und die Aktivierung, Qualifizierung und Begleitung Ehrenamtlicher dazu. Es handelt sich somit um ein Projekt, in dem sich viele Aspekte wiederfinden, die auch in der Arbeit der BeraterInnen von zentraler Bedeutung sind.

Schnittstellen und Synergien

Im Rahmen der Elternarbeit im Stadtteil arbeitet die Pädagogische Werkstatt mit der Beraterin zusammen. Außerdem ist die Beraterin Mitglied in der AG Elterncafé und bringt sich so aktiv ein. Diese AG entwickelte sich u.a. auch durch die Arbeit der Beraterin aus der AG Elternbeteiligung. In das Elterncafé sind nach Auskunft der pädagogischen Werkstatt auch ElternmentorInnen einbezogen, diese Vernetzung kam insbesondere durch das NfB-Projekt zustande.

Von Seiten der Pädagogischen Werkstatt wird das NfB-Projekt *„als ein Baustein zur Optimierung der Zusammenarbeit mit Eltern gesehen, der sich gut in vorhandene Ansätze im Quadratkilometer Bildung integrieren lässt und eine Bereicherung des Schullebens darstellt.“*

Die Gefahr von Doppelstrukturen oder Konkurrenz wird hier, trotz ähnlicher Funktionen nicht gesehen, vielmehr ergänzen sich die beiden Projekte sehr gut und schaffen so, gemeinsam mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten, neue positive Angebote und Strukturen.

7.1.9 Teach First

Die gemeinnützige Bildungsinitiative Teach First Deutschland hat zum Ziel, für benachteiligte Kinder und Jugendliche die Bildungschancen zu verbessern.

Hierfür bildet Teach First im Rahmen eines dreimonatigen Trainingsprogramms „Fellows“ als zusätzliche Lehrkräfte aus. Diese werden für zwei Jahre in Vollzeit an Schulen in sozialen

Brennpunkten eingesetzt. Bei den Fellows handelt es sich um fachlich herausragende HochschulabsolventInnen unterschiedlicher Studienrichtungen. Ihre Aufgabe ist es, SchülerInnen individuell zu fördern und das schulische Angebot, durch Kleingruppenarbeit, zusätzliche Förderkurse, Hausaufgabenhilfen, AG`s usw. zu unterstützen. Während dieser Zeit werden die Fellows durch Teach First begleitet.

Für die Teilnahme am Programm müssen sich die Schulen bei Teach First bewerben. Gemeinsam mit Teach First wird dann der genaue Einsatz der Fellows abgestimmt.

Schnittstellen und Synergien

Schnittstellen zu Teach First gibt es in den zwei Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe. In einem Fall wurden dabei Teach-First-Fellows beraten und haben auch einen Antrag zur Projektförderung für ein Elterncafé gestellt. In dem anderen Fall wurde durch den Kontakt der Beraterin der Prozess zur Beantragung eines Teach-First-Fellows angeschoben. Hieraus hat sich in Mannheim in der Begleitung des Elterncafés auch ein regelmäßiger Kontakt entwickelt. Ohne „Integration in Baden-Württemberg“ wäre es aus Sicht der Teach-First-Fellows nicht möglich gewesen, das Projekt auf die Beine zu stellen. Der Nutzen lag hier nicht nur in der Möglichkeit der Ko-Finanzierung sondern auch in der Beratung und Unterstützung bei der Antragsstellung.

Kontakte auf der Programmebene haben sich insgesamt als eher schwierig herausgestellt, auch auf Grund der Strukturen von Teach First und ihrer bundesweiten Ausrichtung.

7.1.10 Kooperationen und Vernetzungen auf anderen Ebenen

Darüber hinaus gibt es sowohl von Seiten der Träger und der BeraterInnen als auch von Seiten des Projekts „Integration in Baden-Württemberg“ zahlreiche Vernetzungen und Kooperationen, die sich zum einen aus lokalen Strukturen als auch aus den Strukturen und bestehenden Netzwerken der jeweiligen Träger der Beraterpools ergeben. So besteht beispielsweise eine Kooperation mit dem Programm Migrantinnen machen Schule mit den Trägern des Beraterpools für Nordbaden, die in die Umsetzung einbezogen werden.

7.2 Fazit: Schnittstellen, Synergieeffekte mit anderen Programmen und Projekten

Die Interviews zeigen, dass die Vernetzung nicht nur mit lokalen AkteurInnen, sondern auch mit anderen Programmen und deren VertreterInnen auf allen Ebenen des Projektes „Integration in Baden-Württemberg“ mitgedacht und versucht wird, Kooperationen aufzubauen. Die oben genannte Analyse belegt, dass sich im Laufe der Projektumsetzung zahlreiche Schnittstellen zu anderen Landes- und Bundesprogrammen entwickelt haben. Je nach den inhaltlichen, strukturellen und auch personellen Rahmenbedingungen sind diese unterschiedlicher Quantität und Qualität. Sie reichen von punktuelltem Informationsaustausch bis hin zu regelmäßiger gemeinsamer Planung gemeinsamer Aktivitäten. Mehrheitlich werden die Koopera-

tionen dabei auf lokaler Ebene durch die BeraterInnen aufgebaut und gepflegt. NfB leistet durch das regelmäßige Einspeisen von Informationen in entsprechende Verteiler das Einladen von KooperationspartnerInnen zu Veranstaltungen, aber auch durch den Kontaktaufbau und den Austausch auf der Ebene der Programmträger ebenso einen wichtigen Beitrag zur Pflege und Weiterentwicklung der Vernetzung mit anderen Programmen.

Es lassen sich zwei zentrale Synergieeffekte identifizieren: Erstens die Ko-Finanzierung, d.h., dass es durch das Förderprogramm von NfB Trägern möglich wird, an anderen Programmen, wie StärkePlus oder SchulePlus, teilzunehmen, und zweitens die inhaltliche, strategische Weiterentwicklung. Dieser Effekt lässt sich besonders bei der Kooperation mit der Elternstiftung erkennen. Weiterhin werden beispielsweise in lokalen Netzwerken Fortbildungen initiiert.

Aus Sicht der Evaluation handelt es sich bei den Projekten und Programmen, einschließlich „Integration in Baden-Württemberg“ daher nicht um selbstreferentielle Systeme, die sich nur wechselseitig stärken. Vielmehr zeigt sich hier, dass sich durch die lokalen Verknüpfungen und das ineinandergreifen der Programme die lokalen Angebote und Strukturen gegenseitig weiterentwickeln und stärken. Dies wäre durch ein Programm alleine nicht zu leisten.

Hindernisse im Aufbau von Kooperationen

Deutlich wird auch, dass es – wie auch bei den lokalen AkteurInnen – nicht in allen Fällen gelingt, Kooperationen aufzubauen. Die Gründe hierfür lassen sich nicht vereinheitlichen, vielmehr liegen sie in einer komplexen Mischung aus unterschiedlichen Faktoren, die sich aber auch weitgehend in der Analyse der hinderlichen Faktoren (vgl. Kapitel 5.3) wiederfinden. Im Folgenden sind die zentralen Punkte nochmals dargestellt:

- *Zeitliche Begrenzung*

Ein zentraler Aspekt ist, dass auf Grund der zeitlichen Begrenzung eine dauerhafte Perspektive für Kooperationsstrukturen fehlt, sondern eher punktuelle Schnittstellen aufgebaut werden können. Stabile, nicht nur auf Informationsaustausch oder Ko-Finanzierung ausgerichtete Schnittstellen entwickeln sich dort, wo es bei den PartnerInnen dauerhafte Strukturen gibt. Dieser Aspekt wird auch von Seiten der anderen Programmträger so formuliert und die unklaren Zukunftsperspektiven des Beratungsangebots als hinderlich benannt.

- *Konkurrenz und Programmunschärfen*

Ein weiterer als hinderlich erlebter Aspekt beim Aufbau von Vernetzungen und Kooperationen mit anderen Programmen ist die Sorge vor Konkurrenz oder Doppelstrukturen. Dieser Aspekt trifft besonders dort zu, wo Kooperationen mit bestehenden und eher auf Dauer angelegten Strukturen angestrebt werden (z.B. Bildungsbüros, Integrationsbeauftragte, usw.).

Die Erfahrungen der BeraterInnen und der Träger zeigen dabei, dass das Bemühen um Abgrenzung sich nicht so sehr aus einer tatsächlichen Konkurrenz, sondern eher aus der Offenheit und Flexibilität des Projektes „Integration in Baden-Württemberg“ heraus resultiert, die von Dritten zuweilen als Unschärfe erlebt wird. Daher war es immer wieder nötig, AkteurInnen die Zielsetzungen und Möglichkeiten des Projektes zu erläutern und den Auftrag der

Arbeit der BeraterInnen zu konkretisieren. Dieser Klärungsprozess konnte in einigen Fällen die Basis für Austausch und Kooperationen bilden.

- *Andere Schwerpunktsetzungen*

Als ein weiterer hinderlicher Faktor für die Kooperationen mit anderen Programmen haben sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen herausgestellt, besonders dann, wenn die andere Schwerpunktsetzung nicht als Bereicherung für die eigene Programmarbeit angesehen wurde.

Zwischenfazit zur Vernetzung

Es wird deutlich, dass es gelungen ist, auf breiter Linie Kooperationen und Schnittstellen, auch zu anderen Programmen und Projekten aufzubauen. Der Schwerpunkt der Kontakte liegt dabei erkennbar auf der Ebene der BeraterInnen, wird aber flankiert und ergänzt durch Kontakte und Vernetzungen auf der Ebene von NfB. Deutlich wird auch, dass die Qualität und Quantität der Vernetzung mit anderen Programmen von zahlreichen Faktoren und Rahmenbedingungen abhängt. Daher ist je nach Programm bzw. Projekt zu klären welche Form der Vernetzung sinnvoll und produktiv ist. Sie kann dabei von der wechselseitigen Information über Aktivitäten bis hin zu einer gemeinsamen strategischen und konzeptionellen Planung und Umsetzung reichen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass es weiterhin Bereiche gibt, wo aus Sicht der ProjektakteurInnen eine weitergehende Vernetzung sinnvoll erscheint, diese jedoch bisher nur punktuell oder in Ansätzen entwickelt werden konnte. Die durchgeführten Interviews weisen dies als Aufgabe für die Restlaufzeit des Projektes aus.

8 Fazit und Handlungsempfehlungen

8.1 Gesamteinschätzung zum Politikansatz

Der Prozess der Willensbildung und der Projektentwicklung war von einem hohen Maß an Partizipation geprägt und hat sich auch in den Projekthalten und Projektzielen niedergeschlagen, die sehr offen angelegt waren. Dieses spezifische Vorgehen, das gerade bei großen Landes- und/oder Bundesprogrammen unüblich ist, hatte mehrere Auswirkungen. Zum einen hat es dazu beigetragen, dass ein Projektkonzept entwickelt wurde, in dem es für Projektpartner und BeraterInnen ein hohes Maß an Gestaltungsspielräumen (und Gestaltungszwängen) gab, die zugleich Chance wie auch Herausforderung und zu Beginn auch Hindernis waren. Auffällig war indes, dass trotz der breiten Beteiligung am Entstehungsprozess des Projektes BeraterInnen immer wieder berichteten, dass Akteure vor Ort nicht oder nur sehr ungenau über das Projekt informiert waren und erst einer Grundinformation bedurften. Diese zu geben, fiel den BeraterInnen zu Beginn teilweise selbst sehr schwer.

Dem partizipativen Entwicklungsprozess entgegen stehen indes die gesetzten zeitlichen Rahmenbedingungen, die sich negativ auf das Gesamtprojekt ausgewirkt haben. Die gemachten Erfahrungen zeigen, dass in sehr offen angelegten Projekten, in denen die Entwicklung von Handlungszielen, Maßnahmen und Steuerungsmodellen auf die operative Ebene übertragen werden, hierfür ein gewisses Maß an Zeit und Ressourcen eingeplant werden muss.

Ebenso wird deutlich, dass indirekte Ansätze, wie die Beratung von Akteuren, zeitintensiver sind als Ansätze, die direkt bei den Betroffenen (in in diesem Fall den Familien mit Migrationshintergrund) ansetzen. Bevor aus der Beratung heraus Effekte für die Familien spürbar werden, muss die Beratung erst bei den Beratungsnehmern „wirken“. Der Beratungsansatz ist darüber hinaus mit größeren Unsicherheiten bezüglich der Wirkungen verbunden, da seine Ergebnisse in der Verantwortung der Beratungsnehmer liegen und auch abhängig sind von den lokalen Gegebenheiten, in denen die Beratungsnehmer agieren müssen.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Evaluation der Beratungstätigkeiten, dass sich der gewählte Ansatz bewährt hat und seine Wirkungen sowie Effekte entfaltet. Die Frage, welche Effekte genau erzielt wurden, kann jedoch nur durch eine breite Befragung der Beratungsnehmer untersucht werden. Hinsichtlich der Wirkungen auf der Ebene der Adressaten lassen sich indes kaum Aussagen treffen.

8.2 Gesamteinschätzung des Projektes

Aus Sicht der Evaluation hat sich der indirekte Ansatz des Projektes, über Beratungsangebote in Kombination mit einem Förderprogramm die Eltern mit Migrationshintergrund als Partner im und für das Bildungssystem zu stärken, bewährt. Die Ergebnisse zeigen auch, dass es, insbesondere durch die Eigenaktivitäten der BeraterInnen gelungen ist, anfängliche

Schwierigkeiten zu überwinden. Insgesamt lässt sich eine deutliche Weiterentwicklung gegenüber dem Projektstand Mitte 2011 erkennen. Während die Anfangsphase für die BeraterInnen von einer Bestandsaufnahme, der zeitintensiven Kontaktaufnahme und aktiven Projektbewerbung sowie der Definition der eigenen Rollen und Aufgaben geprägt war, ist das Projekt nun „den Kinderschuhen entwachsen“. Der Umsetzungszeitraum zwischen Mitte 2011 und Mitte 2012 zeichnet sich durch den Ausbau und die Verstetigung bestehender Kontakte, dem Kontaktaufbau zu neuen, bisher nicht erreichten Akteuren sowie der Bearbeitung einer zunehmenden Anzahl von Beratungsanfragen aus. Damit geht sowohl eine Fokussierung und Profilierung der BeraterInnen als auch eine qualitative und quantitative Veränderung der Beratungsbedarfe einher.

In einem Großteil der Standorte ist die Beratung von der anfänglichen Phase der Sensibilisierung und inhaltlichen Beratung hin zur prozessorientierten Beratung in der Entwicklung von längerfristigen Handlungsstrategien und Netzwerken übergegangen. Durch Begleitung längerfristiger, beratungsintensiver Prozesse stoßen allerdings die Personalressourcen an ihre Grenzen, so dass neue Prozesse nur noch begrenzt initiiert werden können. Somit besteht die Tendenz, dass sich der Fokus von der Breite der Landkreise eher in die Tiefe einzelner Projekte bzw. Projektstandorte verlagert.

Gleichzeitig ist ein zunehmender Bedarf sowohl an Beratung als auch an Maßnahmenförderung zu verzeichnen. Eine wichtige Entwicklung ist dahingehend die erfolgreiche Erschließung von Kontakten zu Schulämtern und Migrantenselbstorganisationen, die länger gedauert hat, als ursprünglich geplant. Mit Blick auf die Bekanntheit und öffentliche Wahrnehmung wäre unter Umständen eine stärkere zentrale Öffentlichkeitsarbeit und Ausbalancierung zwischen NfB und Trägern möglich gewesen, zum Beispiel in einem frühzeitigen Corporate Design oder in einer umfassenderen Information und direkte Ansprache der bereits in der Konzeptionsphase beteiligten Akteure oder weiterer zentraler Stellen.

Grundsätzlich wurde die Offenheit des Projektes, die zu Beginn durchaus ambivalent erlebt wurde, von den BeraterInnen aus heutiger Sicht als ein zentraler förderlicher Faktor identifiziert. Aufgrund dieser Offenheit haben sich in den einzelnen Regierungsbezirken sehr unterschiedliche Ansätze entwickelt, die es ermöglichten, auf die lokalen Strukturen, Akteurskonstellationen und Bedarfe einzugehen und bedarfsgerecht zu beraten.

So haben sich zum Beispiel die grundlegend partizipative Anlage des Projektes, die Kommunikation auf Augenhöhe und die wertschätzende Grundhaltung als unabdingbarer Bestandteil für den Erfolg erwiesen. In einigen Kommunen, besonders denjenigen, bei denen erst eine umfassende Sensibilisierung einsetzen musste oder bei denen ein erhebliches Machtgefälle zwischen etablierten und neuen Akteuren bestand, muss diese „Kultur des Miteinanders“ jedoch weiter verankert werden.

Diese Flexibilität und das Primat der lokalen Gegebenheiten spiegelt sich auch im Abkommen von der ursprünglichen Zielvorstellung: So wurde das Format der Runden Tische in der Beratungsarbeit nicht durchgängig umgesetzt, da sich im Projektverlauf ergeben hatte, dass die Voraussetzungen vor Ort dafür häufig noch nicht gegeben waren. Vereinzelt wurde sie umgesetzt, und zwar dort, wo die Rahmenbedingungen bereits gegeben waren.

Während also die Strukturziele bzw. -vorgaben im Lauf des Projektes den lokalen Gegebenheiten angepasst wurden, wurden die inhaltlichen Ergebnisziele (Aufbau von Netzwerken, Unterstützung und Förderung, Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, Bildungspartnerschaften mit Eltern) beibehalten.

Es wurde dabei deutlich, dass beide Unterstützungsformen (Beratungspool und Förderung) von großer Wichtigkeit für den Erfolg des Projektes waren. Ein Drittel aller befragten Netzwerke nutzt(e) beide Unterstützungsformen. Allerdings gab es immer wieder Schwierigkeiten in der Abgrenzung der Tätigkeit der BeraterInnen, die zwar flexibilisiert wurde, jedoch nicht abschließend geklärt werden konnte. Das gesamte Projekt wird jedoch von den Netzwerken, die das Angebot genutzt haben/nutzen, sehr positiv beurteilt.

Die Befragung macht deutlich, dass von den Projektträgern die Teilnahme am Förderprogramm insgesamt als eine positive Erfahrung erlebt wurde, die auch zu einem Zuwachs an Wissen beigetragen hat. Zudem lässt sich auch ein deutlich positiver Effekt für den Aufbau lokaler Netzwerke und Kooperationen erkennen. 91% der befragten Projekte gaben an, im Rahmen der geförderten Maßnahme mit Akteuren Kontakte geknüpft zu haben, die vorher nicht bestanden.

Darüber hinaus ist es gelungen, auch zu anderen Projekten und Programmen Vernetzungen aufzubauen und, wie insbesondere das Beispiel der Kooperation mit der Elternstiftung zeigt, gemeinsam gestalterisch aktiv zu werden.

Sowohl die Möglichkeit der finanziellen Förderung als auch die Verständlichkeit der Antragstellung erhielten eine insgesamt gute Bewertung. Änderungen werden vor allem hinsichtlich der Förderlaufzeiten, der maximalen Förderhöhen und der Ko-Finanzierungsregelungen angeregt. Auch wird, gerade von kleineren bzw. neueren Netzwerken, die Verständlichkeit der Antragstellung als verbesserungswürdig gesehen, da die Unterstützung durch die BeraterInnen zum Teil notwendig wurde.

Die relativ lange Unsicherheit über die Weiterführung des Projektes stellte sowohl für die BeraterInnen als auch für die Beratungsnehmenden einen deutlich hinderlichen Faktor auf dem Weg zu einer nachhaltigen Arbeit dar. Allerdings ist die faktische Weiterführung des Projektes für die Nachhaltigkeit positiv zu bewerten, da angestoßene Prozesse abschließend begleitet werden können und der lange zeitliche Vorlauf vielerorts nun in der Verlängerung Früchte tragen kann.

Nachhaltige Entwicklungen sind aus Sicht der BeraterInnen vor allem an den Standorten zu erwarten, an denen zu Beginn günstige Rahmenbedingungen vorlagen und der Beratungsprozess früh eingesetzt hatte. Bei den Standorten, die entweder später in den Beratungsprozess eingestiegen sind oder an denen zunächst eine langfristige Sensibilisierungsphase notwendig war, sind zwar positive Effekte sichtbar, doch wäre voraussichtlich eine längerfristige Unterstützung notwendig, um die erreichten Ergebnisse nachhaltig zu verankern.

In der Summe lässt sich das Projekt mit seinen Bestandteilen zum jetzigen Zeitpunkt besonders mit Blick auf die lokale Ebene als erfolgreich und wirkungsvoll beschreiben. Die Absicherung der erreichten Ergebnisse und die Verankerung der aufgebauten Netzwerke und der

unterstützten Akteure an auch zukünftig bestehenden Strukturen wird die große Herausforderung der letzten Projektphase sein.

8.3 Handlungsperspektiven und Handlungsempfehlungen

Aus den Ergebnissen der Evaluation lassen sich zu mehreren Aspekten Handlungsempfehlungen ableiten. Im Hinblick auf das bevorstehende Projektende sind diese nicht nur als Empfehlungen für die weitere Arbeit im Programm, sondern auch als transferierbares Wissen für zukünftige Programme und Projekte zu verstehen.

- Programmsteuerung und Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzungsaktivitäten
- Ausrichtung der weiteren Beratungstätigkeiten
- Ausrichtung Förderprogramm
- Ergebnissicherung und Transfer

8.3.1 Programmsteuerung und Öffentlichkeitsarbeit

Der von den BeraterInnen formulierte Bedarf an Unterstützung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit durch NfB bleibt aus Sicht der Evaluation auch für die letzte Projektphase bestehen. Darüber hinaus wird es auch darum gehen, die Ergebnissicherung und den Transferprozess zu gestalten und zu steuern (vgl. Kapitel 8.3.3 und 8.3.5).

Hinsichtlich der Offenheit des Gesamtprojektes, aus der sich auch die Beschränkung ergibt, die einzelnen Ansätze vor allem im Bereich der Planung und Steuerung bei den Projektpartnern vergleichen zu können, wird angeregt, gemeinsam mit den Projektpartnern eine Reflexion der unterschiedlichen Ansätze vorzunehmen, damit auch diese Ergebnisse für zukünftige Projekte zur Verfügung stehen.

8.3.2 Vernetzungsaktivitäten

Die Überprüfung der bestehenden Vernetzungsstrukturen mit Programmen und Projekten machen deutlich, dass Vernetzung kein Selbstzweck ist, sondern immer im Hinblick auf seine Zielsetzungen zu überprüfen ist. Konkret heißt dies, sowohl auf der Projektebene als auch vor Ort zu überprüfen, mit welchen Programmen, Akteuren und Institutionen welche Form und Intensität der Vernetzung sinnvoll erscheint. Mit Blick auf das Auslaufen des Projektes wird empfohlen, Vernetzungen dort zu intensivieren, wo sie einen Beitrag zur Absicherung der Projektergebnisse leisten können.

8.3.3 Ausrichtung der weiteren Beratungstätigkeiten

Zielsetzung der weiteren Beratungsarbeit muss aus Sicht der Evaluation die Schaffung von Fortsetzungsperspektiven auf lokaler Ebene sowie die lokale Absicherung der Ergebnisse der Beratungstätigkeit sein. Hierzu gehört, sowohl noch nicht abgeschlossene Beratungsprozesse in die Hände anderer Akteure zu legen als auch Netzwerken und Akteuren vor Ort bedarfsweise Ansprechpartner für zukünftige Anfragen und Beratungswünsche zu benennen. Konkret werden folgende Schritte angeregt.

Anknüpfungsmöglichkeiten für Dritte

Im Projektverlauf hat sich gezeigt, dass in vielen Regionen immer noch ein hoher Bedarf an Information und Sensibilisierung besteht. Im Hinblick auf das Projektende wird eine **Dokumentation der Beratungsprozesse** durch die BeraterInnen empfohlen. In dieser sollten sowohl zentrale Schlüsselpersonen als auch Phase und Stand der Beratungsprozesse benannt sein. Hierdurch wird das gesammelte Erfahrungswissen der BeraterInnen auch für zukünftige Aktivitäten und andere Akteure nutzbar, und es besteht die Chance, passgenau an den regionalen Gegebenheiten anzusetzen.

Übergangmanagement für laufende Beratungsprozesse und Beratungsnehmer

Auf Grund der Ungleichzeitigkeit der Beratungsprozesse und der unterschiedlichen Rahmenbedingungen kann das Projektende in einigen Fällen den Abbruch eines Beratungsprozesses bedeuten. Damit wird riskiert, dass die bisher erreichten Ergebnisse gefährdet sind. Insbesondere im Hinblick auf zivilgesellschaftlich Engagierten ist in einem solchen Fall von einer hohen Frustration auszugehen. Im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung ist zu prüfen, ob und in welcher Form ein **Übergangmanagement** organisiert wird, damit bei denjenigen, bei denen der Beratungsprozess noch nicht bis zum Jahresende 2013 abgeschlossen sein wird, nicht alles im Sande verläuft.

Hierzu gehört auch, wo nötig und noch nicht vorhanden, Kontakte zwischen Netzwerkpartnern und Ansprechpartnern vor Ort zu schaffen. Eine wichtige Rolle in diesem Kontext könnte dabei den Integrationsbeauftragten zukommen, deren Aufgabe ja auch die Netzwerkpflge und die Unterstützung lokaler Akteure ist. Hierzu ist es jedoch sicherlich nötig, den Kontaktaufbau mit den Integrationsbeauftragten zu forcieren. Dies wird, mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen, nicht allein durch die BeraterInnen zu leisten sein und bedarf sicherlich auch der Unterstützung des NfB und des zuständigen Ministeriums.

Ausrichtung des Förderprogramms

Das Förderprogramm hat sich insgesamt als erfolgreich erwiesen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass es über die Projektförderung hinaus positive Effekte hatte. So war die Teilnahme für viele sowohl mit einem Zuwachs an Wissen als auch mit neuen Kontakten und Vernetzungen verbunden. Darüber hinaus war das Förderprogramm in einigen Regierungsbezirken für die BeraterInnen ein Produkt, das den Einstieg in die Beratung erleichtert hat. Die Verknüpfung zwischen Beratung und Förderprogramm wird auch an dem hohen Anteil

der Antragssteller deutlich, die bei der Beantragung und/oder Umsetzung durch die BeraterInnen unterstützt wurden. Hindernisse aus Sicht der Antragsteller waren zum einen die Notwendigkeit einer Ko-Finanzierung zum anderen das Verfahren der Antragsstellung selbst.

Hieraus lässt sich ableiten, dass

- es einen Bedarf an Projektförderung für Kleinprojekte gibt, der natürlich auch nach Ablauf des Förderprogramms bestehen bleibt.
- in Zukunft die Wiederauflage einer Kleinprojektförderung idealerweise mit einer Projektberatung und Qualifizierung verbunden und eine Antragsberatung zur Verfügung gestellt wird. Notwendig ist das vor allem dann, wenn nicht professionelle Kräfte die Akteure sind.

8.3.4 Ergebnissicherung und Transfer

Der offene und experimentierende Projektansatz hat dazu beigetragen, dass vor allem auf der Ebene der BeraterInnen im großen Umfang Wissen über lokale Bedarfe und Strukturen, aber auch über erfolgreiche Ansätze im Kontext der Netzwerkbildung und Stärkung von Familien mit Migrationshintergrund gewonnen wurde. Der Transfer von Erfahrungen aus diesem Projekt wäre daher ein wertvoller Beitrag, um die Lernprozesse und Erkenntnisse für weitere Projekte und Ansätze nutzbar zu machen. Deutlich wird, dass diese Ergebnisse und Erfahrungen bisher nur begrenzt erfasst und dokumentiert wurden, auch weil ein umfassendes und verbindliches Instrument fehlte. Sowohl die vorliegenden Zwischenberichte der Träger als auch die im Rahmen der Evaluation durchgeführten Interviews können nur Einblicke geben. In diesem Sinne wird die Erarbeitung einer gemeinsamen Transferstrategie in der letzten Projektphase und ggf. auch nach Projektabschluss empfohlen.

8.3.5 Weitergehende Empfehlungen

Die Projektergebnisse verdeutlichen, dass das Beratungsangebot zwar flächendeckend gemacht wurde, hinsichtlich der Inanspruchnahme aber ein Flickenteppich entstanden ist, mit lokalen Beratungsschwerpunkten und auch weißen Flecken auf der Landkarte. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass die BeraterInnen mit zunehmender Nachfrage an Beratung relativ schnell an ihre Ressourcengrenzen kamen. Obwohl sie dezentral über Baden-Württemberg verteilt waren, mussten sie teilweise lange Fahrtzeiten zu den Beratungsstandorten auf sich nehmen.

Hieraus lassen sich mehrere Erkenntnisse für zukünftige Beratungsansätze ableiten:

1. **Es gibt weiterhin einen ungedeckten Bedarf an Beratung zum Thema „Familien mit Migrationshintergrund als Bildungspartner“.** Dieser Bedarf lässt sich an den zunehmenden Nachfragen ablesen sowie an der Tatsache, dass an einigen Standorten die Beratungstätigkeit sich vornehmlich auf Information und Sensibilisierung beschränkte. Folgt man den plausiblen Beobachtungen der BeraterInnen, dass sich teilweise erst

mit Verzögerung aus der Sensibilisierung heraus der Wunsch nach weiterer Beratung hinsichtlich konkreter Maßnahmen anschloss, so ist davon auszugehen, dass es noch einige Standorte mit diesem Bedarf auch nach Ende der Projektlaufzeit geben wird.

- 2. Es gibt einen großen Bedarf an Sensibilisierung und Information.** Neben dem Bedarf an Beratung bestand und besteht auch weiterhin ein Bedarf an Sensibilisierung und Information. Gerade an den Orten, an denen es keine exponierten Ansprechpartner für Bildungseinrichtungen sowie für engagierte Eltern und Migrantenorganisationen gibt, ist von einem großen Bedarf an Information auszugehen. Dieser konnte über den aufsuchenden Beratungsansatz in diesem Projekt sicherlich nur punktuell gedeckt werden, nämlich dort, wo die Beteiligten zumindest eine erste Information über das Projekt erhalten haben. Daher wird angeregt zu prüfen, ob und in welcher Form dem grundlegenden Informationsbedarf Rechnung getragen werden kann und wie eine niedrigschwellige Anlaufstelle als Informationsangebot ausgestaltet werden könnte. Hinsichtlich des Aspektes der Sensibilisierung wird empfohlen zu prüfen, wie hier auch mittels Top-down-Ansätzen, von zentraler Stelle aus, die begonnene Sensibilisierung fortgesetzt wird.
- 3. Eltern als Bildungspartner von Anfang an einbeziehen.** Der Bereich frühkindlicher Bildung wurde im Rahmen des Projektes nur sehr begrenzt einbezogen. Weder im Förderprogramm noch in der Beratungsarbeit spielte der Bereich frühester Bildung und frühkindlicher Bildung eine herausgehobene Rolle. Vielmehr wurde der Fokus der Bemühungen auf den Bereich der Schule gelegt. Dies zeigt sich auch an den Schnittstellen und Vernetzungen mit anderen Programmen, die vornehmlich im schulischen Bereich angesiedelt sind. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass die Sicherstellung frühestmöglicher Teilhabe an Bildung und die frühestmögliche Unterstützung von Eltern und Kindern bei der Gestaltung förderlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung ihrer Kinder ein zentraler Beitrag zur Sicherstellung sozialer Teilhabe bedeutet und dazu beiträgt, das überdurchschnittliche Armutsrisiko von Familien, das aus fehlenden bzw. nur begrenzten Zugangsmöglichkeiten zu zentralen Ressourcen resultiert, zu vermindern und Armutsfolgen zu minimieren. Dabei gilt es zu beachten, dass gerade Familien mit Migrationshintergrund überproportional von Armut und fehlenden Teilhabemöglichkeiten betroffen sind und, wie alle Erfahrungen zeigen, in deutlich geringerem Umfang an entsprechenden Angeboten teilhaben als Familien ohne Migrationshintergrund. Auch wenn bezeichnender Weise belastbare Daten zur Teilhabe von Migrantenfamilien an Angeboten der Familienbildung fehlen, so zeigen vorliegende Daten aus dem Bereich der Weiterbildung exemplarisch die Differenz zwischen der Beteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Fischer 2011, S. 423).

Mit Blick auch auf die aktuellen Diskussionen und Maßnahmen im Bereich frühkindlicher Bildung, Früher Hilfen, Früher Förderung sowie dem Aufbau von Präventionsketten und Netzwerken wird empfohlen, zukünftig auch in diesem Feld aktiv zu werden.

9 Anhang

9.1 Evaluation des Politikansatzes, Teilnehmende am Runden Tisch

Am Runden Tisch haben zahlreiche Stellen, Einrichtungen und Organisationen mitgewirkt, die sich in Baden-Württemberg mit den Themen Bildung und Integration befassen. Hierzu zählten neben den Projektverantwortlichen das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Innenministerium, das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, die Generalkonsulate Italiens, der Türkei, Spaniens und Griechenlands, das Honorarkonsulat der Russischen Föderation, der Städtetag, der Landkreistag, der Gemeindetag, die Diözese Rottenburg-Stuttgart, die Erzdiözese Freiburg, die evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg, die Liga-Verbände Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer, die Elternstiftung, das Forum der Kulturen Stuttgart, das Deutsch-Türkische Forum Stuttgart, die Türkische Gemeinde, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Elternseminar Stuttgart, der Landesverband kommunaler Migrantenvertretungen, die Landesstiftung, die Freudenberg Stiftung, der Internationale Bund, die Föderationen der Vereine türkischer Elternbeiräte in Württemberg und Baden, die Alevitische Gemeinde, der Landessenorenrat, der Landesfrauenrat, der Landesfamilienrat, das Bürgernetz Kernen, die Landeszentrale für politische Bildung, die Hochschulen Heidelberg und Esslingen, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, der Landesschülerbeirat, das Berufsbildungswerk ENAIP, das italienische Bildungsinstitut IAL-CISL, das Landesinstitut für Schulentwicklung, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen, der Landessportverband, das Statistische Landesamt, die Aktion Jugendschutz und der Kinderschutzbund (Projektabschlussbericht).

9.2 Eingegangene Stellungnahmen zum Konzeptpapier⁸:

1. Innenministerium Baden-Württemberg
2. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
3. Kompetenzzentrum Stuttgarter Bildungspartnerschaft
4. Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung, Renningen
5. Diözese Rottenburg-Stuttgart
6. Elternstiftung Baden-Württemberg
7. Landesfamilienrat Baden-Württemberg
8. Kirchen und Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg und der LAG Jugendsozialarbeit
9. Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Württemberg
10. Türkisches Generalkonsulat Stuttgart
11. Hochschule Esslingen
12. Deutscher Kinderschutzbund LV Baden-Württemberg
13. Gemeindetag und Landkreistag Baden-Württemberg
14. Landessportverband Baden-Württemberg

⁸ Die Reihenfolge der Stellungnahmen orientiert sich überwiegend an der Reihenfolge des Eingangsdatums.

15. Städtetag Baden-Württemberg
16. Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
17. Landesschülerbeirat Baden-Württemberg
18. Landessenorenrat Baden-Württemberg
19. Städtisches Elternseminar Stuttgart
20. Landesfrauenrat Baden-Württemberg
21. Kultusministerium Baden-Württemberg
22. FaFo – Familienforschung Baden-Württemberg (gab laut anderem Dokument 23 Stellungnahmen ab)

9.3 Auswertung der Onlinebefragung der Netzwerke

Tabelle 6: Wie haben Sie erstmals vom Projekt „Netzwerke für Bildungspartner“ erfahren?

	Anzahl 2. Befragung	Prozent 2.-4. Förder- runde	Anzahl 1. Befragung	Prozent 1. Förderrun- de
Direkten Kontakt mit einer Beraterin aus dem Beraterpool des Projekts „Netzwerke für Bildungspartner“.	25	33%	0	0%
Projektpräsentation durch eine Beraterin aus dem Beraterpool des Projekts „Netzwerke für Bildungspartner“	7	9%	0	0%
Gremienarbeit (z.B. Integrationsbeirat, Migrantenselbstorganisationen)	6	8%	3	19%
Institutionalisierter Akteur (z.B. Bürgermeister, Integrationsbeauftragter)	14	19%	7	44%
Informelle Akteure (z.B. Eltern)	7	9%	2	13%
Informationsmaterial (z.B. Flyer, Presse)	16	21%	3	19%
K.A.		0%	1	6%
Gesamt	75	100%	16	100%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 7: Hatten Sie generell direkten Kontakt zu einer Beraterin aus dem Beraterpool?

	Anzahl 2. Befragung	Anzahl 1. Befragung	Anzahl gesamt	Prozent
Ja	61	12	73	80%
Nein	14	4	18	20%
	75	16	91	100%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 8: In welcher Form und mit welcher Intensität hatten Sie Kontakt?

	Anzahl 2. Befragung			Anzahl 1. Befragung		
	1-2mal	3-4mal	mehr als 4mal	1-2mal	3-4mal	mehr als 4mal
Telefonisch	10	16	27	3	2	4
Schriftlich	6	16	35	1	3	4
Direkter Kontakt	19	11	24	6	1	0

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 9: Wurden Sie von der BeraterIn/dem Berater konkret unterstützt?

	Anzahl 2. Befragung	Anzahl 1. Befragung	Anzahl gesamt	Anteil an Kontakt
Ja	57	5	62	85%
Nein	4	7	11	15%
Fehlend	14	4	18	

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 10: Wie hat die Beraterin sie unterstützt?

	Anzahl 2. Befragung= 57	Anzahl 1. Befragung N=5	Anzahl gesamt	Prozent (n=62)
Durch Information	57	5	62	100%
Durch allgem. Beratung bei der Konzeption des Projektes	43	2	45	73%
Durch Beratung bei der Projektumsetzung	38	3	41	66%
Beim Aufbau eines Netzwerkes	27	3	30	48%
Bei der Antragsstellung zur Finanzierung des Projektes	52	5	57	92%
Sonstiges	1	1	2	3%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 11: Wie bewerten Sie den Nutzen der Unterstützung durch diese Beraterin/diesen Berater für Ihr Projekt? (n=62)

	Anzahl 2. Befragung (n=57)	Anzahl 1. Befragung (n=5)	Anzahl gesamt (n=62)	Prozent
Sehr hoher Nutzen	32	2	34	55%
Hoher Nutzen	20	2	22	35%
Mittlerer Nutzen	4	1	5	8%
Wenig Nutzen	1	0	1	2%
Gar kein Nutzen	0	0	0	0%
Eher schädlich	0	0	0	0%
Gesamt	57	5	62	100%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 12: Ist das von Netzwerke für Bildungspartner e.V. geförderte Projekt die Fortführung eines bereits bestehenden Projekts?

	Anzahl 2. Befragung	Anzahl 1. Befragung	Anzahl
Ja	15	6	21
Nein	60	10	70

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 13: Was fanden Sie hinderlich/förderlich für den Aufbau Ihres Projektes?

	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
	sehr hilfreich		hilfreich		nicht hilfreich		hinderlich		kann ich nicht beurteilen	
Eigene Vorerfahrung durch andere Projekte	65	71%	17	19%	1	1%	0	0%	8	9%
Eine Einzelperson hat sich besonders hervor getan	43	47%	24	26%	1	1%	0	0%	23	25%
Bestehende Netzwerke	56	62%	26	29%	5	5%	1	1%	3	3%
Kommunale Unterstützung	45	49%	35	38%	5	5%	1	1%	5	5%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 14: Konnte das Projekt bisher verwirklicht werden, wie ursprünglich geplant, also hinsichtlich Zeitplan, Inhalten oder Umsetzung?

	Anzahl 2. Befragung	Anzahl 1. Befragung	Summe	Anteil
Ja	65	11	76	84%
Nein	10	5	15	16%
Summe	75	16	91	100%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 15: Wie viele Teilnehmer bzw. Teilnehmerinnen hat Ihr Projekt? (n=91)

	1 Welle	2. Welle	Gesamt	Verhältnis
Männlich	10	1.265	1.275	23%
Weiblich	502	3.803	4.305	77%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 16: Wie beurteilen Sie die Erfahrung, ein solches Projekt umzusetzen? (n=91)

	Trifft voll und ganz zu	Trifft weitgehend zu	Trifft kaum zu	Trifft gar nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
Als beruflich bereichernde Erfahrung	70	20	1	0	0
Als persönlich bereichernde Erfahrung	64	22	3	1	0
Ich würde anderen empfehlen, ein solches Projekt umzusetzen	72	19	0	0	0
Ich würde erneut ein solches Projekt mit der Organisation „Netzwerke für Bildungspartner“ umsetzen	74	11	2	0	4

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 17: Wie beurteilen Sie die Erfahrung, ein solches Projekt umzusetzen? (n=91)

	Trifft voll und ganz zu	Trifft weitgehend zu	Trifft kaum zu	Trifft gar nicht zu	Kann ich nicht beurteilen
Als beruflich bereichernde Erfahrung	77%	22%	1%	0%	0%
Als persönlich bereichernde Erfahrung	70%	24%	3%	1%	0%
Ich würde anderen empfehlen, ein solches Projekt umzusetzen	79%	21%	0%	0%	0%
Ich würde erneut ein solches Projekt mit der Organisation „Netzwerke für Bildungspartner“ umsetzen	81%	12%	2%	0%	4%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 18: Konnten Sie im Rahmen des Projekts Kontakte zu Akteuren knüpfen, mit denen bisher kein Kontakt bestand? (n=91)

	Anzahl 2. Befragung	Anzahl 1. Befragung	Anzahl gesamt	Anteil
Ja	68	15	83	91%
Nein	7	1	8	9%

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

Tabelle 19: Zu welchen Akteuren konnten neue Kontakte geknüpft werden?

Zu welchen Akteuren konnten neue Kontakte geknüpft werden	Anzahl 2. Befragung = 68	Anzahl 1. Befragung = 15	Gesamt
Sonstiges	3	6	9
zur Politik	24	4	28
zur Verwaltung	32	6	38
zu anderen Projekten	35	10	45
zu Projektträgern	40	8	48
zu Vereinen	43	8	51
zu Migrantenselbstorganisationen	50	8	58
zum Bildungswesen	55	11	66
zu engagierten Einzelpersonen	64	9	73

Quelle: CATI-Befragung der Maßnahmen 2011 u. 2012

9.4 Literaturliste

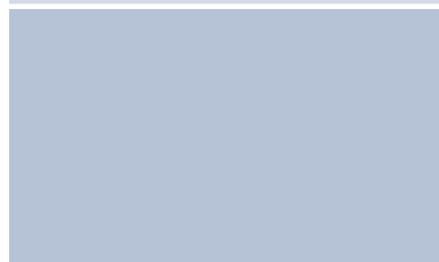
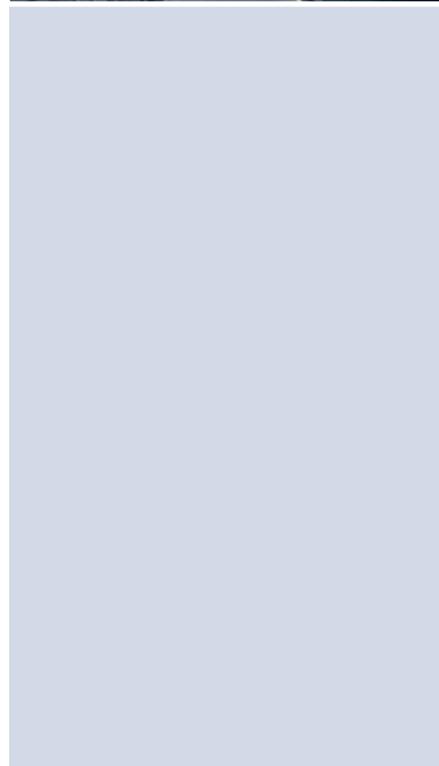
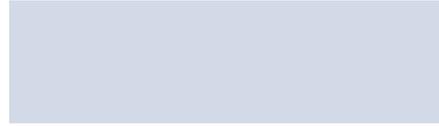
- Alicke, Tina / Heisig, Sandra / Moisl, Dominique / Prause, Judith / Rexroth, Miriam (2009): Resilienz und Bewältigungsstrategien von jungen Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang von Schule in Ausbildung. Endbericht, ISS-Frankfurt a.M.; Beicht/Granato (2008): Ergebnisse des DJI-Übergangspanels
- Bos, Wilfried / Tarelli, Irmela / Bremerich, Albert (2011): IGLU 2011: Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster
- Hin, Monika (2008): Lebenssituation von Migranten in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 7/2008
- Integration gemeinsam schaffen – Für eine erfolgreiche Bildungspartnerschaft mit Eltern mit Migrationshintergrund. Konzeption, am 18. November 2009, vom Runden Tisch einstimmig beschlossen. <http://www.bildungspartner-ev.de/typo3/konzeption.html> (10.11.2012)
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland. <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=10203> (12.12.2012)
- Mayring, Philipp 2008: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz
- Münch, Sybille / Alicke, Tina 2011a: Policy-Paper, Evaluation des Projekts „Integration in Baden-Württemberg –Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ in Trägerschaft des Vereins Netzwerke für Bildungspartner e.V. Frankfurt, Frankfurt a.M.
- Münch, Sybille / Alicke, Tina 2011b: Zwischenbericht, Evaluation des Projekts „Integration in Baden-Württemberg –Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ in Trägerschaft des Vereins Netzwerke für Bildungspartner e.V. Frankfurt a.M.

Kurzprofil

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a. M.) wurde im Jahr 1974 vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. (AWO) gegründet und ist seit 1991 als rechtlich selbständiger gemeinnütziger Verein organisiert. Der Hauptsitz liegt in Frankfurt am Main. In Berlin unterhält das ISS-Frankfurt a.M. ein Projektbüro.

Das ISS-Frankfurt a. M. beobachtet, analysiert, begleitet und gestaltet Entwicklungsprozesse der Sozialen Arbeit und erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für öffentliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände und private Träger. Gefördert wird das Institut durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

- Das Leistungsprofil des ISS-Frankfurt a. M. steht als wissenschaftsbasiertes Fachinstitut für Praxisberatung, Praxisbegleitung und Praxisentwicklung an der Schnittstelle von Praxis, Politik und Wissenschaft der Sozialen Arbeit und gewährleistet damit einen optimalen Transfer.
- Zum Aufgabenspektrum gehören wissenschaftsbasierte Dienstleistungen und Beratung auf den Ebenen von Kommunen, Ländern, Bund und der Europäischen Union sowie der Transfer von Wissen in die Praxis der Sozialen Arbeit und in die Fachöffentlichkeit.
- Die Arbeitsstruktur ist geprägt von praxiserfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, häufig mit Doppelqualifikationen, die ein breites Spektrum von Themenfeldern in interdisziplinären Teams bearbeiten. Dadurch ist das Institut in der Lage, flexibel auf Veränderungen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit sowie die daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen für Dienstleister, Verwaltung und Politik einzugehen.
- Detaillierte Informationen erhalten Sie auf der Website www.iss-ffm.de. Hier informieren wir auch über unsere aktuellen Veranstaltungen sowie das Fortbildungsangebot für Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Weiterhin stehen unsere Publikationen zum bestellen bzw. zum downloaden bereit.





Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 / 95789-0
Telefax +49 (0) 69 / 95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

